

Politische Berichte



13. Juni 1986
Jg. 7 Nr. 12

G 7756 D

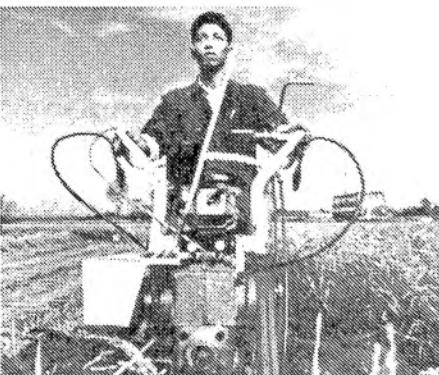
Preis:
2,50



Die Grünen nach dem Libyen-Überfall: Die Grünen fordern NATO-Austritt. Na und? Seite 8



DGB-Bundeskongress: Räumkommando für eine SPD-Regierung äugelt mit großer Koalition Seite 10



Volksrepublik China: Die hohen Kosten der Landwirtschaftsreform der vergangenen Jahre werden deutlich Seite 12

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- EG-USA:** Heftige Konkurrenz auf dem Weltmarkt – Die Gefahr neuer Aggressionen wächst 4
- Rheinmetall-Prozeß:** Deutsche Waffen für die Welt 7
- von Weizsäcker:** Aufwertung der türkischen Militär-Diktatur... 7
- Grüne:** Die Grünen fordern NATO-Austritt. Na und? 8
- DGB-Bundeskongreß:** Räumkommando für eine SPD-Regierung äugelt mit großer Koalition 10
Auszüge aus der Rede Breits 11

Auslandsberichterstattung

- VR China:** Die hohen sozialen Kosten der Landwirtschaftsreform werden deutlich 12
ZK der KPCh zur Agrarpolitik 13
- VR Polen:** IWF-Beitritt löst nicht die Wirtschaftsprobleme 13
- Belgien:** Niederlage der Lohnabhängigen gegen die Regierung 14
- Spanien:** Neuwahlen kurzfristig für 22. Juni angesetzt 14
- Großbritannien:** Druckarbeiter lehnen Murdochs Angebot ab 15
- Kanada:** Die Militärpolitik der Regierung Mulroney ist stark euroorientiert 15
- Internationale Meldungen.** 16

Aus Parteien und Verbänden

- Veröffentlichungen:**
Dokumentation des Frankfurter Appell. 18
BDI-Thesen zum "Wahljahr" 18
Reader "Kein Staat mit diesem Staat" 18
Ärzte und Architekten gegen Zivilschutzgesetz 18
"Die Sicherstellungs- und Zivilschutzgesetze" 19
- VVN:** Diskussion zur Strategie gegen Neofaschismus angeregt 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten 21

- Arbeitszeitverkürzung:** Auseinandersetzung um Flexi-Konzepte bei Daimler-Benz und Bosch ... 22

Wahlrecht für Ausländer

Am Tag vor den Niedersachsenwahlen will das Bündnis "Die Landtagswahlen fallen für uns ausländische Kollegen und Kolleginnen aus" in Hannover eine Demonstration durchführen. In einer Presseerklärung teilen die Veranstalter mit: "Am 15. Juni finden die niedersächsischen Landtagswahlen statt. Auch an dieser Landtagswahl werden ausländische Mitbürger, die seit vielen Jahren hier leben und arbeiten, Steuern zahlen und zur industriellen Entwicklung dieses Landes beitragen, von dem elementaren, demokratischen Grundrecht der Wahl ausgeschlossen. Wir betrachten den 15. Juni als einen Tag, an dem die ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen eine Diskriminierung und Benachteiligung einmal wieder unmittelbar erleben. Um gegen diese Diskriminierung zu protestieren, führen deutsche und ausländische Gruppen eine Demonstration durch. – Wahlrecht für Ausländer ohne Bedingungen – Entscheidungsrecht für Ausländer in allen Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen – Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche. Freiheitliche politische Betätigung – Kampf um demokratische Rechte, Widerstand gegen jede Einschränkung dieser Rechte – Verbot aller faschistischen Organisationen und Vereine – Unser Kampf gemeinsam für 'In- und Ausländer'." Die Aktionen unterstützen u.a.: Devrimci Isci, Türkischer Kulturverein, Eritrea Kultur- und Sozialverein, Griechische Gemeinde, Initiative Gruppe Ausländerpolitik, GABL Ausländer AG, Demokratischer Persischer Verein, Autonomer Demokratischer Verein, Yezidin Sarakos e.V., Komkar, Volksfront, GIM, BWK Hannover, DIDE, ATIF, Kurtulus Han., Jusos, MSB, SHB, ÖTV BG Jugendzentren, GRÜNE Landtag, Unterstützerkreis politische Gefangene Türkei und Türkei-Kurdistan, Humanistische Union, Falken Hannover, KB, KPD, UJZ Glocksee, Demokratischer Iranischer Studentenverein, SAG. – (uld)

8. Bundeskongreß von KOMKAR

Unter dem Motto "Gleiche Rechte für die kurdischen Emigranten in der Bundesrepublik, Kommunales Wahlrecht für Ausländer, Menschenrechte und Demokratie in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan" führte KOMKAR, die Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e.V., am 7./8. Juni in Köln ihren 8. Bundeskongreß durch. Als Gäste nahmen Vertreter westdeutscher und ausländischer Organisationen teil. In seinem Tätigkeitsbericht griff der Vorstand die Lüge an, die Türkei sei auf dem Wege zur Demokratie. KOMKAR hatte im letzten Jahr zahlreiche Initiativen für muttersprachlichen Unterricht für

kurdische Kinder, Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie soziale Betreuung in kurdischer Sprache organisiert. KOMKAR hat sich an der Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Emigrantenverbände in der BRD und Westberlin eingesetzt. KOMKAR arbeitet mit türkischen und kurdischen Organisationen verschiedener Strömungen in Aktionsbündnissen zusammen. So forderten kürzlich zehn Organisationen in einer öffentlichen



Erklärung Bundespräsident von Weizsäcker auf, seinen Besuch in der Türkei abzusagen. In einem Beschlüsse zum kommunalen Wahlrecht beschloß der Bundeskongreß: "Für diese besorgniserregende Entwicklung sind an erster Stelle die diskriminierende Ausländerpolitik und das Ausländergesetz verantwortlich ... Der Kongreß fordert alle KOMKAR-Mitglieder auf, in diesem Sinne und gemeinsam mit allen demokratischen Kräften zu kämpfen und fordert die sofortige Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer und das Verbot aller neofaschistischen Organisationen sowie der 'Türk-Föderation'." – (jöd)

Frankfurter Appell: Aktionen zur Bundestagswahl

Die Ausländerpolitische Konferenz des Frankfurter Appells (FA) hatte auf ihrer Tagung im letzten Herbst eine Aktionskonferenz beschlossen, auf der über die Umsetzung des im Herbst verabschiedeten Aktionsvorschlags mit der Stoßrichtung für die rechtliche Gleichstellung der Einwanderer/-innen beraten werden sollte. Diese Beratung fand, wie festgelegt, am 24. und 25. Mai in Frankfurt statt. Leider nahm kein Vertreter der GIM an der Aktionskonferenz teil. Die Teilnehmer der Beratung überprüften die Festlegungen der Konferenz vom Herbst und verständigten sich auf die weitere Unterstützung der Beschlüsse dieser Ausländer-

politischen Konferenz. Es bestand Einmütigkeit bei den Teilnehmern, daß der Kampf um rechtliche Gleichstellung weder bei der parlamentarischen Opposition noch einfach bei den Gewerkschaften gut aufgehoben ist. Sie stellte an Berichten fest, daß es teilweise örtlich Fortschritte gibt bei Zusammenschlüssen für rechtliche Gleichstellung von Ausländern. Insbesondere sei feststellbar, daß Ausländerorganisationen zunehmend selbstbewußter auftreten und sich durch "liberale Ausländerfreunde" nicht mehr so leicht bevormunden ließen. Viele Ansätze entsprechen den Zielsetzungen des Aktionsvorschlags. Vereinbart wurde, weiter daran zu wirken, daß die rechtliche Gleichstellung der Einwanderer/-innen zu den Bundestagswahlen an Gewicht gewinnt. Der FA soll dazu einen Beitrag in Form eines Materialblatts liefern. Ende November soll eine Konferenz die Möglichkeit bieten, mit den verschiedenen örtlichen Zusammenschlüssen und insbesondere den Ausländerorganisationen eine Koordinierung der Absichten zu den Bundestagswahlen zu erreichen. – (ard)

"Fall Meinhold": faschistischer Volkswirtschaftler sehr geehrt

Gerade noch rechtzeitig zum Abtritt des Professor Dr. Helmut Meinhold als Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung hat die Zeitschrift Konkret im Juni-Heft enthüllt, wie Person und Tätigkeit dieses Volkswirtschaftlers für die "Verknüpfung von Volksgemeinschaft und Sozialstaat" stehen. Meinhold übernahm den Vorsitz des Sozialbeirats 1959, überdauerte nicht bloß mannigfaltige Regierungswechsel, sondern wirkte konzeptionell: Aufhorchen ließ zuletzt im Sommer 1984 eine Stellungnahme, in der er die Erhöhung des Rentenalters zur Notwendigkeit für das kommende

Jahrzehnt erklärte. Im Januar 1941 kam Meinhold zunächst als Referent der Sektion Wirtschaft an das Institut für Deutsche Ostarbeit (ca. 400 Wissenschaftler und Hilfskräfte) im besetzten Krakau. Ein Aufstieg in die "Hauptabteilung Wirtschaft" der Regierung des Generalgouvernements ließ nicht lange auf sich warten. Meinhold wirkte für Besetzungs- und Kolonialisierungspolitik: durch "Berechnung der Arbeitskräfteerassen", "Bereinigung des Volkstumsgrenzen", "Bereinigung der Judenfrage" als Mittel zur Minderung des "Bevölkerungsdrucks" und für Arbeitsplatzbeschaffung und Aufstieg nicht-jüdischer Polen. Eines der Ergebnisse Meinholdscher Berechnungen nach der Formel 'Nahrungsraum = Volkszahl * Lebenshaltung': "War im ehemaligen Polen etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung im derzeitigen Arbeitsverhältnis überschüssig, so waren es im Gebiet des heutigen Generalgouvernements sogar etwa 30%." Einer seiner Lösungsvorschläge: "Durch den weiteren militärischen Vorstoß nach Osten sind zwei andere Wege zur Lösung des Überbevölkerungsproblems eröffnet worden. Man kann einen Teil der Polen oder auch alle weit nach Osten aussiedeln." Die "Ausschaltung der Juden" gehörte ebenso zu Meinholds Lösungsvorschlägen. Später war Meinhold u.a. im Bundeswirtschaftsministerium, Abteilung Grundsatzfragen, mit der Arbeitskraft-Erschließung in Vorbereitung der EWG befaßt. Wie die Autoren der Enthüllung Susanne Heim und Götz Aly auch in einer Broschüre über den "Fall Meinhold" darlegen, bilden dessen gegenwärtige Überlegungen zur "Beseitigung der Altenlast" bloß ein aktuelles Glied einer Kette von Tätigkeiten, mit denen die unter faschistischer Herrschaft von Meinhold eingeschlagene Tendenz ohne Bruch fortgeführt wird. – (haj)



Am 31. Mai veranstalteten die 16 kurdischen Arbeiter- und Kulturvereine in der BRD, die in der Förderation "Feyka-Kurdistan" zusammengeschlossen sind, in Bonn eine Protestdemonstration gegen die Unterdrückungspolitik des türkischen Militärregimes in Türkisch-Kurdistan. Etwa 5000 Demonstranten folgten dem Aufruf. Sprecher verurteilten die Weizsäcker-Reise in die Türkei. Von Weizsäcker stärke eine von "Diktatoren geleitete Regierung eines Landes, in dem die Menschenrechte offen mit den Füßen getreten werden." – (rul)

Bildungspolitik: Aktion gegen Zerschlagung der Orientierungsstufe.....	22
Versicherungen: 3,2% – mit Flexibilisierung.....	23
Avci-Prozeß: Gericht deckt faschistische Schläger	23
Ausbildungsplätze: Landesregierung von Ba-Wü tut was für Mädchen – bloß was?.....	24
Bauern: Existenzsicherung – aber für wen?.....	25
Bayerischer Städetag: Kritik an Bund und Land: Über 1 Mrd. DM Einnahmenausfall	25
Asylbewerber: Ihre Isolierung muß nicht gelingen	26
Entrichtung und Sammellager fördern Rassismus	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Antifaschismus: Staatshilfe und Polizeischutz päppeln die Faschisten auf.....	29
<hr/>	
Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge	
Antifaschismus: Bewaffneter Widerstand gegen die deutschen Faschisten	30
Die Bewährungsbataillone 999....	30
Widerstandskampf in der Résistance.....	
Geschichten statt Geschichtsverständnis	30
Kollektives Werk individueller Stimmen.....	31
"Das große Beispiel"	31
§ 116-Konferenz: Bündnisse ohne eigene Positionen revolutionärer Sozialisten?.....	31
Hamburg: BWK beteiligt sich an den Bürgerschaftswahlen.....	32
<hr/>	
Spezialberichte	
Ausländer: Ausländerkonferenz der IGM – ein Bericht der türkischen antifaschistischen Zeitung "Emegin Sesi"	34
"Unter welchen Bedingungen findet die Konferenz statt?"	34
Eindrücke von der Konferenz.....	35
Interviews mit Delegierten	36
Beschlüsse der Konferenz.....	38

EG-USA

Heftige Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt – die Gefahr erneuter Aggressionen wächst

"Steigende Befürchtungen vor einem Handelskrieg" überschrieb das "Handelsblatt" am 4. Juni seinen Bericht von der Jahrestagung imperialistischer Banker in Boston (USA). Der ehemalige Chefberater von US-Präsident Reagan, Martin Feldstein, habe ebenso wie der britische Vorsitzende der Bankervereinigung vor den wachsenden Gefahren eines Handelskrieges zwischen Japan, den USA und der EG gewarnt. Die Vertreter amerikanischer Banken hätten keinen Zweifel gelassen, daß sie ihre Anstrengungen in der nächsten Zeit darauf konzentrierten, das hohe Außenhandelsdefizit der USA zu beseitigen. Kurz zuvor hatte die US-Regierung ihre neuesten Außenhandelszahlen veröffentlicht. Danach ist das Außenhandelsdefizit der USA in den ersten vier Monaten auf über 50 Mrd. Dollar angestiegen. Hält diese Entwicklung an, so werden die US-Monopole am Jahresende ein erneutes Handelsdefizit von über 100 Mrd. Dollar verzeichnen müssen – und einen ebenso starken Anstieg der Verschuldung bei ihren imperialistischen Rivalen.

Der Vormarsch der westeuropäischen und japanischen Monopole auf dem Weltmarkt gegenüber den großen US-Monopolen scheint ungebrochen. Weder die schon im letzten und vorletzten Jahr verhängten Beschränkungen für Stahl- und Automobilausfuhren in die USA noch der drastische Rückgang des Dollarwertes haben daran bislang etwas geändert. Im Augenblick reagieren die US-Monopole besonders empfindlich auf den Vor-

marsch der EG im Mittelmeerraum, wo die EG dabei ist, sie aus "traditionellen" Absatzmärkten für ihre Agrarprodukte hinauszuwerfen. Bereits im letzten Oktober verhängte die US-Regierung Zollerhöhungen von 8% auf 30 bzw. 40% für Nudelexporte der EG, nachdem Verhandlungen über eine Senkung der hohen EG-Zölle bei Zitrusfrüchten gescheitert waren. Die EG reagierte mit Zollerhöhungen für US-Exporte von Nüssen und Zitronen. Seit März dieses Jahres gelten zusätzlich für Spanien und Portugal die hohen Zollschränke der EG gegen Agrareinfuhren aus "Drittländern". Folge: US-Weizen- und Sojaexporte werden um fast 100% verteuert. Die USA, die bislang in beide Länder für 1,2 Mrd. Dollar Nahrungsmittel exportierten, reagierten heftig. Das Handelsministerium verhängte Obergrenzen für EG-Exporte von Bier, Apfel- und Birnensaft, Käse, Fleisch, Obst und Süßigkeiten. Wenn die EG nicht bis Ende dieses Monats die Zollschränke nach Portugal und Spanien wieder aufhebt, sollen noch empfindlichere Maßnahmen folgen. "Im Handelskonflikt steht eine neue Eskalation bevor", warnte Ende Mai die "Wirtschaftswoche" ihr Publikum.

Welthandel, Handelskrieg: Kampf um Extraprofit

Warum reagieren die US-Monopole derart heftig auf den Verlust von Absatzmärkten an ihre imperialistischen Rivalen? Der imperialistische Welthandel ist im wesentlichen ein Geschäft für die großen imperialisti-

schen Monopole. Für diese sind große internationale Absatzmärkte lebenswichtig, weil sie für die enormen Produktionsmengen, die sie von den Lohnabhängigen in den einzelnen Ländern fertigen lassen, im Innern dieser Länder zumeist gar nicht genug Absatzmarkt finden. Je mehr die "Konjunktur" läuft, umso heftiger drängen sie deshalb auf den Weltmarkt. Für sie bedeutet der Export auf den Weltmarkt auch eine Quelle beträchtlicher Profite, sei es, weil sie durch Korruption und Erpressung ihre Waren überpreist verkaufen, sei es, weil ihre Geschäfte mit Bankkrediten finanziert und so eine Quelle weiterer Bereicherung sind, sei es auch, weil sie sich dadurch in einzelnen Ländern monopartige Stellungen schaffen und darauf aufbauend überhöhte Preise für Reparatur-, Ersatzteil- und andere Folgegeschäfte verlangen. Diese Profite gehen den US-Monopolen überall da, wo sie jetzt von westeuropäischen und/oder japanischen Monopolen aus dem Geschäft geworfen werden, auf Jahre hinaus verloren. Hinzukommt: Mit dem Defizit im Außenhandel verbunden ist eine zunehmende Verschuldung der USA. Bereits im letzten Jahr stiegen die Auslandschulden der US-Imperialisten auf einen Betrag, der knapp 60 Mrd. Dollar höher liegt, als die großen US-Monopole, Banken und die Regierung Forderungen an ausländische Schuldner besitzen. Bis 1990, so befürchten US-Experten, wird diese Netto-Auslandsschuld der USA auf 500 Mrd. Dollar ansteigen. Folge: Die US-Regie-

Wallmann: Der Neue ist erfahren gegen Grüne

"Die lärmende Angst der CDU ist einer neuen Zuversicht gewichen" (Handelsblatt, 5.6.) – so oder ähnlich kommentierte praktisch die gesamte reaktionäre Presse die Berufung des Frankfurter Oberbürgermeisters Wallmann zum neuen Umweltminister in Kohls Kabinett. Die "FAZ" hebt an Wallmann hervor, er habe in Frankfurt die SPD in seine Politik einzubinden gewußt und zugleich mit "federnder Härte" die Stadt wieder "regierbar" gemacht. Das ging, wie man weiß, nicht ohne Tote ab. Bundesweit bekannt machte Wallmann die von ihm regierte Stadt Frankfurt sodann durch die Verleihung des Goethepreises an den Faschisten Ernst Jünger und durch die antisemitische Kampagne aus Anlaß des Versuchs der Aufführung des Faßbinder-Stücks. Da wird ein schwarzbrauner "Umweltminister"

berufen, dessen erste und wichtigste Aufgabe ist, das Kabinett bei brutalen Angriffen auf die politische Opposition zu verstärken. Erste Aufgabe Wallmanns soll die weitere Zentralisierung von Katastrophenschutzvollmachten – sprich: Notstandsvollmachten – bei der Bundesregierung sein. – (rül)

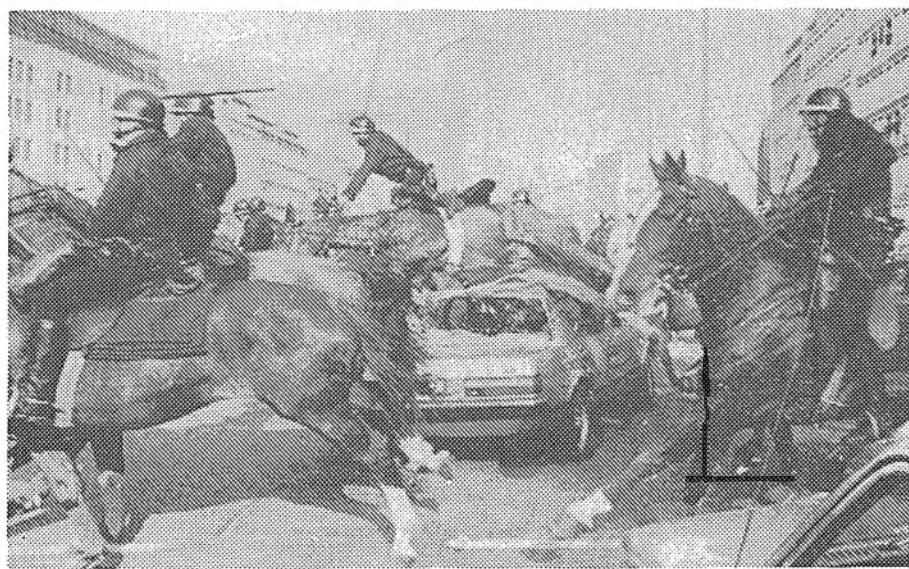
Kohl: Asyl muß im Grundgesetz beschränkt werden

Bundeskanzler Kohl hat sich in einem Vortrag vor dem Landkreistag den Thesen des Westberliner Innensenators Lummer angeschlossen: Die "Lösung des Asylproblems" sei unmöglich, ohne das Grundgesetz zu ändern. Keiner habe bei Abfassung des Grundgesetzes ahnen können, daß daß die "Flucht aus wirtschaftlichen Gründen" so bedeutsam werde. Das Recht auf Asyl müsse darum neu beschrieben werden. Lummer war im Februar mit fünf Thesen zur Asylpolitik an die Öf-

fentlichkeit getreten, in denen er Verschärfungen des Asylrechts verlangte. FDP und SPD haben die CDU-Vorschläge zurückgewiesen. Da jedoch beide Parteien an Verfahren mitgewirkt haben, die die Asylanerkennungen verringern und die Zahl der Asylbewerber stoppen sollten, wird ihr Widerstand nicht lange halten. Die CDU will nur noch "echt politisch Verfolgten" Asyl gewähren – und das sind in ihren Augen vor allem reaktionäre Flüchtlinge aus Osteuropa. – (uld)

Kein Asyl für Revolutionäre

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte in einem Urteil gegen sechs türkische Revolutionäre, was es bereits in früheren Urteilen angelegt hatte: Wer wegen revolutionärer Tätigkeit im Herkunftsland verhaftet und gefoltert wurde, erhält in der BRD kein Asyl. Denn, so die Richter, die sechs hätten mit ihrer politischen



Mit schmutzigstem Chauvinismus versuchen die Imperialisten, die Lohnabhängigen in ihren Ländern gegeneinander aufzuhetzen, um sie so zu spalten und isoliert niederzuschlagen. Bild: Belgische berittene Polizei greift eine Demonstration von Stahlarbeitern in Brüssel im Februar 1982 an.

rung muß Jahr für Jahr mehr Zinsen an ausländische Gläubiger zahlen. Bis 1990 dürfte dieser Zinssubstribut auf 50 Mrd. Dollar pro Jahr anschwellen. Dies bedeutet für die US-Imperialisten, daß ihre imperialistischen Rivalen enorme Extraprofite in Form von US-Zinszahlungen einstreichen, Extraprofite, die ihnen für die Modernisierung ihrer Produktionsanlagen, für die Konkurrenz sowohl auf ihrem Binnenmarkt, noch mehr aber für die Schlacht auf dem Weltmarkt fehlen.

Hinzukommt: Die enormen US-Haushaltsdefizite, zu deren Finanzierung die US-Regierung immer neue hochverzinsten Schuldscheine verkaufen muß und die so den Dollarkurs zeitweise bis auf einen Kurs von 3,40 DM hochtrieben, dienen der Finanzierung einer gewaltigen Aufrüstung. Der brutale Druck auf die Rohstoff-

preise etwa, den die Imperialisten in den letzten zwei, drei Jahren ausüben, besonders auf den zahlreichen "Umschuldungskonferenzen" mit den hochverschuldeten Ländern der dritten Welt, war zu einem bedeutenden Teil überhaupt nur möglich, weil die USA damit ihre Bereitschaft zu weltweiten Interventionen gegen säumige Schuldnerländer eindrucksvoll unterstrichen. Mit Abstand größter Rohstoffimporteur unter den Imperialisten aber ist die EG, gefolgt von Japan, die so von der US-Rüstung ebenfalls profitieren.

EG: Statt "Eurosklrose" "Eurooptimismus"

Die EG-Kommission, die Regierungen der EG-Staaten und die westeu-

päischen Monopole haben bislang auf die US-Drohungen ziemlich gelassen reagiert. Schließlich haben die west-europäischen Monopole nicht nur in den letzten Jahren durch erfolgreiche Lohnsenkung und Steigerung der Ausbeutung und durch erfolgreiche Weltmarktgeschäfte enorme Kriegskassen angelegt. Die flüssigen Mittel, über die die westeuropäischen ebenso wie die großen japanischen Monopole verfügen, sind umfangreich wie nie zuvor. Während aber die japanischen Monopole ein Drittel ihrer Exporte in den USA absetzen, also durch Importsperrern der USA empfindlich getroffen werden können, steht den westeuropäischen Monopolen mit der EG ein auf 320 Millionen Menschen gewachsener Binnenmarkt zur Verfügung. Ein weiteres Viertel ihrer Ausfuhren verkaufen sie – zollfrei – in die EFTA-Staaten, also in die Schweiz, nach Österreich, in die skandinavischen Länder. Alle EG-Staaten zusammen exportierten 1985 nur ein Zehntel ihrer Ausfuhr in die USA, während umgekehrt die US-Monopole ein Fünftel ihrer Exporte in der EG absetzten.

Die "Wirtschaftswoche" meldet deshalb relativ unbeeindruckt von den US-Drohungen, auf einem Symposium von "200 Spitzenvertretern der europäischen Wirtschaft" Mitte Mai in Barcelona sei von "Eurosklrose", dem angeblichen industriellen Rückstand Westeuropas gegenüber den USA und Japan keine Rede mehr. "Eurooptimismus" herrsche vor.

Wachsamkeit gegen NATO und EG!

Imperialistische Experten wälzen im Augenblick hin und her, ob es nun zum Handelskrieg kommt oder nicht,

Tätigkeit gegen türkisches Strafrecht verstößen, seien somit als Kriminelle anzusehen und nicht als politisch Verfolgte, ihre Mißhandlung sei nicht aus politischen Gründen geschehen. Damit erhält nur Asyl, wer die fdGO oder ähnliches anerkennt. – (uld)

Verschlechterung für Schwerbehinderte

Die Bundesregierung will das Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehinderten-gesetz) ändern. Die IG Metall kritisiert, daß die Regierung in ihrem Entwurf vorsieht, daß der in §44 festgelegte Zusatzurlaub von sechs Tagen im Jahr auf fünf verkürzt werden soll und daß die Auszubildenden aus der Beschäftigtenzahl ausgeklammert werden sollen, von der 6% Schwerbehinderte zu beschäftigen sind. Die Erhöhung der Ausgleichsabgabe für nichteingestellte Schwerbehinderte

von 100 auf 150 DM sei wirkungslos. 1953, als das Schwerbeschädigten-gesetz durch das Schwerbehindertengesetz ersetzt wurde, wurde die Möglichkeit der Zwangseinstellung von Schwerbehinderten beseitigt. Bis dahin konnten die Landesarbeitsämter die Einstellung bei Kapitalisten erzwingen. Durch Zustellung eines Beschlusses des Landesarbeitsamtes galt der Arbeitsvertrag als abgeschlossen. Jetzt sollen die Kapitalisten die Arbeitskraft Schwerbehinderter noch günstiger bekommen und sich noch leichter der Pflicht, sie zu beschäftigen, entziehen können. – (anl)

"Weltrangliste" der Gläubiger: BRD ist Dritter

Der japanische Imperialismus ist 1985 zur weltgrößten imperialistischen Gläubigermacht aufgestiegen. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums in Tokio übertrafen die Auslandsforderungen japanischer Kapi-

talisten und Staatsorgane die Schulden an ausländische Gläubiger um 129,8 Milliarden US-Dollar. Zweitgrößter Gläubiger waren die britischen Imperialisten. Deren Auslandsforderungen übertrafen ihre Schulden an ausländische Gläubiger um ca. 90 Mrd. Dollar. Drittgrößte imperialistische Gläubigermacht war die BRD mit ca. 50 Milliarden Dollar Netto-Auslandsforderungen. Die US-Imperialisten waren nach dieser Angabe zum Jahresende 1985 mit netto 60 Mrd. Dollar verschuldet. Ihre Stellung als größte internationale Gläubigermächte verschafft den japanischen, britischen und westdeutschen Imperialisten zusätzliche Möglichkeiten weltweiter Einmischung und bedeutende Konkurrenzvorteile durch die großen Zinseinkünfte, die sofort in die Steigerung der Ausbeutung und in jede Art profitbringender Geschäfte gesteckt werden können. (Handelsblatt, 28.5.86 – tül)



Eine der imperialistischen Interventionen, die, von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen, andauert: Französische Kolonialtruppen bei der Verhaftung von "Separatisten" der kanakischen Befreiungsfront FLNK, die für die Abschaffung der französischen Kolonialherrschaft über Neukaledonien kämpfen.

wie man ihn vermeiden könne usw. Fest steht: Austragen werden die Imperialisten ihre Konkurrenzschlachten durch eine weitere Verschärfung der Ausbeutung, durch Angriffe auf "ihre" Lohnabhängigen, weitere Lohnsenkungen, weitere Ausdehnung der Arbeitszeit, weitere Anspannung des Arbeitstemos. In den USA beschloß Mitte Mai das Repräsentantenhaus ein Gesetz, wonach ausländische Staaten, die nicht "freiwillig" ihre Exportüberschüsse in die USA um jährlich 10% verringerten, mit Strafzöllen zu rechnen hätten. Die Entscheidung des Senats über dieses Gesetz steht noch aus, Präsident Reagan hat bereits angekündigt, er werde es auf keinen Fall unterzeichnen, da solche Maßnahmen den USA mehr schaden als nützen. In der Propaganda für die Verteidigung

von "Amerikas Industrie und Arbeitsplätzen" aber ist er sich mit dem Repräsentantenhaus völlig einig. Schon haben die großen Monopole chauvinistische Propagandakampagnen begonnen. "Es ist Zeit, die Handschuhe auszuziehen", rufen die Stahlmonopole zum Kampf gegen die ausländischen Stahleinfuhren auf. Von solcher Propaganda unterstützt, haben jetzt die US-Steel-Kapitalisten die Gewerkschaft der Stahlarbeiter zu einem neuen Tarifvertrag gezwungen, der Senkungen der Löhne und Sozialleistungen um 2 Dollar die Stunde, das sind umgerechnet etwa 4,50 DM, feststellt. Zynisch kommentiert das britische Wirtschaftsblatt "Economist": "Dieses Leiden ist der Stoff, aus dem Appelle an den amerikanischen Patriotismus gemacht werden."

Als ob es unausweichliches Schicksal der Lohnabhängigen ist, für die Konkurrenzschlachten ihrer Ausbeuter zu bluten, statt sich gegenseitig im Kampf gegen sie zu unterstützen!

Verbesserte gegenseitige Unter-richtung über die Kämpfe gegen die Kapitalisten und verbesserte gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen sie ist deshalb auch die beste Antwort, die die Lohnabhängigen in den imperialistischen Ländern der Verschärfung des Handelskriegs durch ihre Ausbeuter erteilen können. Die verlogene Propaganda der westeuropäischen Imperialisten, als profitierten "ihre" Lohnabhängigen vom Vormarsch der EG auf dem Weltmarkt, soll davon nur abhalten und spalten.

Auch die Gefahr von Aggressionen der USA und der EG gegen andere Staaten, um auf diese Weise durch gemeinsame Beutezüge die innerimperialistischen Widersprüche zumindest zu dämpfen, wächst weiter. Die Aggression gegen Libyen ist keineswegs beendet, und die Gefahr weiterer militärischer Überfälle auf Libyen wie auf andere Länder im Nahen Osten, um sich auf diese Weise bestehende Märkte zu sichern, neue Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären zu erschließen, ist weiter groß. Die EG-Außenminister haben Anfang Juni vereinbart, mit den USA eine engere "Abstimmung" der Politik im Nahen Osten, in Mittelamerika und in Südafrika anzustreben. Auch deshalb ist eine verstärkte Kritik aller antiimperialistischen Kräfte gegenüber der NATO und der EG dringend. Quellenhinweis: Handelsblatt, 15.5. bis 9.6.; Wirtschaftswoche, 30.5.; Economist, 31.5.; IdW-Dienst 22 und 23/86 des "Institut der deutschen Wirtschaft" – (rül)

BDI-Wünsche für eine weitere Steuerreform

"Es ist unverständlich, daß das arbeitsplatzschaffende, risikobehaftete unternehmerische Kapital deutlich stärker belastet wird als etwa die Geldkapitalanlage." Mit diesem dreisten Ammenmärchen vom gefahrenbeladenen, mühsam "arbeitsplatzschaffenden" Kapitalisten im Unterschied zu seinem steuerbegünstigen (Rentier-)Bruder Leichtfuß hat der BDI durch seinen Präsidenten Langmann eine weitere Steuerenkung nach der Bundestagswahl verlangt. Diese soll zusätzlich zur Reform der Einkommenssteuer die Kapitalisten von Vermögenssteuer ganz und von Gewerbesteuer weitgehend befreien und obendrein die Körperschaftssteuer senken. Die Vermögenssteuer der Kapitalisten liegt 1986 mit 4,1 Mrd. DM niedriger als 1976; die Gewerbesteuer, 1960 fast so hoch wie die

Lohnsteuer, wird mit 31,2 Mrd. DM ein Fünftel des Lohnsteueraufkommens erreichen, und die Körperschaftssteuer, 1960 noch 80% des Lohnsteueraufkommens, ist auch schon auf 20% des Lohnsteueraufkommens gesenkt. Kein Wunder, daß die Kapitalisten nur noch in ihrer eigenen Disposition "Benachteiligungen" entdecken! – (rül)

WEU-Konferenz: Europäische Interventionsfähigkeit stärken

Anfang Juni tagte die Beratende Versammlung des europäischen Militärpaktes WEU (Westeuropäische Union) in Paris. Die teilnehmenden Parlamentarier forderten in einer Empfehlung den Ministerrat auf, zukünftig sicherzustellen, daß die WEU in "Krisenfällen" operationsfähig ist. Ein Krisenfall könne auch durch terroristische Anschläge ausgelöst werden und müsse zur Folge haben, daß der Artikel 8 des Brüsseler WEU-Vertrag-

ges angewandt wird. Danach muß der Ministerrat unverzüglich zusammentreten, wenn ein Mitgliedsstaat dies fordert. Der Empfehlung zugrunde liegt die Absicht der WEU, bewaffnete Interventionen gegen andere Länder eigenständig durchführen zu können und sich nicht bloß mit einer Unterstützerrolle bei Operationen der USA zu begnügen. Die "Bekämpfung des internationalen Terrorismus" wurde ausdrücklich zur Aufgabe der WEU erklärt. (FAZ, 06.06.86 – jok)

Wörner in Argentinien und Brasilien

"In Deutschland ist die Vorstellung unausrottbar, daß ein Verteidigungsminister auf Reisen nur mit Krisen oder Waffenverkäufen zu tun haben muß", erklärte Wörner anlässlich seiner Reise. Argentinien ist bereits länger Käufer westdeutscher Werftprodukte und hat sich über eine im Stillen arbeitende Vertretung in Hamburg weiteres

Rheinmetall-Prozeß

Deutsche Waffen für die Welt

Nach 39 Verhandlungstagen endete der Prozeß gegen vier Manager des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall mit einer Verurteilung. Der ehemalige Rheinmetall-Geschäftsführer Dr. Dietrich Falcke und der Hauptabteilungsleiter Dieter Köhler wurden zu je zwei Jahren Haft verurteilt; 18 beziehungsweise 15 Monate erhielten die Abteilungsleiter Hans Voss und Friedrich Wilhelm Striepke. Doch absitzen müssen sie ihre Strafe nicht, sie wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Die Tatsache, daß die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, muß bei der Bewertung des Urteils eine gewichtige Rolle spielen. Zwar wurden zum ersten Mal, seit das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) 1961 beschlossen wurde, Rüstungs-Manager wegen Verstoßens gegen dasselbe verurteilt, doch das Urteil ist fast ein Freispruch. Die angeklagten Waffenschieber hatten bereits in den ersten Verhandlungstagen zugegeben, bewußt andere, nicht unter das KWKG fallende Länder als Abnehmer für die Waffen angegeben zu haben und damit gestanden, gegen das KWKG bewußt verstoßen zu haben.

Der Vorsitzende Richter Hans-Joachim Krüger begründete seinen Urteilsspruch mit "dem hohen organisatorischen Aufwand", den die Angeklagten zur Vertuschung der tatsächlichen Käufer aufgewendet hatten. Vor allem stützte sich der Urteilspruch aber darauf, daß mit dem Verkauf der Munitionsabfüllanlage nach Südafrika "die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik erheblich ge-

stört" worden seien. Verdächtigungen, die Bundesrepublik unterlaufe das Waffenembargo der Vereinten Nationen, hätten durch die Rheinmetall-Geschäfte neue Nahrung erhalten. Im Tenor wurden sie also verurteilt, nicht weil sie die Waffen tatsächlich verschoben haben und damit unter anderem das rassistische Regime in Südafrika unterstützt haben, sondern weil sie sich hatten erwischen lassen.

Die Milde dieses Urteils liegt auf der Linie, wie sie schon seit längerem von "Rüstungsexperten" verfolgt wird. So ist eine der Forderungen des Gesetzes zu entschärfen, indem Verstöße gegen das KWKG in "Verbrechen" und "Vergehen" unterschieden werden sollen. Ein Verbrechen begeht demnach, wer Waffen ohne jede Genehmigung ausführt. Wer aber, wie die Rheinmetall-Manager, eine Genehmigung mit Hilfe ungenauer oder unvollständiger Angaben bekommt, macht sich lediglich eines Vergehens schuldig.

Die Bundesregierung ist in ihrer Praxis aber noch einen gewaltigen Schritt in Richtung schrankenlosen, wenn auch durch die Bundesregierung kontrollierten Waffenexportes gegangen. Sie will Argentinien erlauben, zwei von Thyssen-Rheinstahl gebaute U-Boote vom Typ TR 1700 zu verkaufen. Damit hebt die Bundesregierung faktisch eine entscheidende, im Falle Rheinmetall die entscheidende Klausel des KWKG auf: die Endverbleibsklausel. Diese untersagt Käufern von westdeutschen Waffen den Weiterverkauf, um zu verhindern, daß die Waffen auf Umwegen zum eigentlichen Käufer gelangen.

Genau das hatte Rheinmetall gemacht: Anstelle von Südafrika fungierte Brasilien als Abnehmer, Italien für Saudi-Arabien und Spanien für Argentinien. Ein weiteres gegen Rhein-

metall laufendes Ermittlungsverfahren über die Lieferung einer Munitionsabfüllanlage in den Nahen Osten ist damit wohl gelaufen.

Als Begründung für die Aufhebung der Endverbleibsklausel für Argentinien gibt die Bundesregierung die Einreibung von Schulden in Höhe von 500 Mill. DM an, die Argentinien bei westdeutschen Waffenhändlern hat. Ein kaum zu überbietender Zynismus: erst drängen die westdeutschen Waffenschieber den Argentinern ihre Waffen auf, um sie dann zu erpressen, die Waffen dahin zu verkaufen, wo sie die Westdeutschen möglicherweise von Anfang an hinhaben wollten.

Zu erwarten ist eine allgemeine Lockerung bei Genehmigungen westdeutscher Waffenexporte. Gefordert wird sie jedenfalls lautstark angesichts des zu erwartenden flauen Inlandsgeschäfts wegen der 1987 abgeschlossenen Bundeswehr-Nachrüstung mit Leopard-2-Panzern und möglicher fetter Auslandsgeschäfte. Quellenhinweis: Rheinische Post, 28.5.86, Handelsblatt, 31.5.86, Wirtschaftswoche Nr. 23/86 – (rub)

von Weizsäcker

Türkei-Besuch: Aufwertung der Militär-Diktatur

Als erstes Staatsoberhaupt der imperialistischen Staaten, die dem Militärdiktator 1980 in den Sattel halfen, besuchte Bundespräsident von Weizsäcker in der letzten Maiwoche die Türkei. Ein erkennbares Ziel war, die Bemühungen der Militärmachthaber um innen- und außenpolitische Aufwertung ihrer Diktatur demonstrativ zu unterstützen. In seiner Rede vor dem Präsidenten Evren äußerte Weizsäcker



"Moderat" gegenüber den Gewerkschaften sei Kanzler Kohl gewesen, war in den Fernsehnachrichten über Kohls Auftritt auf der Jahrestagung des Kapitalistenverbandes BDI (Bild) zu hören. Sonst nichts. Tatsächlich hat Kohl den Kapitalisten eine weitere Senkung ihrer Steuern und schwere Angriffe auf die Renten- und Krankenversicherung nach der Wahl versprochen. Kohl: "Was hilft die beste Steuerreform, wenn gleichzeitig die Lohnnebenkosten ein unberechenbarer Faktor bleiben?" Von wegen "moderat"! – (fül)

Kriegsgerät aus der BRD beschafft. Zwischen der BRD und Brasilien besteht ein Abkommen über Zusammenarbeit im U-Boot-Bau. Für die Ausweitung des eigenen Waffenexports ist die brasilianische Regierung scharf auf "deutsche Technologie". Es ging bei der Reise aber auch um die Wehrstruktur der Bundeswehr als Vorbild für die Streitkräfte der beiden Länder. Nachdem in Argentinien durch die Militärdiktatur und den Malwinkrieg das Militär mehr denn je verhäßt ist in der Bevölkerung, soll nach dem Bundeswehr-Modell "Innere Führung" die Armee reorganisiert werden. Die Einsatzplanung und die Unterdrückung der Soldaten ist dann rechtsstaatlich abgesichert. Der zukünftige Generalinspekteur, Wellershoff, hat die verstärkte Ausbildung argentinischer und brasilianischer Offiziere an der Führungsakademie in Hamburg angekündigt. (FAZ, 25.5. – jok)

ker Zustimmung für das bisher Geleistete: "Der von Ihnen, Herr Präsident, nach der Intervention vom 12. September 1980 verkündete Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie ist eingehalten worden. Dies erfüllt uns mit großem Respekt. Der seither erzielte politische und wirtschaftliche Fortschritt ist eindrucksvoll."

Eindrucksvoll ist, welchen Fortschritt das westdeutsche Kapital bei der Ausbeutung der türkischen Lohnabhängigen seit der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Unterdrückung der Arbeiterbewegung erzielen konnte. Seit 1984 ist die BRD größter Handelspartner der Türkei geworden, die BRD-Kapitalisten halten den größten Anteil an ausländischen Investitionen. Daimler-Benz etwa eröffnet im Juli dieses Jahres ein LKW-Werk in Aksaray.

Den Zeitpunkt für die Aufwertung des Folterregimes hat das westdeutsche Kapital nach zwei Gesichtspunkten bestimmt:

- Die Ablehnung gegen die Maßnahmen des Regimes wächst.
- In den nächsten Monaten stehen Verhandlungen der Türkei mit den EG-Staaten über die Bedingungen des Assoziierungsvertrages an, der ab Dezember Freizügigkeit vorsieht.

In Anzeigen-Sonderseiten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die in der Türkei, offensichtlich regimennah, zusammengestellt worden waren, warnt der Verfasser: "Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, ob die türkische Regierung in der Lage ist, ihre Austerity-Politik fortzusetzen, oder ob sie wegen der mit dieser verbundenen Senkung des Lebensstandards und der daraus resultierenden Unzufriedenheit weiter Bevölkerungskreise andere Wege beschreiten muß, die eine Gesundung der Wirtschaft verzögern." Von Weizsäcker ist rechtzeitig zur Stelle mit seinem "Wir Demokraten sagen: weiter so!"

Im Europarat hatte die Bundesregierung im April für einen Beschuß gesorgt, daß das Militärregime wieder aktiv werden kann. Die Türkei stellt einen Vize-Präsidenten und übernimmt im Herbst den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats. Von Weizsäcker erklärte, die BRD werde sich weiter dafür einsetzen, "die Beziehungen Ihres Landes zu Ihren europäischen Partnern zu normalisieren". Daß diese Entwicklung zu den Bedingungen der EG-Imperialisten erfolgen soll, betonte von Weizsäcker, z.B. keine Freizügigkeit für türkische Arbeiter. Er forderte das Militärregime auf, verstärkt auf die Ausbildung der 400000 jugendlichen Türken in der BRD einzutreten. Zu Beratungen darüber war Frau Funke, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, mit in die Türkei gereist. Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung, 4.6.1986; FAZ, 6.5.1986 - (gba)

Grüne nach dem Libyen-Überfall

Die Grünen fordern NATO-Austritt. Na und?

Die Grünen würden radikal, unter diesem Tenor beurteilte ein Großteil der bürgerlichen Presse den Parteitag der Grünen, der Mitte Mai in Hannover stattfand. Die Grünen würden noch weiter nach links gehen. Das machten sie vor allem an der Forderung nach dem NATO-Austritt fest. Ein Teil der revolutionären Presse sieht ebenfalls eine "links"-Akzentverschiebung. Hat tatsächlich eine Festigung antiimperialistischer Kritikpunkte bei den Grünen stattgefunden?

Überprüft man die politische Praxis und die Aussagen der Grünen in der Öffentlichkeit, ist eine Festigung antiimperialistischer Kritikpunkte nicht festzustellen. Zum Zeitpunkt des Bundesparteitags der Grünen hatte die NATO weitere Überfälle auf Libyen, aber auch auf Syrien angekündigt. Vorausgegangen waren zahlreiche Demonstrationen gegen den Angriff der USA auf Libyen. Zehntausende Antiimperialisten beteiligten sich in zahlreichen Orten in der BRD

Kriege" werden in diesem Jahr auf "jeden Fall eine Rolle spielen", aber wiederum unter der Rubrik "konkrete Planungen" werden keine Vorschläge für weitere Aktivitäten gemacht.

Das war keine spontane Vergeßlichkeit wegen Tschernobyl, sondern die Politik der Grünen in den letzten Wochen, die dazu beitrug, antiimperialistischer Kritikpunkte abzuschwächen und in dem Kampf gegen die Aggressionen der NATO auf Libyen mit nationalistischen und europäischen Positionen den NATO-Austritt zu fordern. Um das zu beweisen, ist eine etwas ausführlichere Schilderung der Politik der Grünen in den letzten Wochen nötig:

Grüne im Bundestag

Die Bundestagsfraktion der Grünen hatte die Forderung nach der Kündigung des Wartime Host Nation Support-Abkommen, den der Kongreß der Friedensbewegung "Frieden mit der NATO?" aufgestellt hatte, übernommen und in der Bundestagsdebatte am



Libysche Vertreter kamen auf der Bonner Demonstration nach dem Überfall auf Libyen am 19. April nicht zu Wort.

und Westberlin an Veranstaltungen, zu denen die Grünen besonders engagiert aufgerufen hatten. Eigentlich Grund genug für den Parteitag, sich mit der NATO-Kriegspolitik im Nahen Osten, insbesondere gegen Libyen zu befassen, zumal weitergehende praktische Aktivitäten und die Arbeit der Bundestagsfraktion einer Erörterung bedurften.

Der Bundesparteitag beschloß ein Wahlkampfprogramm, das in seinem Teil "Internationalismus" den stattfindenden Krieg gegen Libyen nicht einmal erwähnt. Im "Wahlkampfkonzept" des Bundeshauptausschusses wird bemerkt, "Mittelmeerkrise und

16. April – zwei Tage nach dem Überfall – im Entschließungsantrag 10/5328 die Bundesregierung aufgefordert, dieses Abkommen zu kündigen. In der Bundestagsdebatte erklärte die Abgeordnete Borgmann für die Grünen:

"Wir ziehen daraus den Schluß, daß die Integration der Bundesrepublik in die NATO das Risiko erhöht, in militärische Abenteuer der USA hineingezogen zu werden."

(Zustimmung bei den Grünen)

Der 1982 abgeschlossene Wartime Host Nation Support-Vertrag mit den USA verstärkt diese Gefahr ganz beträchtlich. Er sieht vor, daß die Bun-

desrepublik im Falle eines Krieges oder einer Krise militärische Hilfsdienste für die US-Truppen durchzuführen hat. Wir fordern aus diesem Grund erneut, diesen Vertrag zu kündigen und einen Prozeß zu beginnen, der die Bundesrepublik von der NATO distanziert.

(Beifall bei den GRÜNEN)"

Die Begründung für die Kündigung dieses Vertrages war schon zwiespältig. Warum sollte die Bundesregierung in ein "Abenteuer der USA hineingezogen" werden, wenn sie an dem Überfall bereits beteiligt war? Das Abkommen gilt seit 1982, und der Überfall wurde vom US-Hauptquartier in Stuttgart geplant und befehligt. Diese Argumentation, die die unmittelbare Beteiligung der BRD ausschloß, führte dazu, daß die Abgeordneten der Grünen sich in der Bundestagsdebatte darauf konzentrierten, den USA "Staatsterrorismus" vorzuwerfen und sich vom "Terrorismus" im allgemeinen zu distanzieren. Im Bundestagsprotokoll sieht das dann so aus:

"Klein (München) (CDU/CSU): 'Oberst Muamar Al Ghaddafi hat seit Jahren mit seiner unverantwortlichen Gewaltpolitik die gesamte zivilierte Welt herausgefordert.'
(Lange (Grüne): 'Das bestreitet ja niemand!')"

Grüne für europäische Befriedung im Nahen Osten

Die grünen Abgeordneten wollen noch nicht einmal die Forderung der Libyer nach der 200-Meilen-Zone vor der libyschen Küste unterstützen. Dadurch, daß die Grünen den "Staatsterrorismus" der USA in den Mittelpunkt ihrer Kritik stellten, waren sie den Sozialdemokraten wehrlos ausgeliefert. Der SPD-Abgeordnete Gansel behauptete, die USA würde an einer Ausdehnung des NATO-Vertragsgebietes arbeiten und unterstützte die Bundesregierung darin, daß es sich bei dem Überfall der USA um eine "amerikanische Militäraktion" handele. Gansel erklärte, daß die SPD für die Einhaltung der NATO-Verträge eintreten würde und lehnte den Antrag der Grünen, das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen zu kündigen, entschieden ab. "Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist Aufgabe der Polizei" erklärte Gansel. Der SPD-Abgeordnete Wischnewski setzte nach und machte der Bundesregierung einen Vorschlag, wie die europäischen Staaten ihre Expansionsinteressen im Nahen Osten sichern können:

"Wir halten weiter an einem Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus fest, insbesondere mit den arabischen Staaten. In diesem Zusammenhang bitten wir die Bundesregierung, die Idee einer internationalen Polizeieinheit zur Bekämpfung des Terrorismus sehr genau zu prüfen. Wir haben mit der GSG 9 eine hervorragend ausge-



"Nato-Bomben töten libysche Kinder" – Bonn, 19.4.1986

bildete und ausgerüstete Truppe".

Die Sozialdemokraten sind bereit, die Expansionsinteressen der BRD und der EG im Nahen Osten zu verfechten. Von dieser Staatskoalition haben sich die Grünen nicht abgegrenzt. Der bereits erwähnte Grüne-Abgeordnete Lange brachte es fertig, die Angebote der SPD an Kanzler Kohl nicht zu kritisieren und sich auf die Seite der EG zu schlagen beim Rivalisieren mit den USA um den Mittelmeerraum:

"Eine Bundesrepublik, die in der NATO bleibt, die selbst ein Instrument in der amerikanischen Global- und Hegemonialpolitik ist, kann sich nicht erhoffen, dahingehend gestalterisch einzuwirken, daß ein Dialog zwischen Europa und den arabischen Staaten zustande kommt. Ich glaube, daß man den Nah-Ost-Konflikt vom Ost-West-Konflikt befreien muß. Die europäischen Staaten, jedenfalls die westeuropäischen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, Herr Kollege Dr. Stercken, müssen zunächst einmal ohne Eigennutz in dieser Region friedenspolitisch wirksam werden."

Die Grünen treten für eine europäische Nahost-Politik ohne die NATO ein. Warum soll eine solche Politik weniger aggressiv sein? Die beratende Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) hat gerade in diesen Tagen ihren Ministerrat aufgefordert, auch bei terroristischen Anschlägen den Krisenfall auszulösen und eine Bekämpfung des internationalen Terrorismus besser zu koordinieren.

Anfragen der Grünen

Nach dieser Bundestagsdebatte stellten die Grünen vier Anfragen, in denen sie die Politik der Bundesregierung in insgesamt 79 Fragen hinterfragten:

- 10/5397: Kleine Anfrage "Staatsterrorismus".
- 10/5440: Kleine Anfrage "Völkerrechtliche Bewertung des Sprengstoffanschlags gegen die Diskothek 'La Belle' in Berlin Friedenau am 5. April 1986".
- 10/5441: Kleine Anfrage "Der seerechtliche Konflikt zwischen den USA

und Libyen um den Golf von Sidra".

– 10/5442: Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in den amerikano-libyschen Konflikt".

So stellten die Grünen die Frage: "Kann die Bundesregierung bestätigen oder widerlegen, daß die US-Streitkräfte militärische Einrichtungen in der Bundesrepublik, insbesondere Nachrichten-, Befehls-, und Versorgungseinrichtungen für die Vorbereitungen und Durchführung der Angriffe der USA gegen Libyen benutzt haben? Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage geschah das?"

Diese Anfragen wandten sich gegen die Regierung, aber haben nur einen begrenzten Nutzen, denn bis heute blieb die Bundesregierung die Antworten schuldig. Wenn sie in einigen Monaten antwortet, dann sicher nicht enthüllend, sondern sie wird den Überfall der NATO verteidigen und sich über die Einzelheiten bedeckt halten. Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn die Grünen einige der Fragen selber öffentlich beantwortet hätten?

Und jetzt?

Nach diesen Anfragen erschöpfte sich die Politik der Grünen zum Überfall auf Libyen. Im Maiaufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft "Grüne und Gewerkschafter/innen" waren die NATO-Attacken im Nahen Osten schon kein Thema mehr. Die Anfragen an die Bundesregierung zeigen aber auch, daß es bei den Grünen Kräfte gibt, die antiimperialistische Positionen unterstützen. Statt sich über angebliche "links-Akzentverschiebung bei den Grünen auszulassen, stände es den Revolutionären besser zu, mit nachdrücklicher Kritik an falschen Positionen bei den Grünen eine Festigung antiimperialistischer Kritik zu erwirken.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht vom 16.4.1986: Antragsmaterial der außerordentlichen Bundesversammlung der Grünen; Pressemitteilungen der Grünen im Bundestag; FAZ vom 6.6.1986. Arbeiterkampf vom 2.6.1986. – (jöd)

DGB-Bundeskongreß

Räumkommando für eine SPD-Regierung äugelt mit großer Koalition

Das Material des DGB-Bundeskongreß wiegt einige Kilo – Geschäftsberichte, Antragsmaterial und Protokolle zum Stand der Auseinandersetzung zu vielen Einzelfragen. Die politische Linie, die die DGB-Spitze bei der Behandlung all dieser vielen Einzelfragen einzuschlagen gedenkt, wird aus der Ansprache klar, die Ernst Breit namens des Geschäftsführenden Hauptvorstandes nach der allgemeinen Aussprache über den Geschäftsbericht hielt und die wir – mit einigen Auslassungen – deswegen dokumentiert haben.

Pauschal über alle siebzehn Punkte hin läßt sich schon sagen, daß Breit nur in ganz wenigen Punkten klare Anforderungen an die Regierung stellt. Genau genommen nur folgende: Das Verbot der Leiharbeit. Die Versiche-

rungspflicht für sogenannte geringfügige Beschäftigungen. Erziehungsgeld bzw. Erziehungsrente für alle Mütter bzw. Eltern. Abschaffung der Steuerdiskriminierung von ausländischen Arbeitern mit Kindern im Herkunftsland. In allen anderen erwähnten Fragen verblebt Breit auf dem Niveau von Stellungnahmen und treibt seinen Standpunkt nicht bis zur Forderung, Gesetze rückgängig zu machen bzw. neu zu beschließen. Nicht einmal, daß die Änderung des § 116 rückgängig gemacht werden müsse, sagt Breit eindeutig. Wenn man sich einmal überlegt, bei welcher Mehrheitskonstellation die ausdrücklich geforderten Maßnahmen möglich sein würden, kann man kaum übersehen, daß diese für eine Mehrheit aus den Unionsparteien und der SPD akzeptabel wären.

Auszüge aus der Rede des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit

... Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Zahl der Diskussionsbeiträge – es waren 49 – bitte ich um Verständnis dafür, daß ich nicht auf alle Rednerinnen und Redner ausdrücklich eingehe, sondern versuche, einige Schwerpunkte zu bilden...

Erstens. Durch die Diskussion zog sich wie ein roter Faden die Idee – unsere Idee – der Einheitsgewerkschaft ... wir sind auch in Zukunft bereit, uns mit allen politischen Kräften über die Gestaltung der Zukunftsgesellschaft konstruktiv auseinanderzusetzen ... Aber es ist uns nicht gleichgültig, welche Regierung wir haben. Wenn eine Regierung Arbeitnehmerinteressen bewußt andauernd mit Füßen tritt, wenn sich eine Regierung unter Mißachtung ihres Verfassungsauftrags, für das Wohl aller Menschen zu sorgen, zum Erfüllungsgehilfen von Arbeitgeberforderungen macht, dann müssen wir eine solche Regierung massiv und öffentlich kritisieren. Und dann müssen wir ihr auch sagen, daß wir mit unseren gewerkschaftlichen Instrumenten überfordert sind, den Griff in die Taschen und den Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer zu verhindern; dann müssen wir auch sagen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich mit ihrem Instrument, mit dem Stimmzettel, zur Wehr setzen.

Zweitens. Es ist deutlich gesagt worden: Wir tragen den Staat des Grundgesetzes mit. Wir haben ihn maßgeblich mit aufgebaut. Er ist auch und vor allem unser Staat. Aber wir wehren uns entschieden dagegen, wenn eine politische Gruppe diesen Staat zu ihren Zwecken umfunktionieren will, erst recht, wenn sie sich bestenfalls auf ein Wählerpotential von fünf bis sieben Prozent stützen kann.

Was im Dialog nicht zu klären ist, müssen wir gestützt auf unsere gewachsene Kraft erkämpfen; die Bundesregierung läßt uns dazu keine andere Wahl. Dazu werden wir, wenn es notwendig ist, auch in Zukunft auf die Straße gehen und Aktionen in den Betrieben durchführen. Wer dies mit einem politischen Streik verwechselt, der hat aus unserer Geschichte nichts gelernt...

Drittens. ... Aus den Auseinandersetzungen der letzten Jahre ist der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Gewerkschaften gestärkt hervorgegangen ... Das Vertrauen der Arbeitnehmer in die Gewerkschaften ist groß, unsere Politik wird von den Arbeitnehmern getragen.

Die Union müßte nur ein paar Randfiguren abräumen. Der Zweck dieser weichen Linie dürfte sein, die bürgerliche Öffentlichkeit von der Harmoniosigkeit einer SPD-Regierungsbeteiligung zu überzeugen. Die sozialdemokratischen Funktionäre im DGB rechnen mit einer erheblichen Stärkung der SPD in den bevorstehenden Wahlen. Sie rechnen aber – wie ja sonst auch niemand – keineswegs mit einer absoluten Mehrheit der SPD. Sie vermeiden deswegen, vom DGB aus einen Forderungsdruck zu erzeugen, der der SPD eine Koalition mit den Unionsparteien unmöglich machen könnte. Man muß klar sehen, daß nur eine Minderheit der Gewerkschaftsfunktionäre etwa eine Koalition von SPD und GRÜNEN wünscht.

Neben der Vermeidung aller weitreichenden Forderungen enthält die Breit-Rede auch viele direkte Signale. Erstens und mehrfach, daß man auf den politischen Streik jedenfalls verzichten werde, als Gipfelpunkt jedes denkbaren Widerstandes bezeichnet Breit den Wahlzettel. Zweitens be-

Viertens. In der Analyse von Ursachen und Struktur der Massenarbeitslosigkeit sind wir uns weitgehend einig. Auch in der Strategie zu ihrer Bekämpfung können wir uns auf einen breiten gewerkschaftlichen Konsens stützen, der in unserem Vollbeschäftigungsprogramm aus dem Jahre 1977 zum Ausdruck kommt. Im Moment sind wir mit der Aktualisierung und Konkretisierung dieses Programms beschäftigt. Das Ergebnis soll im Herbst vorliegen...

Fünftens. Ich bin dankbar dafür, daß gestern noch einmal mit einem früher weitverbreiteten Vorurteil aufgeräumt wurde: Die umweltpolitischen Bremser sitzen nicht auf der Arbeitnehmerbank. Arbeit und Umwelt gehören für uns zusammen...

Sechstens. Wir haben, das hat die Diskussion gezeigt, weitere Arbeitszeitverkürzungen als gemeinsames Ziel ... wir brauchen sehr weitgehende und umfassende Arbeitszeitverkürzungen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Und hierzu gehören Vorruststandsregelungen ebenso wie Wochenarbeitszeitverkürzungen...

Siebents. Zu Recht ist der illegale Menschenhandel angeprangert worden ... Wer tatsächlich illegale Beschäftigung wirkungsvoll bekämpfen will, der muß Leiharbeit vollständig verbieten.

Achtens. Die Technologiepolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften stand ebenfalls bei einer Reihe von Diskussionsbeiträgen im Vordergrund ... Unsere Position ist deutlich. Das Tempo der Technikentwicklung muß dem Maß ihrer sozialen Bewältigung angepaßt werden. Technik muß dem Menschen dienen. Der Mensch darf nicht immer mehr der Technik angepaßt werden ... Ohne Zweifel wird die Durchsetzung unserer Gestaltungskriterien von den Möglichkeiten zur Mitbestimmung und damit zur Mitgestaltung abhängen. Hier besteht der dringende Reformbedarf der Betriebsverfassung und Mitbestimmungsgesetzgebung.

Neuntens. Ein weiteres Stichwort ist die Kommerzialisierung von Funk und Fernsehen ... Wir werden alle Möglichkeiten der gesetzlichen Einflußnahme, der Anrufung von Gerichten, der Wahrnehmung von Mitspracherechten in neuen Rundfunkaufsichtsgremien und der Organisierung von Mitarbeitern bei kommerziellen Programmveranstaltern nutzen, um die Entwicklung im Interesse unserer Mitglieder aktiv mitzustalten und gleiche Zugangschancen zu Funk und Fernsehen für alle Schichten der Bevölkerung zu sichern.

Zehntens. Ich freue mich darüber, daß sich unsere Kolle-

hauptet er, der Staat des Grundgesetzes sei auch und vor allem der Staat der Arbeiterbewegung. Hier trifft er sich mit Weizsäcker, der dem Kongreß auch damit schmeichelte, daß die Bourgeoisie sogar Schulpflicht, allgemeines Wahlrecht usw. der Arbeiterbewegung zu verdanken habe, so daß diese so gesehen doch allerhand erreicht habe. Drittens prunkt man mit der Verfügbarkeit der Arbeiterklasse, das Vertrauen in die Gewerkschaften sei groß, ihre Politik würde von den Arbeitnehmern getragen. Sogar viertens, zur Beschäftigungsfrage läßt man es bei vagen Hinweisen auf das 77er Programm und kündigt ein neues für den "Herbst" an. Fünftens zur Umweltpolitik übt Breit Spurenverwischung. Sechstens hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzungen fällt überhaupt kein Wort gegen die Flexibilisierung, auch an anderer denkbarer Stelle sagt Breit dagegen nichts. Siebtens fordert er gebieterisch das Verbot der Leiharbeit, um achtens den lobenswerten Grundsatz, daß die Rationalisierung nicht ohne jede Rücksicht auf die

menschliche Arbeitskraft durchgezogen werden dürfe, mit der Mitbestimmungsidee zu verknüpfen. Neuntens macht er seinen Frieden mit dem privaten Rundfunk bzw. Fernsehen, und zehntens greift er einige dringende Forderungen der Frauen und bringt sie als Argument gegen die Bevorzugung der Bauern und der Großverdiener. Der Gewerkschaftsjugend, die sich aus der einseitigen Anbindung an die SPD befreien muß, wenn sie nicht eingehen soll, und die deswegen freie Hand für Bündnispolitik verlangt, konfrontiert er elftens zynisch mit ihrer gegenwärtigen Schwäche, die ja gerade ein Ergebnis des Wirkens von seinesgleichen ist. Zwölftens reduziert er die ausländerfeindliche Politik der Regierung auf einen Punkt, der so gleich zu behandeln wäre, die steuerrechtliche Diskriminierung. Obwohl der Kongreß feststellte, daß die Zugevinne bei den Angestellten darüber hinwegtäuschten, daß bei den männlichen Angestellten so gut wie nichts erreicht werde, müht sich Breit dreizehntens nicht um eine Erklärung,

sondern freut sich über "Erfolge". Dann läßt er durchblicken, es könne vierzehntens, bei der gegenwärtigen, einseitigen haushaltsmäßigen Bevorzugung der unteren DGB-Ebenen, der Kreise, nicht bleiben, in Bezug auf die NH sei Ruhe die erste Mitgliedspflicht. Abschließend formulierte Breit die gewerkschaftlichen Ziele allgemein: als "absolutes Gleichgewicht". Dieses könne so lange aber nicht erreicht werden, als die Unternehmer allein über Investitionen und Preise bestimmten. Einstweilen sei es präziser, vom Gegengewicht zu reden, das man aufbieten könne. Hier vor Augen tritt unvermeidlich das Bild eines Sack Kartoffeln, den E. Breit auf die Waagschale wirft.

Das eigentliche Unglück dieses Kongresses ist jedoch, daß die führenden DGB-Funktionäre sich sorglos im Aufwind wiegen. Sie bereiten sich überhaupt nicht darauf vor, Widerstand leisten zu müssen, wenn die Regierungskoalition die parlamentarische Mehrheit behält, wie es doch sehr leicht sein kann. – (alk, maf)

ginnen so engagiert beteiligt und die Themen angesprochen haben, die ihnen und damit uns allen auf den Nägeln brennen. Ich kann hier nur noch einmal unterstreichen, daß wir uns seit Jahren bemühen, die sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse versicherungspflichtig zu machen ... Es wurde zu Recht die Nichtgewährung (des) Erziehungsgeldes und auch der sogenannten Erziehungsrenten an vollerwerbstätige, an vollzeit- oder lebenslang erwerbstätige Frauen kritisiert. Unsere Position ist klar: Erziehungsgeld und Erziehungsrente müssen die finanzielle Anerkennung von Erziehungsleistungen aller Mütter, aller Eltern sein ... Wenn der Finanzminister Milliarden für Bauern und Großverdiener übrig hat, dann dürfen diejenigen nicht mit einer billigen Entschädigung abgespeist werden, die unter schwierigsten Bedingungen in der Nachkriegszeit Kinder großgezogen haben ... Elftens. Die Gewerkschaftsjugend hat sich während der Aussprache so präsentiert, wie es ihrem Ruf entspricht. Kritisch, selbstbewußt und eigenständig. Ich glaube auch: Bei einer starken Gewerkschaftsjugend mit eigenständigem Profil spielt die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen eine untergeordnete Rolle ...

Zwölftens. In der Debatte sind wir nachdrücklich auf die Diskriminierung unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen hingewiesen worden. Es ist nicht nur eine schlampe Gesetzesformulierung, wenn das als Jahrhundertwerk geprägte Steuernenkungsgesetz de facto für 156000 ausländische Arbeitnehmer mit 375000 Kindern im Heimatland zu einem Steuererhöhungsgesetz geworden ist. Ich habe mich persönlich an den Bundesfinanzminister gewandt, und Siegfried Bleicher hat mit dem zuständigen Staatssekretär verhandelt. Wir haben – im Gegensatz zu allen anderen Kritikern – konkret erreicht, daß in einem Erlaß vom März dieses Jahres einiges zugunsten der Betroffenen geändert werden konnte. Doch das genügt uns nicht. Für uns ist die Angelegenheit nicht erledigt. Und das letzte Wort kann noch nicht gesprochen sein.

Dreizehntens. Trotz aller Erfolge in der Angestelltenarbeit ... bedarf es in den nächsten Jahren großer Anstrengungen, um die verschiedenen Angestellten-Gruppen verstärkt anzusprechen, zu werben und für unsere gemeinsamen Ziele zu mobilisieren. Unsere künftige gesellschaftliche Durchsetzungsfähigkeit ... hängt entscheidend von der Lösung dieser Frage ab ...

Vierzehntens. Mehrfach ist in der Aussprache die besondere Bedeutung der DGB-Kreise und Ortskartelle angespro-

chen worden. Stichworte waren: unsere Aktivitäten im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzungen; die Aktionswoche des DGB; unser Kampf gegen die Veränderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz; die zunehmende Bedeutung der Kulturpolitik ... Um so dankbarer waren wir für den Hinweis auf die nicht erfreuliche Entwicklung bei den Zuwachsen der verwendungsfähigen Einnahmen des DGB ... Wir haben im Rahmen der vorgegebenen Einnahmen des DGB versucht, den Kreisen besonders zu helfen ... Dieser Mehrbetrag zugunsten der Kreise wurde durch Rücknahmen in anderen Haushaltsbereichen ermöglicht. Klar ist aber: eine dauerhafte Lösung kann dies nicht sein.

Fünfzehntens ... Was wir brauchen, sind Strukturreformen im Gesundheitswesen, die endlich die Versicherten- und Patienteninteressen in den Vordergrund und die Interessen der Leistungsanbieter etwas in den Hintergrund drängen ... Sechzehntens. In Bezug auf die Neue Heimat ... Die personalwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen, die der Aufsichtsrat gebilligt hat, halten jedem Vergleich stand. Und noch eins mußte ausgesprochen werden: Jeder Betriebsrat, jeder Beschäftigte der NH muß wissen, daß ein Teil der veröffentlichten Meinung und der Politik nur auf Stichworte wartet, um uns alle gemeinsam zu diffamieren. Diese Absichten müssen wir gemeinsam durchkreuzen: Tarifgewerkschaften, Kapitaleigener, Geschäftsführung und Belegschaft ...

Siebzehntens. Beim Thema "gesellschaftliches Gleichgewicht" gibt es zwischen mir und Ilse Brusis allerhöchstens Unterschiede in der Formulierung. Nicht nur wir beide stimmen darin überein: Solange Unternehmer über Investitionen und Preise allein bestimmen und sie überdies das Mittel der Aussperrung in der Hand haben, so lange gibt es kein absolutes Gleichgewicht. Aber stellen wir unser Licht auch nicht unter den Scheffel. Wir haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in mancher Tarifauseinandersetzung bewiesen, daß wir ein ganz beachtliches Gegengewicht aufzubieten haben. Daß wir dieses Gegengewicht nicht mehr oder nur eingeschränkt ins Feld führen können, darum geht es der Allianz aus Arbeitgebern und Regierung. Und gegen die speziell in diesem Zusammenhang durch den § 116 vorgenommene Gewichtsverschiebung – was präziser ist als "Gleichgewicht" – wehren wir uns deshalb gemeinsam und solidarisch. Gemeinsam und solidarisch – davon bin ich überzeugt – werden wir auch diese Auseinandersetzung bestehen.

VR China

Die hohen sozialen Kosten der Landwirtschaftsreformen werden deutlich

In dem vor wenigen Monaten verabschiedeten chinesischen Fünfjahrplan für den Planzeitraum 1986 – 1990 sind erstmals seit Jahren besondere Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittel- und vor allem der Getreideproduktion vorgesehen; Bauern, die sich auf den Getreideanbau spezialisieren, bekommen Steuererleichterungen bzw. Steuererlaß, Dünger und Landmaschinen zu Vorzugspreisen. Hintergrund der Beschlüsse: Nach jahrelangen erheblichen Steigerungsraten in der Getreideproduktion – mit dem Effekt, daß China inzwischen zum Nettogetreideexporteur geworden ist – ist die Getreideernte 1985 immerhin um 7% niedriger ausgefallen als im Vorjahr – trotz günstiger Witterungsbedingungen. Angesichts des weiteren Bevölkerungswachstums in der VR China und der gerade überschrittenen Linie der Selbstversorgung auf niedrigem Niveau bedeuten Stagnation oder Rückgang der Getreideproduktion die Gefahr, daß erneut Hunger droht.

Zeitgleich beschloß der Nationale Volkskongreß, die Legislative der VR China, besondere Maßnahmen zur Intensivierung des landwirtschaftlichen Investbaus. Denn in verschiedenen Provinzen, darunter in der bevölkerungsreichsten Provinz Sichuan, waren die Investitionen in die Instandhaltung und Verbesserung des Bewässerungssystems, des Wegesystems etc. kontinuierlich zurückgegangen. In einem Land wie China, wo der intensive Anbau Voraussetzung der Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung ist, untergraben die Unterlassungen im landwirtschaftlichen Investbau langfristig die Entwicklung des Landes. Schließlich mußte der Nationale Volkskongreß erneut die Bedeutung der Bodenpflege und der Nutzung aller bebaubaren Landes betonen; in den letzten Jahren hatte nämlich der Raubbau um sich gegriffen, der auf kurzfristige Maximierung der Erträge durch einseitige Fruchtwahl und spezielle Düngemethoden zielte, der jedoch langfristig die Bodenfruchtbarkeit zerstörte. In vielen Regionen war es auch dazu gekommen, daß Anbauflächen, die an Haushalte zur Bestellung übergeben waren, brachlagen, weil die Bauern anderen, einträglicheren Erwerbstätigkeiten z.B. im Handwerk oder Transportgewerbe nachgingen oder sich gleich in die Städte aufmachten.

Die Kritiker der gegenwärtigen Landwirtschaftspolitik verweist die KPCh immer wieder auf den frappanten Anstieg der Agrarproduktion seit

1979 mit jährlichen Steigerungsraten über 10% sowie auf die rasanten Einkommenszuwächse, die die Bauernhaushalte im Schnitt der letzten Jahre erzielt haben: Das landwirtschaftliche Durchschnittseinkommen hat sich seit 1979 verdreifacht.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und insbesondere der Getreideproduktion seit 1979 ist jedoch nur zum geringen Teil auf das sog. Verantwortlichkeitssystem zurückzuführen, das in nebenstehendem Dokument als zentraler Hebel des Produktionswachstums bezeichnet wird. Das bestätigen im übrigen auch so unverdächtige Befürworter der chinesischen Wirtschaftsreformen wie die China-Experten der Weltbank. Ende der 70er Jahre trafen vielmehr drei Faktoren zusammen, die alle eine erhebliche Steigerung der Agrarproduktion bewirkten: Erstens eine Anhebung der staatlichen Ankaufpreise für Agrarprodukte zwischen 25 und 50%, zweitens die Inbetriebnahme zahlreicher mittlerer und großer Düngemittelfabriken und die damit verbun-

Wachstum der Agrarproduktion erfordert vielmehr Vorleistungen in den kommenden Jahren, die der bis jetzt praktizierten Politik – Reduzierung der Staatsinvestitionen in der Landwirtschaft, Reduzierung der kollektiven Investitionen im Investbau, Beschneidung kollektiver Arbeitseinsätze zur Instandhaltung des Be- und Entwässerungssystems – direkt entgegenstehen. Die Lösung sieht die Führung der KPCh in der Steigerung der Investitionstätigkeit der Einzelhaushalte, konkreter: der bürgerlichen Familienbetriebe, die in den letzten Jahren genügend akkumuliert haben, damit sie jetzt weiteres Land hinzupachten können, die Wasserrechte pachten können, von den Restriktionen der Beschäftigung von Arbeitskräften befreit werden, ihr Kapital im ganzen Land, in allen Branchen anlegen können. Sie sollen – das ist der Tenor des nebenstehenden wie auch späterer Dokumente der KPCh – die Investitionen in Eigereigentum leisten. Das einmal auf die Haushalte verteilte Land soll – so der für die Landwirtschaft zuständige Vizepremier Wan Li – unter besonderer Berücksichtigung der "leistungsfähigsten" Haushalte neu verteilt werden. Ein weiterer Anreiz für diese Haushalte: die Verlängerung der Kontraktlaufzeit. Es bleibt abzuwarten, ob und wie schnell auf



Chinesische Familie mit den Symbolen derer, die es zu etwas gebracht haben: Farbfernseher und Kleidung im westlichen Schnitt. Über mehrere Jahre propagierte die KPCh die schnelle Bereicherung als vorbildlich. Inzwischen hat die Propaganda umgeschaltet: Von den 10000 Yuan-Familien ist kaum noch die Rede, dagegen wieder von selbstlosem Einsatz für das Kollektiv.

dene Verbesserung der Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Produktion, drittens eine mehrjährige Beständigkeit der Witterungsbedingungen. Das Verantwortlichkeitssystem selbst, also die Agrarproduktion auf Basis des bürgerlichen Familienbetriebs, hat sich dagegen erst 1982/83 landesweit durchgesetzt.

Weitere außergewöhnliche Steigerungen der landwirtschaftlichen Erträge sind in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Ein langfristig stabiles

diesem Wege erneut Großgrundbesitzverhältnisse entstehen.

Die wenigen vorliegenden Daten über die bürgerliche Einkommensentwicklung lassen die Aussage zu, daß die interregionalen wie die intraregionalen Unterschiede der Haushaltseinkommen erheblich zugenommen haben. Darüber hinaus haben die Bauernhaushalte zwar vielleicht neue Wohnhäuser, Fernseher und Fahrräder, aber gleichzeitig ihre Einbeziehung in die Warenproduktion mit dem Verlust ih-

Zirkular des ZK der KPCh zur Agrarpolitik (12.6.84)

„... Die weite Verbreitung der landwirtschaftlichen Produktionsverantwortlichkeitssysteme hat es schon bewirkt, die Produktivkräfte zu befreien und die Warenproduktion zu entwickeln. Die Transformation der vollständigen oder teilweisen Subsistenzwirtschaft in eine Warenproduktion großen Maßstabs ist ein wesentlicher Schritt in Chinas sozialistischer Wirtschaftsentwicklung auf dem Lande. Nur durch die Entwicklung der Warenproduktion können wir die Arbeitsteilung in der Gesellschaft weiter beschleunigen und die Produktivkräfte auf ein neues Niveau heben; nur dadurch können unsere Dörfer reich und prosperierend werden und können unsere Kader die Beziehung zwischen Waren und Geld und dem Wertgesetz meistern, um der Planwirtschaft zu dienen; und nur dann werden wir die Modernisierung von Chinas sozialistischer Landwirtschaft beschleunigen können.

Teil III

Wir müssen das ertragsbezogene System der vertraglich geregelten Verantwortlichkeiten stabilisieren und verbessern. Auf der Basis der Haushaltsproduktion muß den Bauern geholfen werden, den Umfang ihrer Produktionstätigkeiten auszudehnen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse müssen verbessert werden.

1. Die Verlängerung der Vertragsdauer wird die Bauern ermutigen, die Investitionen zu steigern, die Bodenfruchtbarkeit zu bewahren und eine intensive Landwirtschaft zu betreiben. Im allgemeinen sollte die Vertragsdauer mehr als 15 Jahre betragen. Wo sich die Produktion im Entwicklungsstadium befindet oder länger zur Realisierung der Produktionsergebnisse braucht – z.B. beim Obstbau, in der Forstwirtschaft, bei der Landgewinnung auf kahlen Hügeln oder bei Brachland – sollte die Vertragsdauer noch länger sein...

Wir sollten einen allmäßlichen Übergang zu einer spezialisierten Landwirtschaft fördern. Wenn ein Kommunemitglied während der Vertragsdauer den Vertrag lösen oder eine kleinere Anbaufläche kontraktieren will – egal ob er nicht genügend Ressourcen für die Landwirtschaft hat oder einem anderen Gewerbe nachgehen will –, soll die Anbaufläche der zentralen Kontrolle des Kollektivs unterstellt werden. Mit der Zustimmung des Kollektivs kann das Kommunemitglied seinen Vertrag selbst veräußern ... Unter den gegenwärtigen Umständen, die das Staatsmonopol für den Ankauf und die Vermarktung von Getreide

bestimmen, sollte der neue Vertragspartner dem ursprünglichen Besitzer mit einer gewissen Getreidemenge zum Selbstkostenpreis beliefern. Den Bauern muß eine vernünftige Kompensation für alle Investitionen gezahlt werden, die sie auf dem Land gemacht haben ... Wo eine Politik des Raubbaus zu einem Rückgang der Bodenfruchtbarkeit geführt hat, sollten auch vernünftige Kompensationsmethoden gefunden werden ...

2. Kapital, das den Bauern oder dem Kollektiv gehört, kann ohne geografische Beschränkungen investiert werden. Die Bauern sollen zu Investitionen und Gesellschaftereinlagen an allen möglichen Unternehmungen ermuntert werden ...

3. Was die Beschäftigung von Arbeitskräften auf dem Lande betrifft, so sind die wesentlichen Grundsätze in dem ZK-Dokument "Einige Fragen der gegenwärtigen Landwirtschaftspolitik" niedergelegt. Diese sollen weiter verfolgt werden. Die industriellen und Handelsabteilungen der Staatsorgane müssen die Ausgabe von Registrationskarten und Lizenzen prompt durchführen und ihre Verwaltung verbessern ... Gegenwärtig wenden einige Betriebe, die mehr Arbeitskräfte beschäftigen, als nach den Regelungen erlaubt ist, ein anderes System als die Privatunternehmen an: Z.B. behalten sie einen gewissen Teil des Profits nach Steuern als Eigentum des Kollektivs ein oder setzen Höchstgrenzen für Ausschüttungen an und schütten einen gewissen Teil des Profits als Prämien an die Arbeiter aus usw. In verschiedenem Grade sind das Elemente einer genossenschaftlichen Wirtschaft, und wir sollten den Unternehmen helfen, sie zu verbessern und zu perfektionieren. Ihre Praxis darf nicht in demselben Licht wie der kapitalistische Ankauf von Arbeitskraft betrachtet werden.

Einige Kommune- und Brigadebetriebe, die das System vertraglich geregelter Verantwortlichkeiten mit einem Manager praktizieren, rekrutieren selbst Arbeitskräfte. Sie bleiben jedoch Teil der genossenschaftlichen Wirtschaft und dürfen nicht als private Arbeitgeber betrachtet werden ...

4. Die spezialisierten Haushalte, die auf dem Lande mit dem ertragsbezogenen Verantwortlichkeitsystemen entstanden sind, sind etwas Neues für unsere landwirtschaftliche Entwicklung. Sie sind dabei vorangegangen, durch eigene harte Arbeit reich zu werden, die Warenproduktion zu entwickeln und die Produktionstechniken zu verbessern".



Reisanbau. Niedrige Ankaufpreise für Getreide, hohe für Industriepflanzen haben 1985 zu einem Rückgang der Getreideproduktion geführt.

ter wirtschaftlichen Selbständigkeit und ihrer – wenn auch nur geringen – sozialen Sicherung bezahlt. Und schließlich wird sich erst noch praktisch erweisen – spätestens in Krisenzeiten –, daß die "reichen Bauern" die landwirtschaftlichen Produktionsvoraussetzungen und – mittel wie Wasser und Dünger monopolisiert haben.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; China Quarterly, div. Ausgaben; Asien 3/85 – (wom)

VR Polen

IWF-Beitritt löst nicht die Wirtschaftsprobleme

Ende Mai hat der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds bei Stimmenabstimmung der USA der Aufnahme Polens in den IWF zugestimmt. Damit wollen die westlichen Gläubiger die Rückzahlung der über 30 Mrd. US-\$ polnischen Schulden sichern und der polnischen Regierung ihre Forderungen aufzwingen. Diese erhofft sich offenbar Hilfe bei der Lösung der Wirtschaftsprobleme.

Den Dreijahrplan 83-85 konnte Polen mit einer weitgehenden Erfüllung der gesetzten Planziele abschließen, 1985 allerdings mit deutlich schlechteren Ergebnissen. Die Industrieproduktion erhöhte sich um 16,3% gegenüber geplanten 14,3-16,3%. Im Bauwesen wurde das Ziel von 12,4% Steigerung mit 17% übertroffen, in der Landwirtschaft mit 10% gegenüber geplanten 9% Steigerung. Weniger positiv sieht demgegenüber die Außenhandelsbilanz aus. Während die VR Polen in den drei Jahren gegenüber den sozialistischen Ländern ihre Plandaten übererfüllte, beim Export mit einer Steigerung von 22,9% gegenüber 8%, beim Import mit 13,8% gegenüber 4,2%, blieb sie gegenüber den kapitali-

stischen Ländern beim Export mit einer Steigerung von nur 24,6% unter dem Plan von 37,9% und lag beim Import mit einer Steigerung von 28,8% über den geplanten 25,1%. D.h., wenn der Export in die kapitalistischen Länder z.B. 1985 mit 463,5 Mrd. Zl. Wert auch den Import von 382,3 Mrd. Zl. (zahlbar in Devisen) übertraf, so reichte dies doch nicht, den erforderlichen Schuldenabtrag zu leisten, mußte vielmehr ein Teil des Überschusses wieder zur Deckung der Importe verwendet werden. Die Exportrückstände hängen mit Schwierigkeiten in der Industrie zusammen, dem Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen sowie veralteten Maschinen, die die Konkurrenzfähigkeit auf dem westlichen Markt schwächen. Auch 1985 gelang es nicht, den Export von hochwertigen Fertigprodukten wie Schiffen, Güterwaggons und Maschinenbauprodukten zu steigern.

Es ist zu befürchten, daß die VR Polen sich mit dem IWF-Beitritt diesem Konkurrenzdruck und den Ersatzungsmanövern der Kapitalisten ausliefert und ihnen zudem weitere Einflußmöglichkeiten im Lande selbst einräumt, u.a. durch das Joint-Venture-Gesetz über polnisch-ausländische Gesellschaften, das dem Sejm seit Mai 85 vorliegt. Dennoch, ungetrübt ist die Freude der Kapitalisten nicht. So befürchtet die FAZ, daß die polnische Regierung bei Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung, die die Arbeiter treffen würden, die Schuld dafür – zu Recht – dem Druck der westlichen Gläubiger zuweisen würde.

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt v. 4.6.86, Polnischer Wirtschaftsanzeiger 5/86, 10/85, – (brb)

Belgien

Neue Niederlage der Lohnabhängigen gegen die Regierung

Über 100000 belgische Lohnabhängige demonstrierten nach Angaben des Gewerkschaftsbundes ABVV am 31. Mai in Brüssel gegen die Haushaltspläne der Regierung Martens. Diese will zwischen 12000 und 17000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst entlassen: 3700 bei der Bahn, 2000 bei der Post, zwischen 6500 und 11000 an den Schulen. Mit zahlreichen Angriffen auf Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen will sie außerdem die Zuschüsse an diese Versicherungen verringern, um die so freiwerdenden Haushaltssmittel den Kapitalisten zuzustecken.

Inzwischen steht trotz der Demonstration in Brüssel und trotz der erbitterten Gegenwehr insbesondere der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, die in den letzten Wochen mit zahlreichen Streiks Bahn, Post, Schulen, Müllabfuhr und andere Bereiche

des öffentlichen Dienstes lahmgelegt hatten, ein Erfolg der Regierung so gut wie fest. Der christdemokratische Gewerkschaftsbund ACV, fast ebenso mitgliederstark wie der Gewerkschaftsbund ABVV, entschied am 27. Mai auf einer Konferenz mit großer Mehrheit, die Streikaktionen abzubrechen und mit der Regierung über Änderungen ihres Programms zu verhandeln. Auf diese Weise will der ACV eine nicht näher bestimmte Milderung der Versicherungskürzungen und weniger Entlassungen im öffentlichen Dienst erreichen. Ausdrücklich entschied die ACV-Konferenz, sie wolle die von der Regierung geplante Anhebung der Altersgrenze für Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung von bisher 60 auf 65 Jahre nicht hinnehmen. Erst wenn die Verhandlungen mit der Regierung keine befriedigenden Ergebnisse erbrächten, könne man über weitere Aktionen beschließen.

Die Regierung hat damit die Möglichkeit, die gewerkschaftliche Einheitsfront gegen ihr Programm, die in den letzten Wochen zumindest im öffentlichen Dienst möglich schien, Stück für Stück in langwierigen Verhandlungen weiter zu schwächen und zu spalten. Die Demonstration in Brüssel hat die Regierung deshalb kaum noch beeindruckt. Die bürgerliche Presse registrierte befriedigt, daß "auffällig wenig" Fahnen des ACV zu beobachten gewesen seien ("Standaard", 2.6.). In Antwerpen wurde Regierungschef Martens am gleichen Tag auf einer Konferenz der Christdemokraten bereits als erneuter Sieger über die Lohnabhängigen gefeiert.

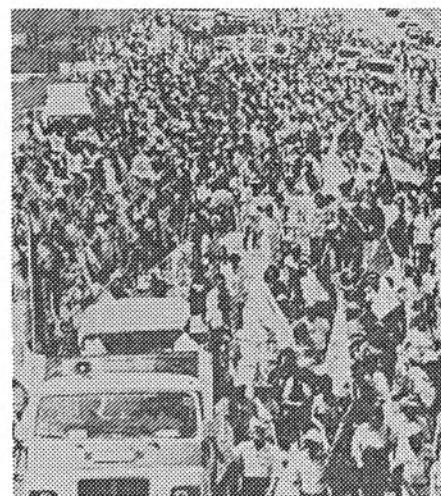
Inzwischen sind weitere Einzelheiten des Programms der Regierung bekannt geworden. So sollen Kapitalisten und solche, die es sich leisten können, Dienstboten einzustellen, künftig Steuerabzüge geltend machen können, wenn sie einen Arbeitslosen, der ein Jahr lang Arbeitslosengeld bezogen hat, als privaten Dienstboten einstellen. Außerdem will die Regierung die bisher schon mit zahlreichen Ausnahmegenehmigungen gelockerten Schranken gegen die Anordnung von Nacht- und Wochenendarbeit nun in einer Neufassung des Arbeitszeitgesetzes verallgemeinern. Davon werden auch die westdeutschen Kapitalisten mit ihren zahlreichen Niederlassungen in Belgien direkt profitieren. VW etwa versucht schon seit zwei Jahren, in seinem belgischen Montagewerk regelmäßige Samstagsarbeit zu erzwingen und hat nun angekündigt, wegen des Widerstands der Gewerkschaft stattdessen eine komplette Nachschicht einzurichten zu wollen. Solche Arbeitszeiten anzugeben, wäre den Kapitalisten nach den Plänen der Regierung künftig allgemein erlaubt.

Quellenhinweis: De Standaard, Gazette van Antwerpen, 25.5. bis 2.6.; Solidair, 14.5., 28.5. – (rül)

Spanien

Neuwahlen kurzfristig für 22. Juni angesetzt

Mitte April hat die spanische Regierungspartei die Auflösung des Parlaments und die Durchführung von Neuwahlen am 22.6. beschlossen. Dieser Schachzug ist der Versuch, auch in der nächsten Legislaturperiode eine absolute Mehrheit der PSOE zu sichern und einer Reihe von Entwicklungen entgegenzuwirken, die einen solchen Wahlsieg gefährden könnten. Die Regierungspartei hatte zwar das NATO-Referendum gewonnen. Die Anti-NATO-Kampagne hat aber zur Entwicklung eines Bündnisses von Teilen der Gewerkschaftsbewegung mit antimilita-



Die Anti-Nato-Bewegung, ein Ausgangspunkt für die Bildung einer linken Opposition.

ristischen und Friedensgruppen und revolutionären, sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Organisationen geführt. Die Debatte um den Aufbau eines handlungsfähigen linken Bündnisses war immer auch mit dem Ziel verbunden, der regierenden PSOE das Argument der "einzigsten linken Alternative" aus der Hand zu nehmen. Ein Ergebnis dieser Debatte ist die Bildung einer Liste der "Vereinigten Linken". Auf dieser Liste kandidieren u.a. Vertreter der kommunistischen Partei, der Abspaltung PCPE der kommunistischen Partei, der Humanistischen Partei, der Partei der sozialistischen Aktion, der ökologischen Föderation sowie verschiedene Unabhängige. Nach Umfragen der Zeitung El País könnte die Vereinigte Linke 6% der Stimmen erreichen. Ein günstiger Faktor für die Entwicklung und Stabilisierung der linken Opposition ist die Tatsache, daß kurz nach der Festlegung der Neuwahlen das spanische Verfassungsgericht die Aufnahme des baskischen Wahlbündnisses Herri Batasuna in die Parteiliste und damit dessen Zulassung als legale Partei beschlossen hat.

Die PSOE, nach dem Franco-Faschismus als Partei der Lohnabhängigen angetreten, hat mit ihrer Politik der "Modernisierung Spaniens" das nationale spanische bürgerliche Lager gestärkt. Die Schicht "junger, aufstrebender" Kapital- und Staatsfunktionäre, oftmals aus selbständigen Betrieben, nahm zu. Die bürgerliche spanische Presse karikiert Gonzales als Ziehvater der sog. "Senoritos", der feinen jungen "Herrchen". Somit hat die Regierungspolitik der PSOE zur Vergrößerung der bisher kaum existenten sog. "bürgerlichen Mitte" beigetragen. Das hat u.a. zur Folge, daß der bisher mit Parteigründungen wenig erfolgreiche ehemalige Regierungschef Suarez sich Hoffnungen auf ca. 8% der Wählerstimmen macht. Suarez tritt nicht mehr mit der christlich-demokratischen UCD, sondern als Führer des "Demokratischen und Sozialen Zentrums" (CDS) an. Rechts vom CDS hat sich eine "Demokratisch-reformerische Partei" (PRD) angesiedelt. Die reaktionäre und faschistische Rechte hat sich hinter Manuel Fraga in einer "coalición popular" (CP) zusammengeschlossen.

Die Regierung befürchtet, daß die Auswirkungen des EG-Beitritts, (wachsende Lebensmittelimporte, sinkende Erzeugerpreise, steigende Mehrwertsteuer), die wachsende Staatsschuld und die weiter geplanten Steuererhöhungen sowie die anhaltende Protestbewegung gegen die US- und NATO-Kriegspolitik den Einbruch der neuen liberalen Gruppierungen in das Wählerpotential der PSOE und die Stabilisierung einer linken Opposition verstärken werden. Der stellvertretende Parteivorsitzende der PSOE hat bereits die Lösung ausgegeben, wie die Regierungspartei die Kritik und das Wahlprogramm der Vereinigten Linken beantworten soll: Jede Stimme für die "Vereinigte Linke" sei eine Stimme zum Nutzen der Reaktion. Quellenhinweise: El País, Cambio Mai/Juni 1986. – (chc)

Großbritannien

Druckarbeiter lehnen Murdoch's Angebot ab

Mit 2081 Stimmen gegen 1415 lehnten die von der Massenentlassung durch Rupert Murdoch betroffenen englischen Druckarbeiter das "letzte Angebot" des Kapitalisten ab, nämlich Abfindungen in Höhe von insgesamt 50 Millionen Pfund Sterling (etwa 165 Mio. DM) zu zahlen und den Gewerkschaften die bisherige Druckerei zu überlassen.

Diese Entscheidung führt vor allem in der Gewerkschaft SOGAT 82 zu harten Auseinandersetzungen. Der Gewerkschaftsvorstand unter Leitung der Vorsitzenden Brenda Deen hatte

Annahme des Angebots empfohlen. Für den Gewerkschaftstag in Scarborough legte er eine Resolution vor, die jede Taktik ablehnt, bei der die "künftige finanzielle Unabhängigkeit" der Gewerkschaft gefährdet wäre. Damit bezieht sich der Vorstand auf die Gefahr, daß laut Thatchers Anti-streikgesetzen die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt werden, wenn sie "illegale Streiks" unterstützt. SOGATs Gelder waren bereits einmal beschlagnahmt, weil sie ihre Mitglieder im Großhandel aufgefordert hatte, Murdoch's Zeitungen nicht zu verbreiten. Nur nach einer Entschuldigung vor Gericht erhielt SOGAT das Geld zurück.

Diese Entschuldigung wird in einem Antrag der Londoner Maschinengruppe scharf kritisiert. Andere Gruppen verlangen die Ausweitung der Streikposten und der Demonstrationen sowie Streikgeld für weitere 20 Wochen, während der Vorstand weitere Verhandlungen mit Hilfe des TUC empfiehlt. Der Gewerkschaftstag begann erst nach Redaktionsschluß.

Unter der Mehrheit der betroffenen Arbeiter herrscht offenbar die Mei-

nung vor, man könne wesentlich mehr herausholen, vor allem Wiedereinstellungen von Entlassenen. Die deutlichen Schwierigkeiten Murdochs in seinem neuen Druckzentrum in Wapping sowohl mit Beschäftigten wie mit Maschinerie bestärken sie.

Dazu kommen die erfreulichen Probleme der neuen Tageszeitung "Today". Sie wurde von Eddie Shah gegründet, der vor zwei Jahren in seinem kleinen Anzeigenblatt erfolgreich einen Druckerstreik brach. Von den Banken mit ausreichenden Mitteln ausgestattet, trat er in der Fleet Street als Preisboxer gegen die Gewerkschaften an, um mit modernen Maschinen, aber geringstmöglicher Beschäftigtenzahl, erfolgreich eine Tageszeitung zu produzieren. Doch statt der erhofften Auflage von mehr als einer Million verkauft "Today" weniger als die Hälfte, und die Anzeigen bleiben aus. Nur eine erneute Finanzspritze seiner Geldgeber konnte Shah vor dem Bankrott retten.

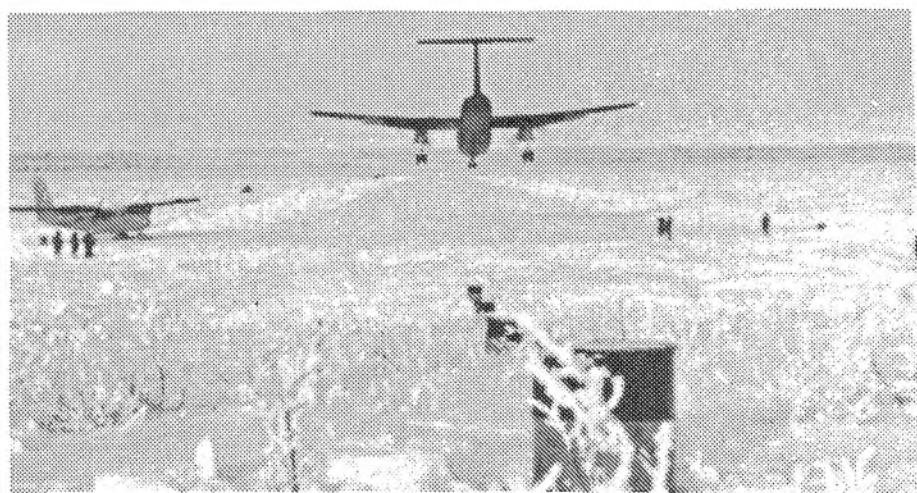
Quellenhinweis: Times, Financial Times, Guardian, versch. Ausgaben – (hef)

Kanada

Die Militäropolitik der Regierung Mulroney ist stark euro-orientiert

Die Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten war einer der zentralen Programmpunkte der Progressiv-Konservativen Partei unter der Führung Mulroneys bei den Wahlen 1984. Dazu gehörte neben Wirtschaftsfragen zentral die Militärpolitik. Heute kann man sagen, daß die Regierung Mulroney in Militärfragen mindestens so viel nach Europa blickt wie in die USA. Kanada ist Mitglied des britischen Commonwealth, und es

steht seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg in einem Spannungsverhältnis zwischen Europa einerseits und den USA andererseits. Der britische Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und die seit vielen Jahren dominierende ökonomische Stellung der USA haben keineswegs dazu geführt, daß der Bezug Kanadas auf Europa etwa bedeutungslos geworden wäre. In einem kürzlich in der Zeit-



Das Bild zeigt den Bau einer Landebahn aus Eis in den Nordwest-Territorien Kanadas nach dem Absturz eines mit Kernkraft angetriebenen sowjetischen Cosmos-Satelliten vor einigen Jahren. – Landschaft und Klima Kanadas sind in weiten Teilen der Sowjetunion sehr ähnlich; sie sind deshalb ein begehrtes Übungsgelände der NATO.



Die chilenischen Oberschüler, Studenten und Lehrer demonstrieren in der zweiten Woche gegen die Bildungspolitik der Militärregierung Pinochets, die Hochschulrektoren zwangseingesetzt hat, Bildungskosten streichen und auf die finanzienschwachen Kommunen abwälzen will. An den Schulen und Hochschulen drohen Entlassungen von Lehrpersonal und eine weitere Verschlechterung des Unterrichts. Militär und Polizei verhafteten bislang über 900 Demonstranten. Für den 2. und 3. Juli haben Gewerkschaften, Studenten und Lehrpersonal zu einem Generalstreik aufgerufen. – (sie)

Handel mit Südafrika verboten

Der Handel zwischen Dänemark und Südafrika ist ab 15. Juni verboten. Das beschloß das dänische Parlament am 30. Mai mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Sozialistischen Volkspartei, der Radikalen und der Linkssozialisten (76 Stimmen). Die Regierungsparteien enthielten sich mit 63 Stimmen. Firmen, die bereits Geschäfte mit Südafrika abgeschlossen haben, sollen diese innerhalb von 2 1/2 Jahren abgewickelt haben. Das Verbot betrifft vor allem die Einfuhr von Phosphat und Kohle sowie den Transport von Öl nach Südafrika. Die Firma Superfos und die Reedereien sagen einen mehrziffrigen Millionen-

verlust für die dänische Wirtschaft voraus, 2000 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel. – (wiw)

Ecuador: Wahlerfolg der Linken

Bei den Parlamentswahlen in Ecuador am 1. Juni verlor die seit 1984 regierende konservative, sozialchristliche Partei des Präsidenten Cordero ihre absolute Mehrheit. Ein Linksbündnis aus neun Parteien kritisierte u.a. die Kürzungen von Sozialausgaben und die einschneidenden Preiserhöhungen der Regierung. Der Linksblock erreichte mit 43 von insgesamt 71 Parlamentssitzen die Mehrheit. Eine gleichzeitig zur Abstimmung vorgelegte Verfassungsreform der Regierung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. – (sie)

schrift des Londoner Commonwealth-Instituts veröffentlichten Vortrag über die kanadische Außenpolitik aus der Sicht Großbritanniens heißt es: "Ich neige zu der Feststellung, daß die Grundlagen der anglo-kanadischen Beziehungen bestehenbleiben und daß es in letzter Zeit keine radikalen Entwicklungen gegeben hat, die auf rasche Veränderungen hindeuten." (1) In einem von Kanadiern verfaßten Aufsatz wird die Außenpolitik der Regierung Mulroney als weitgehend in der Kontinuität Trudeau's stehend und von Vorsicht und Konsensbildung geprägt beurteilt. (2) Die Progressiv-Konservative Partei Mulroneys ist eher noch stärker der traditionellen Bindung an Großbritannien und Europa verhaftet als es die Liberalen sind.

Für die westeuropäischen Kapital- und Regierungskreise ergibt sich damit weiterhin die Lage, daß sie sich durchaus, wenn auch in relativ klei-

nem Maßstab, auf Kanada als nordamerikanische Alternative beziehen können. Dies wirkt sich in der Militärpolitik etwa so aus:

– Die kanadische Armee ist mit Leopard-II-Panzern ausgerüstet: deren Wartung wird in Kanada se Ende 1984 von einem Lizenzinhaber in Montréal ausgeführt, dem auch die Wartung westdeutscher Leopard-Panzer übertragen wurde, solange sie zu Übungszwecken in Kanada stationiert sind.

– Das von VW entwickelte geländegängige Mehrzweckfahrzeug "Iltis" wird seit 1984 in Montréal in Lizenz hergestellt. Der Bau von 1900 Fahrzeugen ist derzeit geplant, davon sind 400 für die kanadischen Streitkräfte in Lahr (Baden-Württemberg) bestimmt. (3)

– Schon seit 1982 wird in London, Ontario, in Lizenz einer Schweizer Firma von General Motors Canada ein leichtes gepanzertes Fahrzeug herge-

Mexiko: Zunehmender Druck des IWF

Die Umschuldungsverhandlungen der mexikanischen Regierung mit dem IWF sollen kurz vor dem Abschluß stehen, nachdem Mexiko den Schuldendienst in Höhe von zwei Mrd. US-\$ für Juni nicht aufbringen konnte und bankrott war. Aus Kreisen der Regierung war noch vor Wochen die Auffassung verbreitet worden, daß Mexiko seine Schuldenzahlung auf 25 Prozent seiner Exporterlöse begrenzen wolle. Zur Zeit muß Mexiko rund 10 Mrd. US-\$ jährlich allein an Zinsen für seine 100 Mrd. US-\$ Auslandsschulden zahlen. Die imperialistischen Gläubiger verlangten u.a. eine Reduzierung der Staatsausgaben und -verschuldung, die Privatisierung von Staats-



betrieben. Mitte Mai erklärte die Regierung das älteste Stahlwerk Lateinamerikas, die staatliche Monterrey, für bankrott. Weitere 18000 Arbeiter sind arbeitslos. In den vergangenen vier Jahren sanken zudem die Löhne der Lohnabhängigen um mehr als 40%. (Foto: VW-Arbeiter am 1. Mai – sie)

stellt, das in der Schweiz Piranha heißt und in Kanada je nach Modell den Namen Cougar, Husky oder Grizzly trägt. Es wird bereits unter anderem bei Manövern in Nordnorwegen eingesetzt, wohin im Spannungsfall kanadische Truppen verlegt werden. (4)

– Ende Dezember 1985 wurde von Kanada, der BRD und Frankreich ein "Abkommen über den gemeinsamen Beginn der Vorproduktionsphase eines verbesserten militärischen Luftaufklärungssystems" unterzeichnet. Es geht um die Weiterentwicklung der "Drohne", eines unbewaffneten, unbemannten, mit Hilfe einer Rakete zu startenden kleinen Flugkörpers, der mit Fernsehkamera und Infrarot-Sensoren ausgestattet ist. Mit vorprogrammiertem Kurs wird er zur Luftaufklärung eingesetzt und landet in einem vorher bestimmten Gebiet. Das Gerät ist eine kanadische Entwicklung; es soll jetzt mit kanadischen und

Brasilien: Streiks im öffentlichen Dienst

Die Streikaktionen gegen den von der Regierung Sarney im Februar verfügen Lohnstopp halten an. In Brasilia streiken seit Ende Mai über 40000 Staatsbedienstete für Lohnerhöhungen um 105%, in Rio de Janeiro einige tausend Hafenarbeiter und 2000 Eisenbahnarbeiter. Armeeinheiten besetzten daraufhin Eisenbahneinrichtungen. Der Gewerkschaftsdachverband CUT bereitet einen Generalstreik für die 40-Stunden-Woche, gegen Lohnstopp, gegen Schuldenzahlungen ans Ausland usw. vor. – (sie)

Türkisch-Kurdistan: Strategische Dörfer

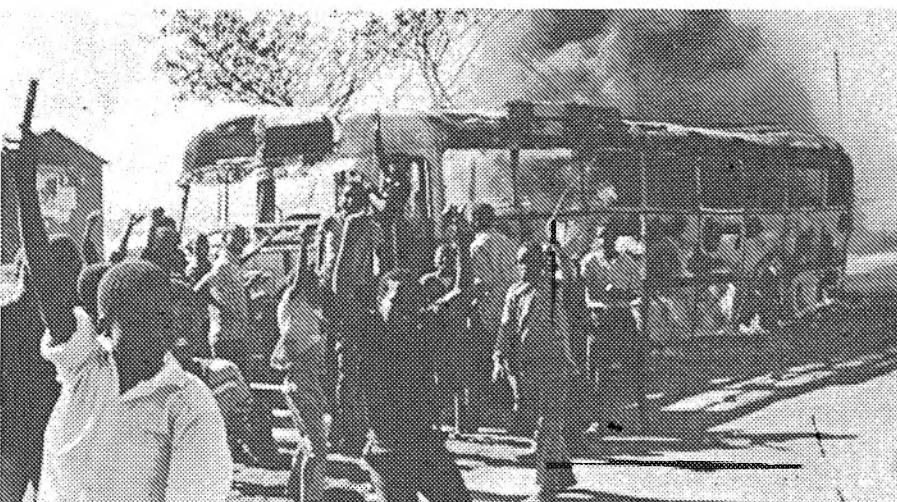
Der kurdischen Befreiungsfront HRK nahestehende Kurdistan-Komitees melden, daß die türkische Regierung zunehmend dazu übergeht, in den kurdischen Gebieten die Bevölkerung in sogenannten "strategischen Dörfern" einzusperren: "Am 20.4. erklärte der Gouverneur von Dersim (im Südosten der Türkei, d. Red.), daß man in den ländlichen Gebieten mit der Zusammenlegung von weit auseinanderliegenden Dörfern begonnen habe. Der Begriff für diese Maßnahme lautet 'zusammengelegte Dörfer'. Der erste Teil der Maßnahme betrifft zehn Dörfer und 30 Siedlungen am Hang des Munzur-Berges. Somit werden die kurdischen Bauern, die seit jeher in diesen Dörfern lebten, mit Gewalt evakuiert und in die künstlichen "Dörfer" zwangsumgesiedelt. Dieselbe Maßnahme hatte der türkische Staat schon seit dem 15. August 1984 in Hakkari, Siirt etc. angewendet. Damit verfolgt das Regime das Ziel, die ländlichen Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen, um die den Befreiungskämpfern geleistete Unterstüt-

zung zu unterbinden. Die Maßnahmen werden dort zuerst eingeleitet, wo die HRK einen großen Einfluß hat... Alle Ein- und Ausgänge des Dorfes liegen im Kontrollbereich der Armeewachen." – (rül)

Italien: Amnestie, aber nicht für politische Gefangene

Die italienische Regierung hat eine Amnestie zum 40. Jahrestag der Errichtung der Republik beschlossen. Die Gelegenheit, aus diesem Anlaß einen Schlußstrich unter die "bleiernen Jahre" des bewaffneten Kampfes zu ziehen, wurde bewußt ausgeschla-

gen. "Terroristen" sind nämlich von der Amnestie und dem gleichzeitigen Nachlaß auf längere Haftstrafen ausdrücklich ausgenommen, die an Arbeitsunfällen Schuldigen dagegen eingeschlossen. Die Gnade der Republik ist nur dazu bestimmt, Justiz und Gefängnisse aufnahmefertig für neue Opfer zu machen. Wegen des langsamens Gangs der Justiz sind rund zwei Drittel der italienischen Gefangenen Untersuchungshäftlinge. Durch die Amnestie werden 7000 Häftlinge mit Strafen bis zu drei Jahren entlassen und ungefähr eine Million Strafverfahren eingestellt. – (ulg)



Das vollständige Verbot von Versammlungen, Demonstrationen, Streiks und anderen Protestaktionen hat die südafrikanische Regierung für die Wochen um den 16. Juni ausgesprochen. Sie will mit dem Verbot die geplanten Proteste aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Aufstandes von Soweto verhindern. Einzig Gottesdienste sollen erlaubt sein. Die Maßnahme ist eine Vorbereitung auf die erneute Verhängung des Ausnahmezustandes. Der Aufstand der Schüler von Soweto 1976 war der Beginn einer landesweiten Aufstandsbewegung, die sich entwickelnden unabhängigen Gewerkschaften hatten bedeutenden Anteil daran. Später ließ das südafrikanische Regime in einem nahezu geheim geführten Prozess zwölf Mitglieder des PAC verurteilen, weil sie und der PAC verantwortlich für den Aufstand gewesen seien. – (uld)

westdeutschen Forschungsgeldern modernisiert und mit einem französischen Infrarot-System ausgestattet werden. In der BRD zeichnet die Dornier GmbH für die Weiterentwicklung verantwortlich. (3)

– Im Februar 1986 wurde bekannt, daß die Thyssen AG, Duisburg, auf der ostkanadischen Insel Cape Breton eine Panzerfabrik bauen will. 100 Mio. kanadische Dollar sollen investiert werden, und es heißt, daß Thyssen auch eine Lizenz für den Export der dort zu fertigenden Panzer und Panzerfahrzeuge nach Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, Pakistan, Algerien und in die Vereinigten Arabischen Emirate wünscht. Der Plan scheint von jüdischen Organisationen bekanntgemacht worden zu sein; in einer dpa-Meldung ist von heftigem Widerstand in Kanada gegen die Panzerfabrik die Rede. (5)

– Seit April 1986 ist ein Vertrag in Kraft, der für zehn Jahre die gemein-

same militärische Nutzung von Goose Bay in Labrador im kanadischen Osten regelt; beteiligt sind kanadische, US-amerikanische, westdeutsche und britische NATO-Einheiten. (3) Den Indianern, die seit Jahren gegen die Tiefflüge von Goose Bay aus protestieren, weil sie die Karibu-Herden in Panik versetzen und vertreiben, wurde damit eine Niederlage beigebracht.

– Am 16. April erhielt die Schweizer Rüstungsfirma Oerlikon-Bührle von der kanadischen Regierung den Auftrag zur Lieferung einer noch nicht feststehenden Zahl von Einheiten des von ihr entwickelten Adats-Systems als Abwehrsystem für niedrig fliegende Angreifer (LLAD). Die Gesamtkosten des Projekts werden auf rund eine Mrd. kanadischer Dollar geschätzt; auch hier wird die Produktion teilweise in kanadischer Lizenz in Montréal erfolgen. Ein solches System besteht aus 35-mm-Doppelgeschützen und acht lasergesteuerten Raketen

mit Reichweiten bis zu acht Kilometer. (6)

Man darf sich von dem geringen Nachrichtenwert Kanadas in der westeuropäischen Presse demnach nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß sich in der Militärpolitik doch recht enge Beziehungen angebahnt haben.

Quellenhinweise: (1) Peter Nailor, "Canada's External Relations in the 1980s", The Round Table, the Commonwealth Journal of International Affairs, no. 298 (1986) S. 123-128; (2) Adam Bromke, Kim Richard Nossal, "Die kanadische Außenpolitik unter den Konservativen", Europa-Archiv Nr. 11 (1985) S. 329-336; (3) "Focus Canada", hrsg. Botschaft von Kanada, Bonn, Nr. 32-37 (1985-86); (4) Maclean's, 4. November 1985, Beilage "Aerospace Canada International Special Report"; (5) Süddeutsche Zeitung, 19.2.1986; (6) Archiv der Gegenwart, 16.4.1986. – (mft)

* Veröffentlichungen *

Dokumentation des Frankfurter Appell

Nützlich für den Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist die Dokumentation über die Ausländerpolitische Konferenz des Frankfurter Appell, die am 23./24. November 1985 in Frankfurt stattfand. Die Broschüre enthält die Beschlüsse und Referate aus den Arbeitsgruppen: Ausländerbeiräte, Niederlassungsrecht, Doppelte Staatsbürgerschaft, Gewerkschaften und Ausländerpolitik, Asyl und Kommunales Wahlrecht sowie Reden und den Aktionsvorschlag "Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche" des Abschlußplenums. In der Einleitung schreibt das Koordinationsbüro des Frankfurter Appell:

"Die Forderung nach einem uneingeschränkten Niederlassungsrecht sollte unserer Meinung nach z. Zt. die zentrale politische Forderung der Bewegung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sein. Diese Forderung ist die am weitesten verbreitete und auch weitestgehende Forderung in die Richtung Gleiche Rechte. Sie trägt dem Charakter der BRD als Einwanderungsland Rechnung. Diese Forderung muß auf die Straße getragen werden. Sie darf bei keiner Aktion, bei keiner Versammlung fehlen, damit sie aus einer Forderung von Konferenzen und Seminaren zu einer Forderung der Masse der Einwanderer wird."

(Dokumentation Ausländer und Deutsche – Gleiche Rechte; herausgegeben für den Frankfurter Appell von: Die Brücke e.V., Im Stadtwald, Bau 14a, 6600 Saarbrücken 11; 5,00 DM + Porto; auch zu beziehen über: Volksfront-Bundesvorstand, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 – uld)

BDI-Thesen zum "Wahljahr"

Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat zu seiner Jahrestagung am 3. Juni zehn Thesen vorgelegt. Für die Union und die FDP sind die darin vertretenen Grundsätze Leitlinie der Regierungstätigkeit, wie Kanzler Kohl postwendend vor den Kapitalisten zusicherte. Auch aus der SPD hört man mancherlei, was aus dem Thesenpapier des BDI stammen könnte. Die Opposition wird sich also damit beschäftigen müssen. Zum Überblick die Überschriften nebst einer Auswahl von geforderten Maßnahmen:

Ordnungspolitische Erneuerung fortsetzen – Zehn Thesen für eine offensive Wirtschaftspolitik

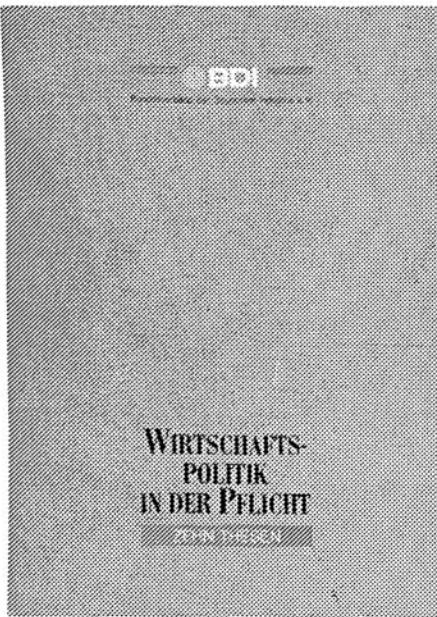
1. Freiräume ausweiten – Entbürokratisierung zügig vorantreiben – Ausbau des Gemeinschaftsrechts beschleunigen

2. Staatsausgaben begrenzen – Öf-

fentliche Investitionen erhöhen und verstetigen – Subventionen konsequent kürzen – Öffentliche Unternehmen und Leistung privatisieren

3. Steuerlast der Unternehmen senken – Gewerbesteuerlast spürbar verringern – Unternehmen von Vermögensteuer befreien – Eigenkapitalbeschaffung steuerlich erleichtern – Besteuerung von Personengesellschaften überdenken – Einkommensteuertarif glätten

4. Soziale Sicherung bezahlbar machen – In der gesetzlichen Rentenversicherung die Lasten neu verteilen; auf längere Sicht eine gleitende Heraufsetzung der Altergrenze unvermeidlich – In der Krankenversiche-



rung die Kräfte des Marktes stärken, für die Lohnfortzahlung ist eine versicherungsrechtliche Lösung anzustreben – In der Arbeitslosenversicherung die Vermittlungsfähigkeit der Arbeitslosen verbessern

5. Arbeitsbeziehungen beweglicher gestalten – Starres Arbeits- und Sozialrecht auflockern; die Frist für das Einsetzen des Kündigungsschutzes ist auf mindestens 12 Monate auszuweiten – Tarifpolitik stärker der Arbeitsmarktlage anpassen – Arbeitszeit elastischer regeln

6. Technischen Fortschritt nutzen – Forschungsförderung nach marktwirtschaftlichen Erfordernissen

7. Energieversorgung weltweit sichern – Technische Risiken der Kernenergie international eindämmen und kontrollieren

8. Umweltpolitik marktwirtschaftlich ausrichten

9. Europäische Gemeinschaft beleben – EG-Binnenmarkt bis 1992

10. Freien Weltmarkt erhalten
Konsens in den Grundfragen vertiefen
(BDI, Wirtschaftspolitik in der Pflicht, 62 S. – alk)

Reader "Kein Staat mit diesem Staat"

Wer sich einen Überblick über die gegenwärtig im Schwange befindlichen Thesen von linksgrünen, rechtsgrünen, autonomen "graswurzelrevolution"-anarchistischen und demokratisch-humanistischen Linken zu den Themen Staatsverständnis, Friedenspolitik, Frauenbewegung und Ausländerpolitik verschaffen will, findet in diesem Reader eine entsprechende Zusammenstellung von Aufsätzen. Der Reader wurde zu dem vom 28. Mai bis 1. Juni 1986 in Bielefeld stattgefundenen gleichnamigen Kongreß herausgegeben. Veranstalter waren der AStA der Uni, Die GRÜNEN (Bundespartei), Jusos, Komitee für Grundrechte und Demokratie und andere. Die Autoren reichen von Schily (Die Grünen/"Man muß das staatliche Gewaltmonopol anerkennen") bis zu Jan Stehn (graswurzelrevolution/"Zurückdrängung von Staatsherrschaft statt Abschaffung des Staates an sich"). Beiträge mit marxistischem Ansatz (Staat als Instrument der Klassenherrschaft) sind nicht enthalten. (Hrsg.: Hummel, Pollähne, Ruhe, Sögtrop, 374 S., 15,- DM, Vertrieb über AStA Uni Bielefeld – ads)

Ärzte und Architekten gegen Zivilschutzgesetz

Die Sektion Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) e. V. hat gemeinsam mit Friedensinitiativen von Architekten eine Broschüre gegen den Zivilschutzgesetzentwurf von Zimmermann veröffentlicht. In knappen Thesen wenden sie sich gegen die Behauptungen von Zimmermann und anderen Zivilschützern, daß das Zivilschutzgesetz dem "Schutz der Bevölkerung" diene. Quellen- und Literaturangaben erhöhen den Nutzen der Broschüre. Die Verfasser berufen sich bei ihrer Ablehnung des Gesetzes weitgehend auf das Grundgesetz und das bürgerliche Recht. Interessant ist jedoch, daß sich die Herausgeber nicht allein mit technischen Argumenten – daß Schutz angesichts der eingesetzten Waffen kaum zu erhoffen ist – gegen das Zivilschutzgesetz wenden, sondern ausdrücklich darauf hinweisen, daß das jetzt geplante Gesetz in weiten Strecken dem Reichsluftschutzgesetz von 1935 ähnelt. Sie halten fest, daß viele Maßnahmen des Zivilschutzes darauf hindeuten, daß die Fähigkeit der NATO-Staaten verbessert werden soll, einen Angriffskrieg gegen Osten zu führen. Für diese These führen sie Zitate aus Veröffentlichungen des Bundesinnenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des NATO-Hauptquartiers an. Die Standpunkte der Ärztevereinigung und der Architekten-Initiativen sind

weitgehend defätistisch: "Die Behauptung, dieses Gesetz mache die Abschreckung glaubhafter und damit den Frieden sicherer, ist eine lebensgefährliche Täuschung. Das Gegenteil ist der Fall: ein vermeintlich gut funktionierender Zivilschutz erhöht die Risikobereitschaft – auch kommender Politikergenerationen. Insofern kann Zivilschutz dazu beitragen, Krieg wahrscheinlicher zu machen ... Die einzige sinnvolle und gerechtfertigte Maßnahme zur Vorsorge gegen die Leiden eines Krieges ist die Verhinderung des Krieges selbst. Nicht Bunker und Selbstschutzberater sind gefragt, sondern der Abbau von Feindbildern." (Der Entwurf des neuen Zivilschutzgesetzes, Ärzte und Architekten nehmen Stellung, Hrsg.: IPPNW e.V., Bahnhofstr. 24, 6501 Heidelberg, 6,00 DM – uld)

"Die Sicherstellungs- und Zivilschutzgesetze"

Unter diesem Titel hat R. Handwerk, Ministerialrat im Hessischen Innenministerium, eine Broschüre als "Leitfaden für die Wirtschaft" herausgegeben. Angeregt und unterstützt wurde die Herausgabe vom Ausschuß für Sicherheitsfragen beim BDI. Die Broschüre dient nach eigenen Angaben dem Zweck, "sowohl in der Wirtschaft mehr Aufgeschlossenheit für die Erfordernisse der Zivilverteidigung zu erreichen, als auch im staatlichen Bereich das Bewußtsein der zentralen Bedeutung der Wirtschaft für das Konzept der zivil-militärischen Gesamtverteidigung zu stärken." Diese Aufgabe versucht Handwerk praxisorientiert zu lösen. Wertende Bemerkungen wie die, daß das neue Zivilschutzgesetz noch nicht verabschiedet sei und damit ganz erhebliche Lücken z. B. bei der Gesundheitssicherstellung vorlägen, bilden die Ausnahme. Materielle und personelle Vorbereitungen sowie im "Spannungsfall" durchzuführende Maßnahmen werden anhand der bestehenden Gesetze und Verordnungen detailliert beschrieben bis hin zu Musterschreiben, mit denen sich ein Kapitalist gegenüber einer Behörde z.B. um Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften bemühen kann. Als Ergänzung der Broschüre hat Handwerk das "Krisenhandbuch für die Wirtschaft" als Nachschlagewerk herausgegeben. "Leitfaden und Handbuch zusammen werden es jedem Betrieb ermöglichen, wirksame und notwendige Vorbereitungen für Krisensituationen treffen zu können", schreibt der Autor. Die Kenntnis der Broschüre ist nützlich für alle, die sich mit den "zivilen" Kriegs- und Krisenvorbereitungen der Kapitalisten beschäftigen. Die Beschaffung ist aber zu teuer. Ein Exemplar davon ist vorhanden in der Geschäftsstelle der Volksfront Baden-Württemberg, c/o GNN, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1. (Zitate aus der Einleitung der Broschüre – heb)

VVN-Arbeits- und Diskussionspapier

Diskussion zur Strategie gegen Neofaschismus angeregt

Das Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat zu Beginn dieses Jahres ein Arbeits- und Diskussionspapier über den "Neofaschismus in der Bundesrepublik" herausgegeben, verfaßt von einem Autorenkollektiv. "Das Arbeits- und Diskussionspapier ... soll ein Beitrag zur Vertiefung der Diskussion über die Gefahr und Funktion des Neofaschismus sein; es soll zugleich der Debatte über die Fragen der Strategie gegen Neofaschismus und die Rechtswendepolitik Impulse geben und so zum Handeln anregen. Wir begrüßen daher jeden Diskussionsbeitrag, jede Kritik, jeden Hinweis", heißt es im Vorwort.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung veranstalteten die Landes- und Kreisverbände der VVN-BdA, zumeist in Zusammenarbeit mit der GEW, mit antifaschistischen Initiativen oder Landes-/Stadtjugendring, antifaschistische Arbeitskonferenzen. Mit diesem Beitrag soll den Lesern der Politischen Berichte das Diskussionspapier der VVN-BdA bekannt gemacht und auf einige Aspekte in der Broschüre hingewiesen werden, zu denen das Angebot an Diskussion genutzt werden sollte. Leider wird in der Broschüre kein Bezug genommen auf vorhandene Positionen anderer antifaschistischer Kräfte/Strömungen, soweit sie zu den in dem Papier behandelten Gegenständen gehören. Über Probleme und Differenzen, wie sie in der örtlichen und regionalen Zusammenarbeit von Antifaschisten auftreten und wie sie behandelt werden sollten, enthält das Papier kaum Aussagen.

Zur Entstehung von Neofaschismus in der BRD

Die Broschüre beginnt mit einem historischen Abriß der BRD-Entwicklung und der Entstehung des Neofaschismus. In den Abschnitten: "Antifaschistische Perspektiven nach dem 8.5.1945" und "Kalter Krieg und Restauration" wird das Ziel der Widerstandskämpfer und der kommunistischen und Arbeiterbewegung, die wirtschaftliche und politische Macht der Großindustrie soweit einzuschränken, daß die Entfesselung eines Krieges oder die Wiedererrichtung einer faschistischen Diktatur ausgeschlossen sei, als nicht erreicht beurteilt.

Als Verantwortliche dafür werden die Besatzungsmächte benannt, u.a. heißt es, daß die politischen und ökonomischen Interessen der USA für Deutschland die Spaltung und die Stärkung der reaktionären Kräfte zur Folge hatten, der Antikommunismus "Leitlinie der Politik der Besatzungsmächte" war und später zur Staatsdoktrin der BRD wurde.

Die deutsche Bourgeoisie in den Westzonen, die ihre nach wie vor imperialistischen Interessen bereits vor Kriegsende neu zu organisieren begann, sofort an die Ausschaltung der Kommunisten und Widerstandskämpfer ging, ihre Interessen gegenüber den Westalliierten nach Kräften



Links: Der Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat. Die KPD stimmte dem Grundgesetz nicht zu. Rechts: Adenauer mit seinem Intimus, dem Kölner Bankier Pferdmenges. Das deutsche Kapital war nicht Spielzeug der Alliierten.

durchsetzte, taucht in diesem Abriß faktisch nicht auf.

Zur BRD-Verfassung

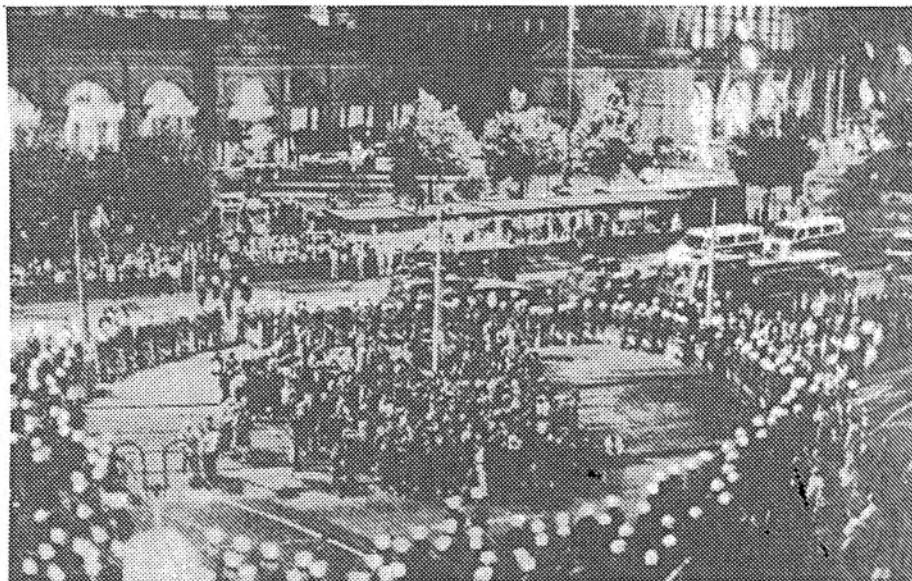
Die Verfassung wird als "offen" für verschiedene Wirtschaftsordnungen, z.B. antifaschistisch-demokratisch, nicht-monopolistisch charakterisiert. Mit der Tatsache, daß das Privateigentum darin garantiert wird, "unantastbar", und daß sich mit Art. 21 GG die BRD-Bourgeoisie ein umfassendes Unterdrückungs- und Vernichtungsinstrument gegen die Feinde der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" geschaffen hat, setzen sich die Autoren nicht auseinander: "Die Verfassung der Bundesrepublik ist sowohl von ihren Entstehungsbedingungen als auch von ihrem Inhalt eine Absage an Faschismus". Daß Bestandteile des Grundgesetzes nicht nur nicht im Widerspruch zu Faschismus, Revanchismus, Rassismus stehen, sondern direkt beinhaltet, wird in der Broschüre z.T. durch unvollständiges Zitieren von Verfassungskapiteln (z.B. Art. 9 und Art. 26) falsch dargestellt. Daß das Verbot z.B. der Verherrlichung des Krieges damit verknüpft ist, daß dies auch einen Angriff auf die fdGO beinhaltet muß, schafft den Faschisten Spielräume, die sie legal benutzen. Daraus entstehen für die antifaschistische Politik Probleme, die in der Broschüre der VVN nicht mal angerissen werden. Juristisch nicht haltbar ist auch die Behauptung, das GG ginge vom "Staatsbürgerrecht" aus, die Grundrechte gelten ausdrücklich für "Deutsche" und eben nicht für die in der BRD Lebenden und Arbeitenden. Sollten Äußerungen wie die des NPD-Vorsitzenden Mußgnug, der vom "Abstammungsrecht" unter Bezugnahme auf das GG sprach (in der VVN-Broschüre zitiert) nicht gerade Anlaß geben, daß sich Antifaschisten darüber verständigen, was gemeinsam hinsichtlich der Rassismus und Revanchismus begünstigenden Rechtsgrundlagen dagegen getan werden kann?

Auf das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des GG berufen sich Konservative, Reaktionäre, Revanchisten und Faschisten gleichermaßen. In Urteilen, Faschisten betreffend, wurde darauf Bezug genommen und damit u.a. festgestellt, daß in der Agitation für die Wiederrichtung eines Großdeutschen Reiches kein verfassungsfeindliches Verhalten festgestellt werden könne. Auch unter dem Stichwort "Grauzone" findet sich kein Hinweis auf Kriegsziele, für die einzutreten mittels Verfassung z.B. Lehrer gezwungen werden sollen.

In diesen Fragen gibt es nicht erst seit gestern und keineswegs nur aus dem "K-Gruppen"-Spektrum Kritik und neuerdings seitens der Grünen parlamentarische Initiativen. Die Volksfront hat ein umfangreiches Rechtsgutachten veröffentlicht zu den rechtlichen Grundlagen eines

NPD-Verbots. Wenn die VVN-BdA die Diskussion sucht, warum finden da andere Standpunkte keine Erwähnung? Bezuglich der Kontrollratsbestimmungen gegen die Wiederrichtung faschistischer und militaristischer Organisationen verweist das Arbeitspapier der VVN-BdA darauf, daß die bürgerlichen Juristen überwiegend davon sprechen, Art. 139 GG sei "obsolet". Ein Vorschlag, wie die unter den antifaschistischen Kräften sich verbreitende gegenteilige Auffassung in Politik der Aktionseinheit für die Auflösung faschistischer Organisationen umgesetzt werden soll, fehlt aber. Bedauerlich auch, daß kein Wort der Kritik darüber fällt, daß die SPD-Politiker in aller Regel mit CDU und FDP darin einig sind, daß es gegen faschistische Organisationen keinen anderen Weg gibt, als sie wegen Verfassungsfeindlichkeit zu verbieten, und sich nicht von Versuchen abgrenzen,

fehlt, das beunruhigt zunächst. Ganz so auch im Kapitel 5.3, in dem ganz entscheidende Bereiche neofaschistischer Ideologie genannt werden, die der Verfassungsschutzbericht nicht als Kriterien für faschistische Organisationen anwendet. Hingegen wird die Bedeutung des Nationalismus in der konservativen und faschistischen Ideologiebildung und Kooperation als "wichtigster Themenkomplex" bezeichnet, angeführt werden die Stichworte "deutsche Frage", "Frieden" und "Europa" (Abschnitt "Grauzone – ideologischer Wegbereiter des Faschismus"). Daraus folgen widersprüchliche Konsequenzen. Einerseits werden "Formeln vom 'besetzten Deutschland' oder von 'Kohl, dem Vasall Reagans'", die bis in die Protestbewegung hinein Anklang finden, zurückgewiesen: "Sie sind jedoch falsch, weil sie über die Rolle der BRD als Weltmacht hinwegtäuschen, und sie



Die Polizeitaktik gegen antifaschistische Aktionen zielt auf Spaltung, die VVN-BdA sollte sich mit der Kritik der autonomen Antifaschisten auseinander setzen. Hier Frankfurt, die Polizei kesselt Autonome ein.

ein Vorgehen gegen die FAP für eine verstärkte "Linksextremisten"-Jagd zu benutzen.

Da zur Frage Rechtsgrundlagen auf einigen Landeskongressen kompetente Fachreferenten diskutierten, deuten sich Möglichkeiten an, dazu die Zusammenarbeit aufzunehmen bzw. zu verstärken und auch wissenschaftlich zu betreiben.

Funktion des Neofaschismus

Das Diskussionspapier enthält einige ausführliche Kapitel zu "Neue Rechte" und "Nationalrevolutionäre". Unter "Übereinstimmende politische Zielvorstellungen der Neofaschisten" werden Volksgemeinschaft, Demokratiefeindlichkeit und Terror, Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung, Militarismus, Revanchismus, Antikommunismus und Rassismus in den Unterabschnitten dargestellt und kritisiert, der Nationalismus aber

führen leicht in nationalistisches Fahrwasser". An anderer Stelle taucht – als Vorwurf? – auf, daß sich die Neofaschisten mit ihren Definitionen der Begriffe von "Nation" und "nationaler Identität" eines Feldes bemächtigen, das von der demokratischen Bewegung "vernachlässigt worden" sei.

Unklar bleibt, will die VVN-BdA sich stärker gegen rechts abgrenzen – wofür es auch Aussagen, z.B. im Abschnitt Funktion des Neofaschismus in der BRD, gibt – und die Zusammenarbeit mit linken Bündniskräften weiterentwickeln, oder will sie vor allem eine Zusammenarbeit mit christlich-liberalen Kräften und der SPD, zu der an keiner Stelle (z.B. Politik des Kalten Krieges und Antikommunismus) eine Kritik geäußert wird? Das Papier kann beim Präsidium der VVN-BdA, Rossertstr. 4, 6000 Frankfurt/Main, bestellt werden. – (düb)

Faschisten-Treffen in Detmold abgebrochen

Bielefeld. Unter anderem Namen hatten im letzten Herbst die Reste der SS-Division Totenkopf die Stadthalle Detmold und Räume am Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald für ein Kameradschaftstreffen vom 28.-31.5. angemietet. Kurz vor dem Treffen wurden die Mietverträge gekündigt, die Faschisten unterlagen vor dem Landgericht Detmold mit einer einstweiligen Verfügung auf Bereitstellung der Räume. Die Faschisten reisten zwar in Detmold an, konnten aber keine großen Versammlungen durchführen und brachen ihr Treffen vorzeitig ab. Am 28.5. nahm die Polizei ohne Grund zwölf Antifaschisten fest, die nach einer kurzfristig angekündigte, von ca. 200 Leuten besuchte Kundgebung in Detmold zu einem Gasthof gezogen waren, in dem sich einige Faschisten versammelt hatten. Etwa 500 Leute demonstrierten am 31.5. gegen die Faschisten; aufgerufen hatten der Detmolder Arbeitskreis gegen Neonazismus, DGB Kreis Lippe, VVN, Grüne, SPD. – Zur Verhinderung des Nazitreffens zur Sonnwendfeier an den Externsteinen findet am 21.6. eine Demonstration von Detmold nach Horn statt. – (elb)

Bewegung gegen FAP Am Anfang

Köln. Ein Bündnis "Gemeinsam gegen Neonazis! FAP verbieten!?" zur Vorbereitung der NRW-Demonstration für Auflösung und Verbot der FAP am 21.6. umfaßt jetzt 39 Organisationen. Grundlage für die Zusammenarbeit von getrennt entstandenen Bündnissen, initiiert von VVN und Volksfront, ist ein landesweiter Aufruf, der den Kompromiß zwischen den Positionen der sozialdemokratischen Antifaschisten, des VVN-Spektrums, der Autonomen, der Volksfront und der MLPD zum Ausdruck bringt. In Köln beteiligen sich auch die Grünen, Organisationen der ausländischen Arbeiter sowie die Kölnerische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Ihr Sprecher teilte auf einer Pressekonferenz des Bündnisses mit, daß nach Kontroversen bewußt für die Zusammenarbeit mit Kommunisten entschieden wurde, u.a. um damit eine Reaktion unter Konservativen zu erreichen. 60 Teilnehmer besuchten eine Veranstaltung des Bündnisses. Starkes Gewicht bekam im Podium der Terrorismus der FAP. Ob die Faschisten die Reaktion treiben oder die Reaktion ihre Ziele mit Hilfe der Faschisten, z.B. in der Ausländerpolitik, umsetzen will, wurde gegenteilig beurteilt. Um die Ziele der Zusammenarbeit ist Klärung und offene Behandlung von widersprüchlichen Positionen nötig. Nächste Vorhaben sind Gespräche mit der GEW und der Schülervertretung. – (düb)



In Detmold demonstrierten am 31.5. 600 Antifaschisten gegen die Zusammenkünfte der Verbrecher der SS-Division "Totenkopf", die die Wachmannschaften von KZs gebildet hatten. Nachdem Hotelbeschäftigte sich geweigert hatten, die SS-Leute zu bedienen, und vor den Hotels Demonstranten protestierten, verweigerten Hotelbesitzer die angemieteten Quartiere. – (gba)

OB-Wahlen in Weinheim: 1205 Stimmen für Neonazi Deckert

Weinheim 5,7% der gültigen Stimmen erhielt der Kandidat der faschistischen "Deutschen Liste" bei der OB-Wahl am 8.6., das sind 3,9% der 31052 Wahlberechtigten. Gewählt wurde überraschend der SPD-Kandidat (Motto: "Ein Weinheimer für Weinheim") mit 53%, der FWV/CDU-Kandidat ("Der Verwaltungsfachmann") erhielt 40%. Im Wahlkampf unterließ auch die SPD jeglichen Angriff auf Deckerts Ziele; argumentierte gegen "ungehinderten Zustrom von Ausländern", hetzte dagegen gegen "Extremismus links und rechts". Die Ortspresse erklärt Deckerts Stimmen: "Er ist ein beliebter Weinheimer", und Deckert selbst freut sich öffentlich, die beiden Großen hätten in ihre Programme seine alten Forderungen eingebaut. Die Initiative "Kein Braunes Weinheim" vertrieb 10000 Flugblätter und 300 Dokumentationen. In den letzten Tagen mußte Weinheim ohne Deckerts Stellschilder auskommen. Sie waren wohl beseitigt worden. – (bef)

Polizeieinsatz verschärft auf "bayerischer Linie"

Wackersdorf. "Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Tschernobyl ist überall" – nicht alle bayerischen Bürgerinitiativen riefen für den 7.8.86 zur Demonstration bei der WAA auf. Die Demonstration war verboten. Trotzdem kamen 30000 und umgingen die Polizeisperren "in Waldspaziergängen".

Die Polizeikräfte waren – verglichen mit Pfingsten – auf das Dreifache aufgestockt worden (3000) und ihre Taktik war Angriff. Mehrere Hundertschaften befanden sich außerhalb des Bauzaunes, führten regelmäßig Knüppeljagden auf Demonstranten durch. Außer CS-Gas wurde auch ein

Blendschokwurfkörper eingesetzt, der bei der Explosion dem Demonstranten, der ihn zurückwerfen wollte, drei Finger abriß.

Strauß hat auf einer Sitzung des Arbeitskreises Polizei der CSU am gleichen Wochenende zugesagt, die Polizei in Bayern um mehrere Hundertschaften auszubauen. – (uth)

Brokdorf-Demonstration kleingecknüpelt!

Die Demonstration am 7.6. war schon im Vorfeld gespalten: Die SPD hatte am 1.6. eine eigene "Volksversammlung" in Wilster abgehalten. Die Grünen übernahmen außer in Kiel nirgends politische und organisatorische Verantwortung. Es gab keinen gemeinsamen Aufruf, die Plakatlosung lautete: "Vorsicht Lebensgefahr!" Ein Erfolg, der nur in der Isolierung der Regierungspolitik zur Kernenergie durch eine große und geschlossene Demonstration hätte bestehen können, wurde mit bürgerkriegsähnlichen Mitteln verhindert. Über 8000 sind nach Brokdorf unterwegs gewesen. Zu der genehmigten Kundgebung am Bauplatz sind davon nur 1000 durchgedrungen. Große Fahrzeugkolonnen aus Berlin, Niedersachsen und Bremen wurden gefilzt und aufgerieben. 60 Personen wurden bis Mittag wegen Gegenständen wie einer Gas-Campingleuchte festgehalten. Ein Hamburger Zug von über 30000 wurde 15 km vor dem Ziel durch einen faschistischen Überfall von Zivilbullen, Landespolizei und BGS zur Umkehr gezwungen, wobei die Staatsmacht wenigstens ein Auto anzündete, Reifen zerstach und 120 Demonstranten verletzte. Der am Abend vorher gewählten Leitung des Kieler Zuges mit über 8000 Teilnehmern, der alle Sperren umfahren hatte, gelang es, die von der Polizei mit Hubschraubern und Wasserwerfern provozierte Panik auf den schmalen Wegen zu verhindern. (ped)

Arbeitszeitverkürzung:

Stand der Auseinandersetzung um Flexi-Konzepte bei Daimler-Benz und Bosch

Stuttgart. Mit einem Mitglied der Gruppe "plakat" bei Daimler-Benz Untertürkheim und einem gewerkschaftlichen Funktionär bei Bosch in Feuerbach wurden Interviews geführt zur Flexibilisierung im Betrieb. Hier die sehr gekürzten Beiträge. — (ros) Mitglied der Gruppe "plakat": "Die Werkleitung Untertürkheim hat im Dezember 85 ein Flexibilisierungskonzept, genannt 'Flexi II' vorgelegt. Dabei sollen rund 7000 Kollegen und Kolleginnen in Zukunft den 9-, z.T. sogar den 10-Stunden-Tag bekommen und für Teile der Werksinstandhaltung soll der Samstag wieder Normalarbeitsstag werden. Die 'Mehrarbeit', die über die individuell vereinbarten 37 oder 38,5 Stunden pro Woche hinaus dabei anfällt, soll nicht mit den üblichen Überstundenzuschlägen bezahlt,

nicht mehr auf betrieblicher, sondern nur auf tarifpolitischer oder z.T. sogar nur auf gesetzlicher Ebene lösbar sein. Auf betrieblicher Ebene haben wir diskutiert, daß der Flexi-Offensive ein gewerkschaftlicher Tabu-Katalog entgegengesetzt werden müßte, in dem klargestellt wird, was mit uns geht und was nicht: z.B. eine Festbeschreibung des 8-Stunden-Tages als Obergrenze, Arbeitszeitbeginn morgens frühestens 6 Uhr, Arbeitsende 23 Uhr, Festbeschreibung des freien Wochenendes und Abbau der Nachtarbeit, Erhaltung der Lohnrahmentarifvertrag-Pausen als kollektive Pausen."

Ein gewerkschaftlicher Funktionär bei Bosch in Feuerbach:

"Die Pläne der Firma Bosch zur Flexibilisierung sind sehr vielschichtig

Arbeit, mittelfristig Lohnabbau und schließlich Aufsplittung der Arbeiterbewegung. Die Firma wendet dabei kein Schema F an, sondern serviert die Dinge sehr schmackhaft. Es gibt viel Widerstand in der Belegschaft gegen den Kurs der Firma, der gerade in den letzten Wochen zugenommen hat. Aus Angst, dieser spontane Widerstand könnte sich weiter entwickeln, wurden in der letzten Zeit Vertrauensleute und aktive Kollegen mit Duldung des Betriebsrates aus ihren Werkstätten versetzt. Die freigestellten Betriebsräte sind ständig bemüht, Widerstand in der Belegschaft zu dämpfen. Im Kampf gegen die Flexibilisierung sind meiner Meinung nach 3 Dinge notwendig: 1) Konsequent an der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich festhalten, bei täglicher und einheitlicher Arbeitszeitverkürzung für alle. 2) Die Frage nach dem Lohn ist ständig zu stellen und zwar als Lohnerhöhung für alle. Nicht wenige Kollegen werden gerade wegen der Geldknappheit gezwungen, Überstunden zu fahren und die Antreiberei mitzumachen. 3) Wir müssen bei den Kolleginnen und Kollegen den Blick schärfen, was hinter der Flexibilisierung steckt."

Insgesamt müssen wir weitergehende politische Fragen wie das "Streikrecht" oder "Abschaltung aller Atomkraftwerke" mit in den Betrieb hineinragen, um den Widerstand gegen das System zu verstärken."



Arbeiter von Bosch in Feuerbach auf der DGB-Demonstration am 19.10.85.

sondern in festgelegtem Rhythmus wieder abgefeiert werden. Das Flexi-II-Modell ist an sich ein typisches Hochkonjunktur-Modell. Es ist sozusagen ein langfristiges Überstundenabkommen mit geregeltem Abfeier-Modus und ohne Überstundenzuschläge. Insofern schimmert hinter "Flexi II" dann schon ein bißchen die Jahresarbeitszeitflexibilisierung vor. Die Nachtarbeit hat in den letzten 10 Jahren enorm zugenommen. Flexi II wird von der Belegschaft breit abgelehnt. Was tatsächlich passiert, bringt da allerdings nicht weiter: Die IGM-Fraktion im Betriebsrat hat beschlossen, der Firma ein längerfristiges Überstunden-Abkommen anzubieten, wenn sie bereit ist, Flexi II zurückzuziehen und einen Plan zur Überstunden-Reduzierung vorzulegen. Ein großer Teil der angeschnittenen Probleme kann

und umfangreich. Hier einige Modelle in Stichworten: Nur-Nachtschicht für Männer; schwankende Arbeitszeiten zwischen 6 und 23 Uhr an hochtechnisierten Anlagen (Pendelschichten); Pausenüberlappung und Ausweitung der 3. Schicht; zusätzliche 6. Schicht Sonntag abends für Dreischichter; verlängerter 2-Schichtbetrieb, also 10-Stunden-Schicht; unterschiedliche Wochenarbeitszeiten von 37 bis 40 Stunden. Neben diesen Modellen, die zur Zeit laufen oder gelaufen sind, plant die Firma die Einführung des 4-Schicht-Betriebes. Es geht darum, daß ohne Pause 6 Stunden durchgearbeitet wird. Alle Modelle haben den gleichen Kern: Ausweitung der Maschinennutzungszeit. Grundlage ist der faule Kompromiß von 1984. Flexible Arbeitszeit bedeutet für die Kollegen eine wesentliche Intensivierung der

Bildungspolitik

Aktion gegen Zerschlagung der Orientierungsstufe

Hannover. 4000 Lehrer, Eltern und Schüler demonstrierten am 28.5. in Hannover gegen die Bildungspolitik von KuMi Oschatz, besonders gegen seine Pläne, die Auslese in der Orientierungsstufe erheblich zu verschärfen bis hin zur Bildung von Klassen für sogenannte lernschwache Schüler. "Fördern statt auslesen, eine Schule für alle Kinder" war die meistgetragene Forderung in der Demonstration. Oschatz Pläne seien ein "Angriff auf die Lebens- und Bildungschancen von Arbeitnehmerkindern" erklärte der Vertreter des DGB-Landesvorstands. Er räumte aber auch ein, daß die derzeitige Os nicht die Schule sei, in der die Kinder angstfrei lernen können. Für eine "andere Bildungspolitik" müsse man gemeinsam kämpfen. Ein Vertreter des Landeselternrates kritisierte, daß Oschatz öffentlich erklärt hatte, der LSR unterstütze sein Orientierungsstufenkonzept. Dies sei nicht richtig, der LSR habe noch keine endgültige Stellungnahme abgegeben. Als positive Auswirkung der OS bewertete er u.a. eine Verminderung des Bildungsgefälles zwischen Stadt und

Land. Gegen Zensur und für ein politisches Mandat der Schülervertretung setzte sich der Sprecher des Landesschülerrates ein. Kleine Lerngruppen, mehr Lehrerstellen und fortschrittliche Unterrichtsinhalte seien Forderungen der Schüler. Er griff Albrechts Theorie vom "Massenmenschen", der eine "Führung" brauche, als menschenverachtende Ideologie der Elitebildung an, die gemeinsam bekämpft werden müsse. GEW-Vorsitzender Wilke erklärte abschließend, es gehe nicht nur um die Orientierungsstufe, sondern um Ziele einer vertretbaren Bildungspolitik. Er kritisierte die Propaganda für Elitebildung als "Bildungsimperialismus, der die Klassen gesellschaft im Bildungswesen zementieren will". Er forderte erneut die Einstellung aller Lehrer und als nächstes bildungspolitisches Ziel die Integration der Sekundarstufe I (Klassen 7-10). Es war wichtig, daß auf dieser Kundgebung nicht kritiklos die Orientierungsstufe verteidigt wurde, sondern Auslese und Elitebildung als Konzept der Reaktion kritisiert wurden. Es war aber auch unübersehbar, daß viele Gewerkschafter ihre Hoffnung auf die SPD setzten. In einem "Programm für die ersten 100 Tage" verspricht die SPD u.a. eine "vernünftige Ausbildungsförderung" sowie Lernmittelfreiheit, die Verbesserung der OS und den Ausbau der Gesamtschulen. Man wird sie an ihren Taten messen! – (usm)

Versicherungen

Tarifabschluß: 3,2 % – mit Flexibilisierung

Der Tarifabschluß für die rund 200000 Beschäftigten in den Versicherungen wird von seinen Befürwortern als einzigartig im Volumen gefeiert (3,2 % mehr Gehalt ab 1.4.86 sowie 3 % ab 1.4.87 + 1 1/4 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche + Verlängerung des Vorruhestandsabkommens = rund 6,5 % für dieses Jahr). Ein Tarifabschluß, der bewußt ein Zugeständnis an die Flexibilisierungsabsichten der Versicherungen ist. Auch wenn HBV und DAG das Gegenteil behaupten – die Möglichkeiten der Samstagsarbeit seien "nicht ausgeweitet" worden –, ist der Samstag durch entsprechende Änderungen im Manteltarif zumindest hoffnig geworden für den Versicherungsdienst.

Statt "Der Samstag ist arbeitsfrei" heißt es nun, "grundsätzlich" verteile sich die Arbeitszeit auf Montag bis Freitag. Ausdrücklich sind in der Neufassung des §11 MTV Betriebsvereinbarungen "für alle Arbeitnehmer oder Gruppen von Arbeitnehmern" über die Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit von Montag bis Samstag vorgesehen. Wenn auch Samstagsarbeit –

vor allem in der EDV – bereits in vielen Versicherungen praktiziert wird, so mußten die Betriebsräte bisher den Samstagsüberstunden im Einzelfall zustimmen, und mußten die Geschäftsleitungen die Notwendigkeit dieser Überstunden darlegen. Jetzt können unbefristete Betriebsvereinbarungen über eine 6-Tage-Woche abgeschlossen werden.

Weitere Erfolge der Versicherungskapitalisten bei der Neufassung der Arbeitszeitregelung liegen darin, daß die Wochenarbeitszeit nur noch im Vierteljahresdurchschnitt eingehalten zu werden braucht (bisher innerhalb eines Monats), und der Passus "Die tägliche Arbeitszeit kann bis zu 10 Stunden betragen" ausdrücklich in den Manteltarif aufgenommen wurde.

Die einzige Einschränkung des neuen Arbeitszeitparagraphen gegenüber den Forderungen der Kapitalisten liegt darin, daß entsprechende Betriebsvereinbarungen nicht erzwingbar sind, sondern "freiwillig". Um dieses Hindernis zu beseitigen, gehen die Versicherungskapitalisten nun daran, in kleineren und mittleren Betrieben mit nichtorganisierten Betriebsräten Betriebsvereinbarungen mit flexiblen Arbeitszeiten und Samstagsarbeit zustande zu bringen. In einem Rundschreiben nach dem Tarifabschluß schreiben sie, so würden "Fakten geschaffen", die auch auf die großen Versicherungen mit HBV-/DAG-Betriebsräten Druck ausüben würden.

Die HBV wird es mit ihrer Taktik – jetzt "auf keinen Fall" Betriebsvereinbarungen zur Samstagsarbeit zu unterschreiben –, die nur einen Teil der Betriebsräte erreicht, schwer haben, das Aufrollen des freien Samstags zu verhindern. Die jetzt einsetzenden Versuche der Versicherungen, auch noch die betrieblichen Pausen gegen die 15 Minuten täglicher Arbeitszeitverkürzung zu verrechnen, verstärken den Eindruck, daß der Tarifabschluß den Belegschaften in sämtlichen Bereichen der Arbeitszeitregelung Verschlechterungen bringen wird. – (res)

Avci-Prozeß

Gericht deckt faschistische Schläger

Im Hamburger Prozeß gegen die Skin-Heads, die Ende Dezember letzten Jahres den türkischen Arbeiter Ramazan Avci bestialisch zu Tode geprügelt hatten, hat der Richter am siebten Verhandlungstag angedeutet, daß doch eine Verurteilung zumindest gegen drei der Angeklagten wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes in Betracht kommt. Bislang war die gesamte Prozeßführung seitens der Staatsanwaltschaft und des Richters

darauf angelegt, die Angeklagten als rauf- und sauflustige unpolitische Jugendliche darzustellen.

Die taktische Richtlinie für dieses Vorgehen kam direkt aus dem Rathaus. In seiner Erklärung hatte Bürgermeister von Dohnanyi den rassistischen Mordanschlag zum "bedauerlichen Einzelfall" erklärt und für Hamburg Rassismus und Ausländerfeindlichkeit bestritten. Entsprechende Polizeiberichte, in denen die Skin-Heads als völlig unpolitische Jugendbande charakterisiert wurden, wurden lanciert. Die Polizei vernahm die Mörder, die sie beim Beseitigen der



Demonstration 11.1. in Hamburg

Mordwaffen festgenommen hatte, zunächst nur als Zeugen und ließ sie wieder laufen. Die Ermittlungen leitete ein Beamter, dessen Sohn, ein Skin-Head, mit einem der Angeklagten befreundet ist. Erst der massive Protest erzwang die Verhaftung der Angeklagten wegen Mordverdachts.

Obwohl zwei der Angeklagten bereits mehrfach wegen Volksverhetzung und Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda vor Gericht gestanden hatten, ein weiterer wegen Körperverletzung, wurden sie dann doch nur wegen Totschlags angeklagt. Alle zur Sache gehörten Polizeibeamten bestritten von Gericht den ausländerfeindlichen, rassistischen Charakter der Skin-Heads. Der Richter hatte in den ersten Verhandlungstagen kommentarlos hingenommen, wenn die Angeklagten erklärten, sie hätten überhaupt nichts gegen Ausländer.

Am sechsten Verhandlungstag schließlich ist aufgeflogen, daß die Polizei die Gerichtsakten frisiert hat: Ein Gutachten der Staatsschutzabteilung, das die Gruppe der Bergedorfer Skin-Heads als "rechtsextremistisch" eingestuft hatte, wurde nicht vorgelegt und ein Vermerk auf diesem Bericht in der Polizeiakte war plötzlich in den Gerichtsakten nicht mehr vorhanden. So besteht immerhin noch eine Möglichkeit einer Verurteilung wegen Mordes. – (mek)

Ausbildungsplatzbeschaffung

Landesregierung von Baden-Württemberg tut was für die Mädchen – bloß was?

Ulm. Für Mädchen, die eine kaufmännische Vollzeitschule absolviert und dann keine Lehrstelle gefunden haben, bieten die IHK und die Handwerkskammer Ulm seit zwei Jahren berufsbezogene Sonderlehrgänge an. Der erste richtete sich an zukünftige Bürogehilfinnen, weiter soll einer für das Hotel- und Gaststättengewerbe angeboten werden. Wer an einem solchen Lehrgang teilnimmt, kann sich dieses Jahr, falls er anschließend in ein ordentliches Ausbildungsverhältnis übernommen wird, auf seine Lehrzeit anrechnen lassen. Wer nicht übernommen wird, ist darauf angewiesen, daß das Wirtschaftsministerium den Kurs bis zur ordentlichen Abschlußprüfung weiterführt – laut IHK war

den-Württemberg" vom Dezember 85 besondere Unterstützungsmaßnahmen für die Ausbildung von Mädchen hervorhebt, erforderlich, weil Jahr für Jahr zwei Drittel der nicht vermittelten Lehrstellenbewerber Mädchen sind. Im Arbeitsamtsbezirk Ulm stehen 1986 2057 gemeldeten Lehrstellen 3500 Lehrstellenbewerber gegenüber, davon 2000 Mädchen. Die Kurse sind für ca. 20 Teilnehmerinnen gedacht. Geht man von den offiziellen Erfahrungswerten der letzten Jahre aus, müßten 1986 von den 1500 übrig bleibenden Bewerbern 1000 Mädchen sein, wovon dann ca. 60 durch diese Kurse zunächst einmal oberflächlich versorgt wären.

Nun begnügt sich die Landesregie-



Werbung in der "Schulzeit" März 1986

das bisher der Fall –, die dann völlig gleichberechtigt abgelegt werden kann. Träger dieser Kurse sind die Kammern, finanziert wird das ganze von der Landesregierung mit einem Taschengeld von 250 DM/Monat. Für die Betriebe ist die Arbeitskraft in Ausbildung gratis. Die Handwerkskammer richtet jetzt einen ähnlichen halbjährigen Kurs für Verkäuferinnen im Nahrungsmittelhandwerk ein. Für diesen Lehrgang ist der vorherige Besuch einer Vollzeitschule nicht mehr erforderlich. Die Handwerkskammer hebt positiv hervor, daß die Betriebe dadurch "Entscheidungshilfen im Hinblick auf die Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis" erhalten.

Diese Art Kurse sind gemeint, wenn die Leitstelle für Frauenfragen beim Familienministerium in ihrem Schwerpunktprogramm "Frauen in Ba-

rung nicht mit solchen Kursen. Sie hat weiterhin landesweit 800 neue Ausbildungsplätze geschaffen: 400 im Krankenpflegebereich, wo zufällig im letzten Jahr drastische Kürzungen der Ausbildungsvergütung durchgesetzt wurden, und 400 in der ländlichen und städtischen Hauswirtschaft. Hier wird der Anreiz zur Einrichtung von Ausbildungsplätzen durch Zahlung von 3000 DM pro neuen Ausbildungsplatz an den Ausbilder geschaffen. 490000 DM sind dafür für 1986 im Haushaltspol der Landesregierung veranschlagt. Berufliche Perspektive: Mitarbeit im Anstaltshaushalt, bei weiterer Qualifizierung Leitung eines Teilbereichs. Bei Durchsicht des Ausbildungsrahmenplanes ergibt sich, daß – wohl theoretisch fundiert – das gelernt wird, was jede Hausfrau Tag für Tag an Leistung erbringt.

Konnte aus dem Schwerpunktprogramm der Frauenleitstelle noch der Eindruck entstehen, die Landesregierung nehme das Problem der besonderen Lehrstellenmisere für Mädchen tatkräftig in Angriff, so verschwindet dieser bei genauerem Hinsehen. Noch mehr aber erstaunt die Stoßrichtung: Im erwähnten Schwerpunktprogramm wird analysiert: wesentliche Ursache für das Dilemma der Mädchen sei ihr eigener Berufswunsch, denn 80% der Mädchen konzentrieren sich auf 27 von 400 möglichen Ausbildungsberufen. Durch breiteste Aufklärung will die Landesregierung diesem Sachverhalt entgegenwirken: durch Aktivitäten in den allgemeinbildenden Schulen, Lehrerfortbildung, Elternabende, Überprüfung der Schulbücher auf Rollenklichtheit. Die positiven Ergebnisse des Modellversuchs "Mädchen in Männerberufe" sollen in größerem Umfang publiziert werden, auch bei den Ausbildungsbetrieben. Durch Initiativen bei Arbeitgebern und Arbeitsämtern soll darauf hingewirkt werden, daß die Auftragskarten für Ausbildungsplätze "geschlechtsneutral" ausgeschrieben werden, wodurch sich dann die Zahl der aussichtslosen Bewerbungen und damit der Aufwand bei der Lehrstellenbeschaffung für Mädchen kolossal erhöhen, das Ergebnis sich jedoch wenig verbessern würde. Immerhin bleiben ja auch noch männliche Bewerber bei der Ausbildungsstellensuche auf der Strecke, nämlich genau das restliche Drittel. Gefördert würde also lediglich die Konkurrenz. Außerdem ist die Skepsis der Mädchen gegenüber der Ausbildung in Männerberufen nicht unbegründet. So berichtet die IGM über das Endergebnis solcher Modellversuche: "Nur jede zweite Frau, die im Modellversuch in einem Männerberuf ausgebildet wurde, fand nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz in ihrem Beruf. Knapp 7% wurden arbeitslos. Die Leistungen der Mädchen waren aber ebenso gut, wie die der Jungen." Dies Ergebnis wird im zitierten Schwerpunktprogramm auch zugegeben. Zur Lösung sollen die Möglichkeiten des Arbeits- und Beschäftigungsförderungsgesetzes Anwendung finden, d.h. Eingliederungsbeihilfen, Arbeitserprobung, Probebeschäftigung, Einarbeitungszuschuß.

Während also durch die Propaganda der Eindruck erweckt wird, die Mädchen seien an ihrer Lage weitgehend selbst schuld – gleichzeitig wird damit noch gegen spezielle Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen Stimmung gemacht –, laufen die konkreten Maßnahmen der Landesregierung darauf hinaus, die Frauen in typische Frauenberufe zu drängen, die ein Minimum an Qualifikation erfordern, schlecht bezahlt sind und in engem Zusammenhang mit der für später gewünschten Hausfrauen- und Mutterrolle stehen. – (evd)

Landwirtschaft S.-H.

Existenzsicherung – aber für wen?

Flensburg. Am 27. Mai hat das Schleswig-Holsteinische Landesparlament einstimmig mit den Stimmen von CDU, SPD und Südschleswigschem Wählerverband ein "Existenzsicherungsprogramm" für die Bauern beschlossen. In einem Nachtragshaushalt für 1986 soll der Agraretat um 12,4 Mio. DM aufgestockt werden. Für die kommenden Jahre sind noch höhere Mittel vorgesehen. Mit solchen Summen läßt sich gut Öffentlichkeitsarbeit machen, besonders vor Wahlen.

Das Programm umfaßt drei Punkte: 1. Zinsverbilligung bei Umschuldung: "Zur Existenzsicherung finanziell belasteter, aber langfristig existenzfähiger Haupterwerbsbetriebe sollen Zuschüsse bereitgestellt werden." 2. Stabilisierung des Bodenmarktes durch "verbesserte Förderung des Landzukaufs durch leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe" und durch Aufkauf durch das Land sowie die Landgesellschaft, u.a. für Naturschutzzwecke. 3. Ausweitung des Extensivierungsprogramms (freiwilliges Nicht-Düngen und -Spritzen bestimmter Flächen gegen eine Ausgleichszahlung zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten).

Schon aus der Aufzählung dieser Punkte läßt sich erkennen, daß kein einziger Bauer, der hoch verschuldet und in Not ist, in seiner Existenz gesichert wird. Geholfen wird ihm bestenfalls darin, daß er als Bauer aufhört. Durch die "Stabilisierung des Bodenmarktes" kann er dann vielleicht noch beim Verkauf seiner Ländereien einigermaßen Preise erzielen. Dahinter steckt aber in Wirklichkeit das Interesse der Banken – die haben Angst, daß sie bei zu stark abfallenden Bodenpreisen ihr Geld nicht bekommen. Oder er meldet seine Flächen zur Extensivierung an. Das ist modernes Bauernlegen unter dem Vorwand des Naturschutzes: Der Bauer bekommt 600 bis 1000 DM, teils sogar noch mehr je Hektar, wenn er auf den anmeldeten Flächen keine Spritzmittel ausbringt, keinen Dünger streut oder sie sogar ganz brach liegen läßt, je nach Vertrag. Ob das ganze für den Umweltschutz etwas bringt, darüber läßt sich sicher streiten. Zur Existenzsicherung der Bauern bringt es aber mit Sicherheit nichts. Das Programm zielt darauf ab, daß Bauern, die den Entschädigungssatz durch die Bewirtschaftung ihres Betriebes nicht erreichen, die Flächen zur Extensivierung anmelden. Das werden v.a. kleine Betriebe sein oder Bauern kurz vor dem Rentenalter ohne Nachfolger.

Die andere Seite des Programms ist die Unterstützung leistungsfähiger Wachstumsbetriebe, zum einen da-



Treckerdemonstration auf der Brücke nach Fehmarn am 12.4.

durch, daß Zuschüsse beim Landkauf gewährt werden, zum anderen durch Zinsverbilligungen bei Umschuldungsmaßnahmen. Dafür muß aber die "langfristige Existenzfähigkeit" nachgewiesen werden. Das ganze entpuppt sich als Programm, das nicht den verheerenden Auswirkungen der Brüsseler Preisbeschlüsse entgegenwirkt, sondern genau in dieselbe Kerbe schlägt: verstärktes Ausrängen der kleinen Betriebe; um den Protest etwas abzufangen, ein bißchen soziale Abfederung. Gleichzeitig eine Stützung der leistungsfähigen Betriebe, um für sie die Auswirkungen der Brüsseler Beschlüsse abzumildern.

Quellenhinweis: "Bauernblatt" Schleswig-Holstein – (hei)

Bayerischer Städetag

Kritik an Bund und Land: Über 1 Mrd. DM Einnahmeausfall

München. Finanzielle Risiken sieht der Städetagessitzende OB Josef Deimer (Landshut) auf die Städte zukommen, wenn der Bund einer Forderung des Freistaates Bayern folgt und sich aus der Mischfinanzierung der Städtebauförderung völlig zurückzieht. Gegenwärtig tragen Bund, Länder und Gemeinden die Kosten zu je einem Drittel. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit könnte nicht ausgeschlossen werden, daß die Ausgleichsleistungen Jahr für Jahr zusammenschrumpfen würden.

Das Steuernungsgesetz der Bundesregierung hat bei den bayerischen Gemeinden und Städten in den nächsten drei Jahren einen Einnahmeausfall bei den Einkommenssteuern von über 1 Mrd. DM zur Folge. 1986 werden es 260 Mio. DM, 1987 gut 300 Mio. DM und 1988 mehr als 500 Mio. DM sein. Bei den Schlüsselzuweisungen sind mit Einbußen von 390 Mio. DM zu rechnen.

Gleichzeitig mit der Aufstockung

des Bund-Länderprogramms gehen der Städtebau jedoch fast die gesamten Mittel des bayerischen Städtebauförderungsprogramms verloren. Von den 36 Mio. Mark, die das Landesprogramm für 1986 vorsah, hat der Ministerrat 35 Mio. DM dem Landwirtschaftsministerium für das Dorferneuerungsprogramm übertragen.

Allein für 1986 haben 530 bayerische Städte und Gemeinden insgesamt 657 Projekte mit einem Finanzvolumen von fast 1,2 Mrd. DM angemeldet. 394 Mio. DM sind jedoch lediglich für dieses Jahr vorhanden.

Der Vorstand des Städetags hat den Entwurf zum kommunalen Finanzausgleich mit Zurückhaltung aufgenommen. Seit Jahren erhobene Forderungen sind wieder nicht realisiert worden. Es geht in erster Linie darum, die überproportionalen Einbußen der Städte und Gemeinden durch die Steuerreform 1986/87 bei der Gewerbesteuer angemessen auszugleichen, den zwanzigprozentigen Eingriff des Staates in die Grunderwerbsteuer im Jahr 1983 endlich rückgängig zu machen, die zentralen Orte bei den Schlüsselzuweisungen stärker zu berücksichtigen und die Finanzzuweisungen stufenweise auf tatsächlich 80 Prozent der ungedeckten Verwaltungskosten zu erhöhen. Ebenso wird kritisiert, daß die Kommunen als Träger von 400 Schulen und Sachaufwandsträger von rund 4000 staatlichen Schulen (Volksschulen) mehr als dreieinhalb Milliarden DM im Jahr 1983 ausgegeben haben und nur 25% vom Freistaat zurückhielten. Das neue Schulfinanzierungsgesetz bringe auch keine wirksame Förderung der Kommunen, denn vom geplanten Finanzierungsrahmen von 60 Mio. DM sollen nach dem Willen der CSU-Landtagsfraktion die Privatschulen 54,3 Mio. DM und die Kommunen per Saldo nur 5,7 Mio. jährlich erhalten.

Quelle: Informationsbrief Bayerischer Städetag 1985 – (dil)



Mehr Geld aus Bonn für die Gemeinden: 250 Leopard II, die bei Krauss-M. bestellt wurden, kosten 1,5 Mrd. DM.

Konzentriert, entmündigt, hingehalten – aber die Isolierung der Asylbewerber muß nicht gelingen

Neumünster. "Behandelt uns als politische Asylbewerber, nicht wie politische Gefangene!" Mit diesem Aufruf ist ein Plakat überschrieben, das kürzlich Asylbewerber der Gemeinschaftsunterkünfte in der Ehndorfer Straße verfaßt haben. Zwei Drittel der rund 100 Asylbewerber in Neumünster sind hier untergebracht – Iraner, Pakistani, Inder, Polen. Einige Auszüge aus der Wandzeitung sollen verdeutlichen, wie sie selbst ihre Lage sehen: "Die einzige Dusche im Keller muß von 50 Personen benutzt werden!"

Nach kurzer Zeit ist das warme Wasser verbraucht. Einige Familien von uns müssen einen halben Kilometer zu Fuß gehen. Sogar im Winter! Das DRK sorgt sich nicht um die Sauberkeit. Stattdessen hängt das DRK ein Schild in verschiedenen Sprachen auf: Wenn Sie die Dusche nicht sauberhalten, wird sie vom Gesundheitsamt geschlossen! Vom 'Taschengeld' müssen wir alle Körperreinigungsmittel und Intimpflegemittel, auch den Frisör, bezahlen. Kein Wunder, daß unter solchen Bedingungen Ungeziefer, Schimmel und Krankheiten gedeihen! ... Weil wir schon durch das zweijährige Arbeitsverbot zur Untätigkeit gezwungen werden, außerdem die Stadt Neumünster nicht verlassen dürfen, um z.B. Bekannte zu besuchen, brauchen wir Möglichkeiten, uns zu unterhalten und abzulenken ... Gemeinschaftsräume ... Spiele oder Fahrräder zum Ausleihen... Wir wollen aus unserer Isolation heraus! Deswegen brauchen wir die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen ... Unsere Kinder brauchen den Kontakt zu deutschen Kindern: Sie müssen darum in Kindergärten und Schulen gehen können!"

Der empfindlichste Punkt ist für die Asylbewerber die "Gemeinschaftsverpflegung": "Mit der Gemeinschaftsverpflegung zwingt man uns, den Rest unserer Selbständigkeit aufzugeben. Aus dieser Not heraus versuchen viele von uns, sich vom monatlichen 'Taschengeld' zu versorgen, was unmöglich ist: Eine Einzelperson erhält 64 DM im Monat, eine Familie mit 1 Kind 150 DM." Deshalb hat es auch seit der Einführung der Gemeinschaftsverpflegung im September 83 Widerstand gegeben.

Auch in anderen Sammelunterkünften in Schleswig-Holstein haben sich Asylbewerber verschiedener Nationalität an diesem Punkt zusammenge schlossen. Größere Auseinandersetzungen sind aus Flensburg (Juni 82), Kollow im Kreis Lauenburg (Juni 83), Kappeln (Sept. 85) und Heide (Oktober 85) bekannt geworden. Die oft haft

mäßigen Lebensbedingungen wurden dabei gleich auch angegriffen. Die Isolation, in der die Asylbewerber gehalten werden, hat allerdings die Unterstützung aus der Bevölkerung erschwert. Außerdem mußte die Landesregierung bei Zugeständnissen fürchten, daß der Widerstand Schule machen könnte. Der Verweis der örtlichen Stellen auf die Zuständigkeit der Landesregierung und die Verlegung sogenannter "Rädelstührer" hat so den Widerstand immer wieder brechen können.

beitskreis davon erfuhr. Inzwischen hatten sich andere Asylbewerber dem Protest gegen die Gemeinschaftsverpflegung angeschlossen. Über 50 von ihnen unterzeichneten einen Brief an das DRK, das Sozialamt und das Sozialministerium, worin sie die Auszahlung der Sozialhilfe forderten. Da sie zur festgesetzten Frist keine Antwort erhielten, verweigerten 57 Asylbewerber aus dem Iran, aus Polen, Pakistan und Indien eine Woche lang die Annahme des Essens. Am 20.3.86 zogen sie gemeinsam mit dem Arbeits-

DRK: Angebot reichlich und schmackhaft



"Das Vertrauen ist weg!" – Holsteinischer Courier, 28.5.86

Die Isolation wird aufgebrochen

Die Aktionen der Asylbewerber in der Ehndorfer Straße richten sich zunächst gegen die Gemeinschaftsverpflegung. Im September 85 verweigerte eine pakistaneische Familie ihre Annahme. Trotz ärztlicher Atteste über chronische Verdauungsbeschwerden bei den zwei kleinen Kindern wurden ihr nicht einmal Essensgutscheine zugestanden, um sich selbst zu verpflegen. Die örtliche Presse war voller Mitgefühl. Als die Familie Kontakt zum Arbeitskreis Ausländerpolitik aufnahm, außerdem sich dem Essensboykott eine libanesische Familie anschloß (ihr waren als "Alternative" über vier Monate nur abwechselnd Reis und Nudeln als Hauptgericht angeboten worden), reagierte die Ausländerbehörde mit Einschüchterung. Bei der libanesischen Familie hatte sie Erfolg: Sie unterzeichnete ein Papier zu ihrer "freiwilligen" Rückkehr, um nicht in Abschiebehaft genommen zu werden – ein gängiges Verfahren. Sie wurde abgeschoben, bevor der Ar-

beitskreis ins Rathaus zur Sozialdezernentin Lingner (SPD), postierten dort die auf zwei Schubkarren geladene Verpflegung für den Tag und forderten die Abschaffung der Gemeinschaftsverpflegung. Frau Lingner sagte die Unterstützung der Forderung zu. Sie verwies aber darauf, daß das Land in dem Falle, wo die Kommune entgegen der per Gesetz verfügten Gemeinschaftsverpflegung Sozialhilfe auszahle, die gesamten Mittel, rund eine Mio. DM, für die Asylbewerberbetreuung streichen könnte.

Die Aktion wurde an den darauffolgenden Tagen wiederholt. Beim DRK verwies man auf die bestehende Gesetzeslage. Im übrigen wiederholte der DRK-Vorsitzende Stöppler (CDU), was bereits am 21.9.83 für einen Hetzartikel im Holsteinischen Courier gut gewesen war: "... was für die älteren deutschen Mitbürger gut sei, sollte auch für die Ausländer reichen." Das Essen sei "reichlich und schmackhaft". Auch der Sozialamtsleiter Woditschka hatte das in einem Schreiben an den Arbeitskreis 1983

noch vertreten: "Sowohl Unterkunft als auch Versorgung und Betreuung" seien "optimal gewährleistet". Beschwerden führte er auf die "Oppositionshaltung der Asylanten" und auf "bundesweit schon bekannte Aktionen" zurück, mit denen die "Asylanten" "Einkünfte durch Schwarzarbeit" (weshalb sie "zu den Mahlzeiten nicht anwesend sein könnten") und "Bargeld anstelle von Sachleistungen" erreichen wollten. – Solch platte Hetze war angesichts des sehr geschlossenen öffentlichen Auftretens der Asylbewerber, unterstützt vom Arbeitskreis, diesmal nicht opportun. Während das Regionalprogramm der ARD über die Aktionen der Asylbewerber relativ ausführlich berichtete, allerdings ohne für sie Partei zu ergreifen, erschien im "Courier" ein Artikel unter der Schlagzeile "Asylanten schaden ihrer Sache", gestützt auf Äußerungen von Frau Lingner und Herrn Stöppler. Was in Wahrheit vor Stöpplers Füßen säuberlich aufgestapelt war, lag laut Courier "dutzendfach" durcheinander: "Warne Hähnchenschenkel in Currysoße und Reis neben

Schwarzbrot, Milch und Obst". Es sei "schlichtweg ungehörig, mit Lebensmitteln derart umzugehen. Auch in einem Wohlstandsland..." (21.3.86)

Die SPD, gerade durch die Kommunalwahlen zur Mehrheit im Rat gekommen, hatte noch im Januar zu einer Asylveranstaltung des Arbeitskreises einen ziemlich uninformativen Vertreter geschickt. Jetzt mußte sie sich auf Antrag der GRÜNEN mit den Forderungen der Asylbewerber in der ersten Ratsversammlung am 22.4. befassen. Mit der Begründung, die Kostenfrage müsse erst geklärt werden, verwies sie den Antrag, unterstützt von der CDU, in den Sozialausschuß. Empört verfolgten die Asylbewerber das Spiel von der Tribüne aus. Mit der Rückendeckung des SPD-Kreisparteitages ist jetzt die Auszahlung ab 1.8.87 vorgesehen. Das Vertrauen einiger Asylbewerber zur SPD ist geschwunden. In die Diskussion gebracht wird Hungerstreik als letztes Mittel. Klar ist allerdings, daß es den Asylbewerbern am meisten nützt, wenn sie aus der Isolation heraus den Kontakt mit dem Arbeitskreis festigen und

darüberhinaus mit Deutschen organisieren. Das ist schwierig, insbesondere wegen der isolierten Wohnsituation und der Sprachprobleme. Aber gerade die gemeinsame Diskussion mit der deutschen Bevölkerung über die reaktionäre Asyl- und Ausländerpolitik kann dazu dienen, ebenso die gemeinsame Erstellung des Plakates und das Auftreten in der Öffentlichkeit.

Neben der Unterstützung vor Ort durch die GRÜNEN hat sich auch die DGB-Kreisjugend ("Knotenpunkt") im Rahmen der "ran"-Kampagne an die Seite der Asylbewerber gestellt, eine Plakataktion und eine Veranstaltung zusammen mit dem Arbeitskreis durchgeführt. Auch die Zusammenarbeit von rund zehn Initiativen zur Ausländerpolitik in Schleswig-Holstein entwickelt sich. Anlässlich der Kieler Woche wollen sie ein Flugblatt zur Lage der Asylbewerber verteilen. Quellenhinweis: Dokumentation über die Auseinandersetzung über die Gemeinschaftsverpflegung für Asylbewerber in NMS, hrsg. vom AK Ausländerpolitik, April 1986 – (far)

Entreitung und Sammellager fördern Rassismus

1.1.82: Der neugefaßte § 18 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) macht die Asylbewerber zur "Beschaffung des Lebensunterhaltes" für "gemeinnützige Arbeiten" einsetzbar – in Kiel z.B. für 83,50 DM 6 bis 8 Stunden täglich (1) oder in Wedingstedt: Hier arbeiten im Juli 85 überwiegend Polen als Holzarbeiter oder helfen im Heim für 1,13 DM die Stunde in Gutscheinen pro Monat. Die Nicht-Arbeitenden erhalten nur die halbe Essensration. § 120 BSHG: Asylbewerber haben bis zur Anerkennung nur Anspruch auf "Hilfe zum Lebensunterhalt", "Geldleistungen können auf das zum Lebensunterhalt Unerlässliche eingeschränkt werden".

27.4.82: Der Runderlaß des Sozialministeriums Schleswig-Holstein gesteht dem Asylbewerber nur noch ein Taschengeld zu. Die Begründung ist offen rassistisch: "Die ermäßigten Leistungen rechtfertigen sich, weil ... die generelle Vermutung angebracht ist, daß die Lebensbedürfnisse des Asylsuchenden anders gelagert sind ... Ein Anspruch auf Hilfe in besonderen Lebenslagen besteht nicht, ... insbesondere, wenn der Hilfesuchende in seinem Heimatland bereits monate- oder jahrelang ohne diese Versorgung ausgekommen ist."

Juni 82: Der Sozialminister Braun setzt sich öffentlich für den verstärkten Ausbau der Sammellager ein, "um die finanziellen Belastungen tragbar zu halten" (2). Erst für ein Fünftel der 5 000 Asylbewerber

stünden in Schleswig-Holstein 19 solcher Lager zur Verfügung.

1.8.82: Das neue Asylverfahrensgesetz tritt in Kraft: Ablehnung und Abschiebung werden erleichtert, Beschränkung des Aufenthalts auf den Bezirk der Ausländerbehörde – bei Verstoß 5 000 DM Geldbuße, bei Wiederholung auch Gefängnis bis zu einem Jahr möglich, möglichst Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften usw.

20.9.83: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet einstimmig gegen Verfassungsbeschwerden von Asylbewerbern gegen die Unterbringung in Sammellagern: Es bleibe ihnen ein "erheblicher Bereich, in dem sie sich ... frei bewegen können", sie seien "ersichtlich nicht zum Objekt staatlichen Handelns" herabgewürdigt. Die

mit einem Sammellager "typischerweise verbundenen Beschränkungen" seien "grundsätzlich erforderlich" im Interesse derer, die wirklich politische Flüchtlinge seien (3).

26.7.84: Über die Konzentration der Asylbewerber in Sammellagern teilt Bundesinnenminister Zimmermann auf Anfrage der SPD mit: 68% aller Asylbewerber in Schleswig-Holstein sind in Lagern untergebracht (Saarland 100%, Bayern 37,9%, Baden-Württemberg 29,4%, Bundesdurchschnitt 25,1%).

18.12.84: Der Runderlaß des Sozialministeriums Schleswig-Holstein legt die Aufnahmeverpflichtung der Kreise fest: Kiel 9,5%, Stadt Flensburg 3,3%, Lübeck 8,3%, Neumünster 3%, Dithmarschen 5%, Plön 4,5%, Rendsburg-Eckernförde 9,4%. Gegebenenfalls leben ca. 3 000 Asylbewerber in Schleswig-Holstein.

Kreise wie Pinneberg oder Nordfriesland konnten bisher mit Erfolg die Einrichtung von Sammellagern verhindern. Oft aber gerade mit ausländerfeindlichen Begründungen von Gemeindevertretern und Bürgern. Sind Sammellager erst einmal durchgesetzt, läßt sich unter "Kostengesichtspunkten" z.B. auch die Unterbringung in "mobilen Raumzellen" wie in Heide (August 85) oder in Baucontainern wie in Westberlin (Mai 86) begründen. Und es läßt sich eine Bürgerwehr zum Schutz der Einheimischen wie jüngst in Zirndorf fordern (4).

Quellenhinweis: (1) Antw. der Stadt Kiel auf GRÜNEN-Anfrage, 8.6.82, (2) Schlesw. Nachr. 4.6.82, (3) FAZ, 30.9.83, (4) SZ, 12.5.86



Gräfin Brockdorff, Sozialministerin und DRK-Vizepräsidentin, zu den Asylbewerbern in Segeberg: "Keine Extrawurst!" (SN, 13.03.86)

Tarifabschluß Textil Nordrhein

Düsseldorf. Nach Warnstreiks wurde am 2. Juni für den Tarifbezirk Nordrhein im Bereich Textilindustrie ein Abschluß von 4,4% getägt. Dem unterzeichneten Abschluß waren Warnstreiks in 80 Betrieben vorausgegangen, an denen sich rund 12000 Beschäftigte beteiligt hatten. Die Erhöhung von 4,4% tritt rückwirkend zum 1. Mai 1986 in Kraft. Bereits am 1. Juni wurde ein Abschluß für die Textilindustrie im Bereich Baden-Württemberg abgeschlossen, nachdem die Gewerkschaft für den 11. Juni landesweite Warnstreiks angekündigt hatte. – (rub)

Maßnahmen gegen streikende Lehrer

Wiesbaden. Die ca. 7200 Lehrer, die am 26. Mai dem Aufruf der GEW Hessen zu einer "demonstrativen Arbeitsniederlegung" und Protestkundgebungen in Darmstadt, Gießen, Frankfurt und Kassel gefolgt waren, waren vom Kultusministerium angewiesen worden, die ausgefallenen Stunden vor- oder nachzuarbeiten. Diejenigen, "die das nicht akzeptieren", werde das Schulamt dem Regierungspräsidenten melden, der über Maßnahmen wie Gehaltsabzug ent-

Köln. Vom 3.-5. Juni streikten, wie an 23 weiteren Fakultäten, die Medizinstudenten. Sie protestierten gegen die neue Ausbildungsordnung für Ärzte, die die Regierung am 30.6. verabschieden will. Die Ordnung verschärft die Prüfungen, führt kriegsmedizinische Lehrinhalte ein und verlängert das Studium um zwei Jahre. Alle Vorlesungen fielen aus, ein Kurs in Biochemie, der beim letzten Streik gegen die Durchfallquote noch stattfinden konnte, fand ebenfalls nicht statt. – (gba)

scheiden werde, so Hans Reusch, stellvertretender Leiter des Schulamts. Es sollen vermutlich auch Eintragungen in die Personalakten vorgenommen werden. Dem Schulamt lagen zwei Tage nach der Protestaktion während der Unterrichtszeit bereits Namen von 112 Lehrern aus Grund-, Haupt- und Sonderschulen und von 31 Gymnasiallehrern vor. Die Lehrer richteten sich gegen den Abbau von 350 Stellen in Hessen zum 1. August und die geplante Streichung von weiteren 2000 Stellen bis 1990. Gleichzeitig will die SPD/Grüne-Landesregierung ausscheidende Lehrer nur noch durch Lehrer mit 2/3-Verträgen ersetzen. – (udi)



Daimler-Benz: Flexi durch Sonderschichten

Mannheim. Vor Monaten wurde eine Vereinbarung über Betriebsurlaub am Jahreswechsel abgeschlossen. In allen Werken mit PKW-Produktion wurden nun im Ausgleich fünf Sonderschichten angeordnet. In Stuttgart wurde anlässlich von "100 Jahre Automobil" an zwei "Tagen der Offenen Tür" schon an zwei Samstagen gearbeitet. Auch im Mannheimer Omnibuswerk wurden für Abteilungen, die für PKW Teile produzieren, fünf Sonderschichten angeordnet. Die Betriebsräte, außer denjenigen der Gruppe PLAKAT in Stuttgart, haben den Sonderschichten zugestimmt. – (scr)

Pinselfabrik Sterkel streikt

Ravensburg. Seit 22. Mai streiken die 46 in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff Organisierten unbefristet. Sterkel (70 Beschäftigte) gehört seit 1977 zu Coronet, der nicht im Arbeitgeberverband ist. Der Firmenarif wurde bezogen auf den Ecklohn/Holzindustrie um 370 DM gedrückt; seit Februar 1984 ist Lohnpause. 90% sind Frauen, sie kommen im Akkord auf ca. 12 DM/Stunde. Gefordert wird Anerkennung der Tarife für Holzindustrie: Gehaltsrahmen, Teil eines 13. Monatslohns, 38,5 Stunden-Woche bei vollem Lohn, 30 Tage Urlaub. Die Anerkennung des Lohntarifs wird nicht gefordert, sondern 6% rückwirkend ab Februar 1985; das letzte Angebot war 3% ab April 1986 und 2% ab November 1986. Heim- und

Leiharbeiter werden als Streikbrecher eingesetzt. Sterkel hat eine gerichtliche Verfügung erwirkt: 3 m Streikbrecherstrafe, keinerlei "psychische Gewalt" gegen Arbeitswillige. Strafandrohung: 1/2 Mio. DM und/oder 1/2 Jahr Haft. – (anh)

Überstunden nicht bezahlt

Heidelberg. Die Personalräte an der Orthopädischen Klinik und an den Unikliniken deckten jetzt auf, daß den Beschäftigten im Pflegebereich weder die Überstunden ausbezahlt noch der Überstundenzuschlag gewährt wird. Die Pflegeleitungen hatten die Überstunden nicht an die Abrechnungsstelle weitergeleitet und außerdem eine falsche Berechnung von Überstunden vorgenommen. Die Mehrarbeit war auf den Monat und nicht auf die dienstplanmäßige Arbeit bezogen worden. Die Verwaltung der Unikliniken zahlt jetzt aus und muß damit rechnen, daß der Haushalt platzt. – (irs)

IGM: 5-Tage- Woche gefordert

Stuttgart. Die Delegiertenkonferenz der örtlichen IGM hat für den Gewerkschaftstag eine Arbeitszeitpolitik ohne weitere Flexibilisierung gefordert: "... Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit von Montag bis Freitag; Festlegung der täglichen Regelarbeitszeit, höchstens 8 Stunden; keine weitere Differenzierung der Arbeitszeiten; tarifliche Mindestregelungen für Teilzeitbeschäftigte; Begrenzung von Schichtarbeit..." – (ros)



USA: Am 1.6. begannen die Telefonarbeiter des American Telephone & Telegraph Konzerns (ATT) ihren Streik, der von den 155000 Mitgliedern der Gewerkschaft CWA mit großer Mehrheit gebilligt worden war. Die ATT-Kapitalisten hatten 5% Lohnerhöhung auf drei Jahre verteilt zugesagt. Die CWA erklärte, das sei völlig unzureichend. Der einzige Vorzug sei, daß kein jährlicher Pauschalbetrag vorgeschlagen worden sei, wodurch die Kapitalisten ansonsten eine Tariflohnernhöhung umgingen. ATT habe im ersten Vierteljahr einen Profit von 550 Mio. \$ erzielt, 50% mehr als 1985 im selben Zeitraum. (Bild: Aktion während des letzten Streiks 1983) – (gba)

Antifaschismus

Staatshilfe und Polizeischutz päppeln die Faschisten auf

Stuttgart. Für den organisierten Faschismus der BRD war der FAP-Parteitag bedeutsam. Die FAP hatte die Mitglieder der verbotenen ANS/NA aufgenommen, ihr Versuch, sich in Dillenburg, Hessen, zu versammeln, scheiterte. Duldung des Parteitags durch die baden-württembergischen Behörden signalisiert die Legalisie-

rung offenen Hitlerkultes.

Schon im Januar erklärte die Landesregierung das FAP-Aktionsprogramm für nicht verfassungswidrig, also von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu schützen, und bescheinigte deren Vorsitzendem Pape, daß er durch den taktisch begründeten Ausschluß einiger terrori-



Die antifaschistische Aktionseinheit richtete sich gegen die Unterstützung der Faschisten durch die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg.



Nur im Schutze starker Polizeieskorten können die FAPler ihren Versammlungsort erreichen.



Nach der Beendigung der Aktionen: Faschisten trumpfen frech in der Öffentlichkeit auf.

stisch auftretender ANS/NA-Neonazis sich gegen "rechtsradikale Unterwanderung" seiner Partei wehren. Die Stuttgarter Zeitungen schrieben denn auch nie, daß das Programm der FAP offen an das Programm der NSDAP und die Nazipolitik des Dritten Reiches anknüpft. OB Rommel vermietete der FAP heimlich die Sillenbacher Turn- und Versammlungshalle, suchte dies durch Lüge möglichst lange geheimzuhalten und kündigte schließlich massiven Polizeieinsatz zur Sicherung des Faschistentreffens an.

Dem Aufruf des Aktionskreises "Stuttgarter gegen Neofaschismus", in dem VVN, DKP, Grüne, SPD, Volksfront und Gewerkschaftsvertreter seit einem Jahr arbeiten, schlossen sich KPD, MLPD, zwei türkische Arbeitervereine (ATIF und SIB), SDAJ, Jusos, die Arbeiterwohlfahrt, MC Kuhle Wampe, Deutsche Friedensunion, Naturfreunde, Initiativkreis für Frieden und Abrüstung, antifaschistische Arbeitskreise aus umliegenden Orten, der IG Drupa Ortsvorstand und Landesvorsitzende, die GEW Kreis Karlsruhe an. Die IG Metall unterstützte die Kundgebung durch einen Redner. Der Aufruf prangerte Arbeiterfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus des FAP-Programms an sowie die Raumvergabe durch OB Rommel. "Einer solchen Organisation muß die Möglichkeit zu Auftritten in der Öffentlichkeit genommen werden ... Keine städtischen oder öffentlichen Räume für die FAP! Die Stadt Stuttgart muß ihre Genehmigung zurückziehen! Kein Bundesparteitag der neonazistischen FAP in Stuttgart oder anderswo! Verbot und Auflösung der FAP und aller anderen neonazistischen Organisationen!"

Am 7.6. kamen dann ca. 700 zur Kundgebung nahe beim Versammlungsort der FAP, und da erwies sich, daß die politische Verständigung vor der Aktion nur unzureichend gewesen war. Der monströse Polizeiaufmarsch wurde von VVN-Rednern als Schutz vor den Faschisten gesehen, von anderen als Schutz der Faschisten. Daraus folgte Entsolidarisierung. Nicht einmal gegen die Festnahme von Antifaschisten durch die Polizei wollte z.B. die VVN auftreten, die unglücklicherweise den Anmelder stellte. So verlief sich die Aktion.

Am Abend konnten die Faschisten fast ungestört einen Umzug durch Sillenbuch veranstalten unter den Parolen: "Ausländer raus!" und "Rotfront verrecke!" Nachts versuchten sie einen Angriff auf das nahegelegene Clara-Zetkin-Arbeiterwaldheim.

Die Stadt Stuttgart und das Land Baden-Württemberg bieten sich faschistischen Organisationen als Brutstätte an. Schon jetzt ist klar, daß der für nächsten Sommer geplante NPD Parteitag nächster Höhepunkt dieser Politik werden soll. – (ulk)

Antifaschismus

Bewaffneter Widerstand gegen die deutschen Faschisten

Die Bewährungsbataillone 999

Die Faschisten erkannten 1935 allen aus politischen Gründen vorbestrafen Antifaschisten die "Wehrwürdigkeit" ab, weil sie deren Zersetzungstätigkeit in der Wehrmacht fürchteten. Wegen der hohen Verluste seit Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion konnte das Oberkommando der Wehrmacht auf keinen Soldaten mehr verzichten. Die Nazi-

setzen und zur Niederlage des Faschismus beizutragen. (Hans-Peter Klausch, Die 999er - Von der Brigade "Z" zur Afrika-Division 999, Röderberg-Verlag, 1986, - clm)

Widerstandskampf in der Résistance

Hunderte von deutschen Antifaschisten hatten sich in Frankreich während der Nazi-Okkupation den Truppen der französischen bewaffneten Widerstandsbewegung

densbewegung innerhalb der faschistischen deutschen Armee und der deutschen Dienst- und Verwaltungsstellen zu schaffen ... sowie kriegswichtige Anlagen und Materialien zu vernichten." Seit Juni 1941 wurde eine regelmäßige illegale Zeitung, "Soldat im Westen", herausgegeben und verbreitet. Im September 1943 wurde auf Initiative der KPD die Bündnisorganisation Nationalkomitee "Freies Deutschland" in Frankreich gegründet und aufgebaut. Die Arbeit des Komitees bei der Zersetzung der Nazi-Wehrmacht hatte deutliche Auswirkungen. Im April 1944 anerkannte der französische Na-

wegen seines rebellischen Verhaltens aus der Hitlerjugend ausgestoßen worden war. Mehrfach wurde er mit anderen von der Gestapo gefoltert und in Lager gesperrt. Während der schweren Arbeit bei Ford sabotierte er die Produktion, indem er die Reifen von Raupeleppern beschädigte und Teile in den Rhein warf. Trotz des Terrors schafften es die Jugendlichen, Kontakt zu halten, wenn sie auch keine Erfahrung im illegalen Kampf hatten. Sie beraubten Wehrmachtzüge und besorgten Lebensmittel, die zum großen Teil in ein Lager russischer Zwangsarbeiter geschleust wurden. Im Sommer 1944 ging Theilen in die Illegalität. Ab dieser Zeit verschafften sich die Edelweißpiraten Waffen, mit denen sie sich gegen SS und Gestapo zur Wehr setzten, weil sie sich nicht in der Wehrmacht der Faschisten und beim Schanzen verheizen lassen wollten. (Fritz Theilen, Edelweißpiraten, Fischer Boot TB 7548, 8,80 DM - anl)



Siegesparade in Nîmes am 28.8. 1944. An der Spitze die 104. Compagnie des Marquis Lorraine, zu der viele deutschen Antifaschisten gehörten. In der ersten Reihe M. Kalb (links).

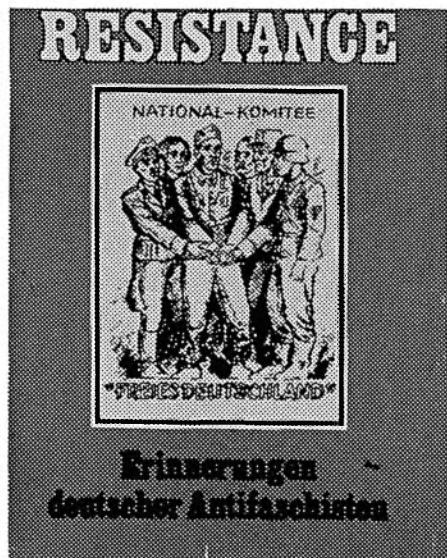
Reichsführung beschloß deshalb 1942, die Gegner des NS-Regimes gemeinsam mit kriminell vorbestraften "Wehrunwürdigen" in geschlossenen Sonderformationen, den Brigaden 999, zu isolieren und als Kanonenfutter einzusetzen. Das wirklich lesenswerte Buch stellt im einzelnen Geschichte und Entwicklung dieser Bataillone und ihren Einsatz in Nordafrika, auf dem Balkan und an der "Ostfront" dar. Anhand zahlreicher bisher unveröffentlichter Dokumente und Befragungen ehemaliger 999er schildert der Autor den Widerstandskampf in den Bewährungsbataillonen, beschreibt sehr genau die Anstrengungen und Schwierigkeiten der Antifaschisten, diese Bataillone zu zer-

angeschlossen. In dem Sammelband "Résistance" berichten 35 Teilnehmer über den organisierten Kampf gegen die Nazi-Wehrmacht. Großen Anteil an dem Aufbau von Widerstandsgruppen, auch in der Nazi-Wehrmacht selber, hatte die KPD, die mit der Unterstützung der KP Frankreichs tätig war. Die KPF hatte in der französischen Résistance einen besonderen Sektor für die deutsche Arbeit (Travail Allemand, TA) gebildet. Otto Niebergall, damals führend tätig in der KPD, schreibt: "Ziel der TA war es, in die faschistische deutsche Kriegsmaschinerie einzudringen, die faschistische Ideologie durch schriftliche und mündliche Agitation zu bekämpfen, eine breite nationale Frie-

tionalrat der Widerstandsbewegung (CNR) die Bewegung "Freies Deutschland" für den Westen als Organ der Résistance. (Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten. Dietz Verlag, Berlin 1985, 16,80 DM - gba)

Edelweißpiraten in Köln

Fritz Theilen ist einer der wenigen, die heute durch Aufklärungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen versuchen, Kenntnisse über den Widerstand der Arbeiterjugend gegen die Herrschaft der deutschen Faschisten zu verbreiten. Er ist 1927 in Köln geboren, lernte Werkzeugmacher bei Ford und schloß sich der Ehrenfelder Gruppe der Edelweißpiraten an, nachdem er



Geschichten statt Geschichtsverständnis

Im Sommer dieses Jahres jährt sich zum 50. Mal der Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges. 1985 veröffentlichte der Verlag J.H.W. Dietz Nachf. - nicht zu verwechseln mit dem Dietz-Verlag DDR - als Taschenbuchausgabe: Patrik v. zur Mühlen: "Spanien war ihre Hoffnung, die deutsche Linke im spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939". V. zur Mühlen, geb. 1942, ist seit 1975 Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von heutigen SPD-Parteiinteressen - der Rechtfertigung der SPD-Parteipolitik, der Ausmalung von Willy Brandts Aufenthalt in Spanien zur Zeit des Bürgerkrieges, von sozialdemokratisch-antikommunistischer Propaganda - ist auch dieses Buch geprägt. Gliedert ist es nach Organisationen: "Deutsche Anarchosyndikalisten in Spanien", "Deutsche Sozialdemokratie und spanischer Bürgerkrieg", "Die KPD im spanischen Bürgerkrieg" usw. Das fast 400 Seiten starke Taschenbuch enthält kein einziges Dokument, sondern Berichte, Ansichten

und Mutmaßungen über Vorgänge und politische Beziehungen. Die Theorien über die spanische Gesellschaft sind mehr als fragwürdig. So behandelt v. z. Mühlen z.B. den baskischen Nationalismus als "ethnisches Problem", statt als tatsächlich feststellbare gesellschaftliche Folge der Industrialisierung in den baskischen Provinzen. Die schwierigen Aufgaben der Volksfront im spanischen Bürgerkrieg werden zum Material für die sattsam bekannte "linke" Kritik der Sozialdemokratie: Die Kommunisten hätten die Revolution vertraten. — (chc)

Kollektives Werk individueller Stimmen

Die Herausgeber der Anthologie stellen deutschsprachige Autoren vor, Opfer des Faschismus, die ihn dort bekämpften, wo es ihnen noch möglich war, im spanischen Bürgerkrieg. Ihre Werke blieben lange Zeit vergessen. Mit Erzählungen, Kurzgeschichten, Tagebuch- und Romanauszügen wird ein Überblick gegeben vom Beginn des Bürgerkrieges bis zum Auszug

sind Kisch, Renn, Bredel und Weinert vertreten. Eine Entdeckung: P.V. Thelen. Sehr beeindruckend die Erzählung von Franz Werfel. Ein empfehlenswerter Einstieg, der Interesse weckt für mehr Geschichten und Geschichte des spanischen Bürgerkrieges. — (ti)

"Das große Beispiel"

Internationale Brigaden kämpfen 1937 im Spanischen Bürgerkrieg gegen die Faschisten.

Durch sinnlose, schlecht geplante Einsätze, zum Teil durch Sabotage, wird die Moral unter den Soldaten immer wieder auf eine harte Probe gestellt. Oft sind diese Freiwilligen stark demoralisiert, verdächtigen sich gegenseitig der Spitzelei oder begehen Fahnenflucht. Doch nach jedem Sieg wächst wieder der Glaube an die Richtigkeit der Sache, daß die republikanische Seite im Bürgerkrieg gewinnen wird. Alle sind freiwillig gekommen, um gegen die Faschisten zu kämpfen; das macht ihre Stärke aus, dafür geben sie ihr Leben. Das



Enthüllung der Gedenktafel für von den Nationalsozialisten ermordete Edelweißpiraten und polnische und sowjetische Zwangsarbeiter in Köln-Ehrenfeld am 8. Mai 1986

der Interbrigaden aus Spanien und die Einweisung in die Internierungslager; eine Literatur- "Geschichte" also. Die Auswahl der Autoren berücksichtigt alle die politischen Strömungen, die an den Kämpfen teilnahmen. Damit wird die Breite der antifaschistischen Front betont, aber auch die Widersprüche in ihr aufgezeigt. Also auch eine Politik- "Geschichte". Auf einige Autoren, z.B. R. Leonhard, hätte man gut verzichten können. Von den bekannten Autoren

Buch beschreibt die verschiedenen Situationen des Krieges, den Mut und die Hoffnungen der Soldaten, aber auch ihre Zweifel.

Ein Mangel des Buches ist, daß nur wenig die politische Situation in Europa beschrieben wird und Geschichtskenntnisse vorausgesetzt werden. Das Buch zu lesen, lohnt sich aber immer. (Gustav Regler, Das große Beispiel, Suhrkamp Taschenbuch 439, 9,00 DM — hep)

"§ 116-Auswertungskonferenz"

Bündnisse ohne eigene Position revolutionärer Sozialisten?

Am 24.5.1986 traf sich in Köln die "Initiative Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!". Etwa 90 Leute nahmen an der Konferenz teil, die der Auswertung der Auseinandersetzung um den § 116 AFG und der Erörterung der Weiterarbeit der Initiative dienen sollte.

Der Konferenz lagen Thesen von Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Grüne und Gewerkschafter/innen (BAG) vor, die nach eigenem Bekunden den Anstoß zu der "Initiative ..." gegeben und sie finanziert hatten. Weitere Vorträge lagen u.a. von Mitgliedern der GIM und der KPD vor, ohne daß hier aber die Organisationen genannt wurden. Auf der Konferenz waren außerdem, soweit erkennbar, vertreten: Gruppe Arbeiterpolitik, Demokratische Sozialisten und BWK.

Das Ergebnis der Konferenz vorweg: Die Initiative will in den kommenden Monaten weiter für die Unterstützung der Forderung nach Verbot der Aussperrung tätig werden. Die Vorstellungen über diese Kampagne waren allerdings so unterschiedlich, daß keine Abstimmung durchgeführt und verschiedene Meinungen geäußert wurden, worüber "breite Einheit" erzielt worden sei. Erst nach mehrstündiger Auseinandersetzung erklärte sich ein Mitglied der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft zur weiteren Mitarbeit im Koordinationsausschuß — und zwar ausschließlich im Rahmen der praktischen Vorschläge der BAG — bereit. Die Initiative stand insofern kurz vor dem Auseinanderfallen. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind mangels Beschußgrundlage gering. Für die Bündnispolitik gegenüber den Grünen müßten die beteiligten revolutionär-sozialistischen Kräfte Konsequenzen ziehen.

Schon in der Beurteilung der 116-Kampagne zeigten sich erhebliche Differenzen. So kritisierten die Thesen von Mitgliedern der BAG:

"6. Die alte Gewerkschaftslinken konzentrierte sich im wesentlichen darauf, die graduellen Widersprüche zwischen IGM u.a. und der Mehrheit im DGB nach vorn zu stellen und sich mehr oder weniger rückhaltlos hinter die Positionen der IGM zu stellen. Gleichzeitig wird die Illusion verbreitet, daß die reale Gewerkschaftsbewegung zunehmend das linke Protestpotential organisiere. Die Initiative, ein Bündnis aus dem linken, alternativen und grünen Gewerkschaftsspektrum, hat im Gegensatz dazu den Versuch unternommen, eine eigenständige Position in dieser Auseinandersetzung zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen. Durch diesen Versuch ist jedoch auch die reale Schwäche dieses Bündnisses deutlich geworden:

- Teile des Bündnisses näherten sich praktisch an linksssozialdemokratische Positionen (Janßen-Flügel) an oder identifizierten sich bereits damit;
- Es fand kaum eine ausführlichere Debatte über Eingriffsmöglichkeiten, Inhalte etc. statt ...
- Für weitere Aktionen reichte die Kraft schon nicht mehr aus, vielmehr konnte aufgrund von unterschiedlichen Positionen auch keine Einigung über ein weiteres Vorgehen erzielt werden ..."

Demgegenüber hieß es in den Thesen von Mitgliedern der GIM:

"4. Besteht die Gefahr einer Anpassung an den 'Janßen-Flügel'? Zunächst mal gibt es gar keinen 'Janßen-Flügel' (das ist ja der Ärger!). Tatsache ist, daß einzelne Gewerkschaftsfunktionäre wie Hans Janßen heute mit ihrer Per-

son bereits für die wichtigsten programmatischen Eckpfeiler einer Gewerkschaftslinken stehen..."

Die Thesen von KPD-Seite suchten die Ursachen für die Niederlage der 116-Kampagne vor allem in der mangelnden Konfliktbereitschaft der Sozialdemokratie bei ihrer eigenen Kampagne statt in der inhaltlichen Gestaltung dieser Kampagne:

"5. Sowohl an bestimmten Eckpunkten der Auseinandersetzung wie zum eigentlichen Höhepunkt — der bevorstehenden Verabschiedung im Parlament — ist ein deutliches Zurücksschrecken vor der Zuspritzung der politischen Konfrontation mit der Reaktion durch die Gewerkschaftsvorstände festzustellen. Das, was bis weit in SPD-Kreise unter dem Schlagwort vom 'Widerstandsrecht' zeitweilig diskutiert worden war, ... spielte zwar eine gewisse Rolle in der Mobilisierung, praktische Konsequenzen ... wurden daraus nicht gezogen."

Schon hieraus läßt sich für die Bündnispolitik von revolutionären Sozialisten, die Arbeiterinteressen verfolgen, gegenüber den Grünen als Partei der lohnabhängigen Mittelklasse feststellen: Sie führt nicht zum Erfolg, wenn sie auf die politischen Stichworte gegründet werden soll, die die sozialdemokratische Partei einschließlich ihrer sogenannten "linken" Mitglieder wie Hans Janßen ausgibt. Die revolutionären Sozialisten müssen schon selbständig Arbeiterinteressen formulieren und Bündnisse mit den Grünen für gemeinschaftliche Interessen aller Lohnabhängigen anstreben.

Das zeigte auch die Debatte über die Fortsetzung der Kampagne. Hier verlangten die Mitglieder der BAG eine Kampagne rund um die nächste Lesung ihres Gesetzentwurfs im Bundestag, also bis September/Oktober. Insbesondere von Mitgliedern der KPD kam dagegen die Forderung, den Gesetzentwurf der Grünen ruhen zu lassen bis der IGM-Gewerkschaftstag rum ist, die 35-Stunden-Kampagne neuerlich anläuft und der Bundestagswahlkampf in vollem Gang ist. Dadurch würden auch die Bedingungen gegenüber der SPD besser. Das lehnten die BAG-Mitglieder ab. Eine wirkliche Einigung über das Vorgehen kam nicht zustande. Nicht zufällig.

Wenn man über die Aussperrung bzw. ihre Bekämpfung handelt, darf man von den Zwecken der Aussperrung nicht absehen. Die Kapitalisten haben im 84-er Streik ausgesperrt, um ihr erklärt Interesse an einer Flexibilisierung der Arbeitszeit im Tarifergebnis unterzubringen. Ihr Interesse an Aussperrung war und ist heute nicht nur allgemeiner Natur, also die Gewerkschaft finanziell und moralisch zu schwächen, sondern ganz konkret, über die Schwächung der Gewerkschaft die gewünschte Arbeitszeitflexibilisierung und Lohndifferenzierung zu erreichen. Bezieht sich der Kampf gegen Aussperrung nicht auf diese Inhalte, wird er hohl und ein Bündnis dafür wird nicht handlungsfähig. Die Antwort, man kämpfe gegen die Aussperrung vor allem im Blick auf die 35-Stunden-Woche, reicht da keineswegs aus. Ein Kapitalistentabu "keine Minute unter 38,5" wird es nämlich nicht geben. Für Arbeitszeitverkürzung um den Preis weiterer Schicht-, Wochenend- und Teilzeitarbeit wird es 1987 weder Streik noch Aussperrung geben.

Man sollte sich darüber unterhalten, was eigentlich gegen die Flexibilisierungsvorstellungen der Kapitalisten unternommen werden soll. Stoff für eine solche Diskussion mit den Grünen gäbe es genug. Immerhin haben die Grünen im Bundestag den Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz eingebracht, die wichtigste Initiative der Grünen auf diesem Feld. Der Gesetzentwurf richtet sich gegen die Praxis der Kapitalisten zur Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Andererseits können die Grünen bestimmten Formen von Flexibilisierung wie der Teilzeit selber etwas

abgewinnen. Hierüber, über die positiven Aspekte, aber auch über die problematischen Sachen müßten die revolutionären Sozialisten mit den Grünen diskutieren, damit ein Bündnis tragfähig werden kann.

Die Konferenz hat auch gezeigt: Eine engere Zusammenarbeit im Sinne einer Arbeitsgemeinschaft für Arbeiterinteressen gegenüber den Kapitalisten — wie sie in Papieren von KPD-Seite angesprochen wurde — wollten die beteiligten Mitglieder der Grünen Partei nicht. Sie machten im Gegenteil deutlich, daß sie bei einer solchen Entwicklung der von ihnen selbst angeregten Initiative nicht mehr mitmachen würden. Die KPD müßte die Konsequenz ziehen, ihre für den Herbst angekündigten Bemühungen für eine solche Arbeitsgemeinschaft auf die politischen Kräfte zu orientieren, die sich auf Arbeiterinteressen beziehen. Das würde übrigens auch die Bündnispolitik gegenüber den Grünen leichter machen. — (rok)

Hamburg

Per Landesliste beteiligt sich der BWK an den Bürgerschaftswahlen

Am 9. November 1986 finden in Hamburg die Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksparlamenten statt. Erfolgslos blieben in den letzten Monaten Verhandlungen zwischen den Hamburger "Beilagen-Organisationen" BWK, FAU/R, GIM und KPD über eine gemeinsame Kandidatur zur Bürgerschaft. Die DKP kandidiert definitiv nicht. Ob das vor allem von ihr initiierte "Bündnis" kandidiert oder zur Wahl der Grün-Alternativen Liste (GAL) aufruft, steht zur Zeit noch aus. — Am 24. Mai 1986 hat eine außerordentliche Delegiertenkonferenz des Bezirks Hamburg des BWK einstimmig beschlossen, daß der BWK sich mit einer Landesliste an den Bürgerschaftswahlen beteiligt. Vertreter von FAU/R und KPD nahmen als Gäste an der a.o. Delegiertenkonferenz teil, die GIM war verhindert. Die drei Organisationen erklärten, daß ihre Beratungen über einen Wahlaufruf noch nicht abgeschlossen seien. Nachfolgend drucken wir den von der a.o. Delegiertenkonferenz mit einer Enthaltung beschlossenen Wahlaufruf ab. —(wal)

Gegen die große Standort-Koalition aus SPD, CDU und FDP — Wählt BWK!

Nach der Regierungsübernahme durch CDU/CSU/FDP in Bonn konnte die SPD in Hamburg durch Neuwahlen die "Hamburger Verhältnisse" klären. Sie legte um 8,6% zu und regiert seither weiter allein. Wer jedoch gehofft hatte, Hamburg würde zu einer "Bastion gegen die Wende", sieht sich getäuscht. Sämtliche auf Besserung der Lage der Werktätigen bedachten Bestrebungen sehen sich mit der entgegengesetzten "Standortpolitik" des v. Dohnanyi-Senats konfrontiert. Keine Rede davon, daß der v. Dohnanyi-Senat wenigstens das Sozialhilfegesetz ausschöpft, um den Lebensansprüchen von mittlerweile über 100000 Ärmsten in Hamburg auch nur etwas zu genügen. Stattdessen gibt es Leistungen beschränkende "fachliche Weisungen". Anstelle eines kommunalen Beschäftigungsprogramms (Festeinstellungen) verhängt der Senats Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst. Kommunales Wahlrecht als Schritt zur rechtlichen Gleichstellung der ausländischen Arbeiter will der Senat nicht. In Sachen Flexibilisierung macht der v. Dohnanyi-Senat zusammen mit CDU-Albrecht den bundesweiten Vorreiter und genehmigt Sonntagsarbeit, also die 7-Tage-Fabrik, bei Beiersdorf und Valvo. Im Gegensatz z.B. zu Elmshorn denkt der Senat nicht



im Traum daran zu erklären, das am 15.1985 verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz im Hamburger öffentlichen Dienst nicht anzuwenden. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion bringt es fertig, die Forderung des DGB Hamburg nach einer Ausbildungsplatzabgabe abzuschmettern. Den Wissenschaftsbetrieb einer ganzen Hochschule, der TU-Harburg, richtet der Senat an Kapitalistenwünschen aus. "Tschernobyl" ist ihm kein Anlaß, den sofortigen Ausstieg aus dem imperialistischen Kernenergieprogramm einzuleiten. Und nicht nur, daß v. Dohnanyi entgegen den Forderungen aller Organisationen der Schwarzen in Südafrika einen Wirtschaftsboykott gegen das Apartheid-Regime ablehnt: Über die HHLA, die HEW und die Hamburgische Landesbank steckt der Senat selbst mit im dreckigen Geschäft. Das alles, damit die Hamburger Wirtschaft floriert und expandiert. Zu all dem gibt die SPD-Linke kaum noch Laut, sondern macht Männchen — Wer diesmal wieder SPD wählt, der gibt seine Stimme ab für die Weiterführung dieses arbeiterfeindlichen Wirtschaftskurses des SPD-Senats!

Das Kapital, treibende reaktionäre Kraft, nutzt die CDU als Scharfmacher

Völlig daneben würde liegen, wer meint, der SPD durch Stimmabgabe für CDU oder FDP einen Denkzettel verpassen zu können. Natürlich sind die Kapitalisten in Hamburg mit einem v. Dohnanyi zufrieden, der am 12.11.1985 vor dem Übersee-Club erklärte: "Alles, was dem Unternehmen nützt, nützt auch den Arbeitnehmern." Manches aber geht ihnen zu langsam. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, benutzen die Kapitalisten die CDU-Bürgerschaftsfraktion als ihren Scharfmacher. Und die CDU fordert eine schnellere Gangart: Schon ganz gut, Herr Bürgermeister, aber jetzt kräftig privatisieren! Noch mehr Leute aus dem Staatsdienst entlassen! Noch mehr Geld für Kapitalisten, bitte! usw. usf. V. Dohnanyis Antwort: Die CDU soll den Parteienstreit aus der Wirtschaftspolitik heraushalten, sie sei eine gemeinsame Aufgabe. Und wird nicht oft gemeinsam abgestimmt? Das ist der faktische Schulterschluß einer großen Standort-Koalition in Hamburg! Und die FDP? Sie versucht, mit noch größerer Rücksichtslosigkeit gegen die Werktätigen (z.B. "einschneidende und schmerzhafte Einschnitte" im öffentlichen Dienst) rechts neben der CDU 5% zu ergattern.

Die GAL gibt kontra — aber sie zu wählen können wir nicht aufrufen

Zahlreiche Menschen, die die Senatspolitik kalt erwischt hat und die sich dagegen wehren, Ausländer wie Westdeutsche, können auf parlamentarische Initiativen der GAL zu ihren Gunsten zurückblicken. Sie ist eine oppositionelle

Kraft gegen die große Standort-Koalition. Wir können daher gut verstehen, wenn sich zunehmend mehr Leute überlegen, ihren Widerstand gegen die Hamburger SPD-Politik durch eine Stimmabgabe für die GAL auszudrücken. Aber: Befaßt sich die GAL mit Giftstoffen aus der Produktion, so ist ihr die Gefährdung der Umwelt spontan ein größeres Anliegen als die Gefährdung der Arbeiter durch den Umgang mit diesen Stoffen. In Sachen Gesundheitswesen kritisiert die GAL oft die Tierversuche in den Krankenhäusern, kaum die vielfach unwürdige Behandlung der Patienten. Ihre Vorschläge für Wirtschaftsreformen zielen eher auf sinnvolle Produkte denn auf die Abschaffung schlimmer Arbeitsverhältnisse. Wir kritisieren jedoch nicht, daß die GAL die Emanzipationsinteressen und Lebensansprüche der Arbeiter nicht zur Richtschnur ihres Handelns macht. Die GAL beansprucht ja gar nicht, Arbeiterpartei zu sein. Sie ist ein fortschrittlicher Landesverband der Mittelklassenpartei Die GRÜNEN, und sie ist es gern. Wir registrieren positiv, wenn immer die GAL Anliegen der Arbeiterbewegung aufgreift wie z.B. Bestrebungen gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz und die geplante Arbeitszeitordnung in der DGB-Aktionswoche im Oktober 1985. Aber niemand wird der Arbeiteropposition die Verfechtung ihrer Interessenstandpunkte abnehmen.

Wählt BWK!

Der BWK beansprucht beileibe nicht, die in Hamburg doch vielfältige sich auf Arbeiterinteressen beziehende politische Opposition zu repräsentieren. Der BWK ist Teil dieser Opposition, die organisatorisch zersplittet und ideologisch oftmals uneins ist. In dieser Zerfahrenheit ist ein Grund dafür zu suchen, daß Bemühungen um ein Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten erfolglos blieben. Auch die mitgliederstarke DKP-Hamburg ist vor der Aufgabe zurückgewichen, den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf durch eine sich auf Arbeiterinteressen und Antikapitalismus beziehende Kandidatur entgegenzutreten. Stattdessen unterstützt die DKP das "Bündnis", in dem wir beim besten Willen nur ein Konkurrenzgeschäft zur GAL erblicken können. Daß jedoch links von der GAL eine Wahlentscheidung nicht möglich sein soll, das entspricht nicht der Kraft der proletarischen Opposition in Hamburg — daher unsere Kandidatur. Daher unsere Erklärung, die Stimmen für den BWK als Stimmen für eine an Arbeiterinteressen orientierte Politik zählen zu wollen. — Wir wollen also durch unsere Kandidatur die Zusammenarbeit der proletarischen Kräfte in Hamburg fördern, da wir wissen, daß nur aus der Arbeiterbewegung die politischen Impulse kommen können, die den Widerstand der Werktätigen gegen die große Hamburger Standort-Koalition stärken. In ihren Kämpfen haben sich Interessenstandpunkte gefestigt, die man in Hamburg — und nicht nur in Hamburg — verfechten muß. Nicht zu akzeptieren ist, daß ein Teil des Proletariats in der rechtlosen Stellung des Ausländers gehalten wird! Es muß Schluß sein damit, daß Nazi-Banden ziemlich unbehelligt in Hamburg aufmarschieren, daß sie Ausländer und Linke terrorisieren können! Eine Front gegen das Kapital, das sich die Werktätigen rund um die Uhr und an sieben Tagen die Woche zu miesen Bedingungen untertan machen will, muß aufgebaut werden! Eine Sozialpolitik, die Menschen in nacktes Elend absinken läßt, ist untragbar! Wer Sozialreformen an die Konkurrenzposition der Hamburger Kapitalisten bindet, versucht, die Existenzangst von Hunderttausenden für Zwecke imperialistischer Expansion auszunutzen! Der Widerstand, der der Hamburger großen Koalition aus allen Schichten der werktätigen Bevölkerung erwächst, muß solidarisch werden, darf nicht dulden, daß hier oder anderswo jemand kaputtgeht, nur weil es der Wirtschaft nützt!

Ausländerkonferenz der IGM

1. Ausländerkonferenz der IG Metall – ein Bericht der türkischen antifaschistischen Zeitung "Emegin Sesi"

Vom 8. bis 9. Mai führte die IG Metall ihre erste landesweite Ausländerkonferenz durch. Zum ersten Mal, seitdem die westdeutschen Kapitalisten vor über 25 Jahren mit der großangelegten Anwerbung ausländischer Lohnabhängiger begannen, konnten ausländische Lohnabhängige auf einer bundesweiten Konferenz einer Gewerkschaft ihre Erfahrungen im gewerkschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten, gegen die Unterdrückung und Verfolgung ausländischer Arbeiter durch Staatsorgane, Kapitalisten und Neofaschisten beraten und Beschlüsse über die Aufgaben der IG Metall gegenüber diesen Angriffen fassen. Die Regierung Kohl strebt einen umfassenden gesetzgeberischen Angriff auf die ausländischen Lohnabhängigen an. Sobald die gegenwärtigen Verhandlungen mit der türkischen Regierung über eine Ausdehnung der westdeutschen Militär-

hilfe und Kapitalexporte in die Türkei sowie über den türkischen Verzicht auf die Freizügigkeit für türkische Lohnabhängige abgeschlossen sind, spätestens aber nach den Bundestagswahlen soll das Ausländerrecht novelliert und zahlreiche neue Handhaben für staatliche Willkür, Unterdrückung und Verfolgung ausländischer Lohnabhängiger geschaffen werden. Demgegenüber kommt der Konferenz der IG Metall und den dort gefaßten Beschlüssen große Bedeutung zu. Der folgende Bericht der türkischen antifaschistischen Zeitung "Emegin Sesi" schildert die Konferenz und bewertet sie aus der Sicht der "Förderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V." (DIDF). "Emegin Sesi" haben wir auch die Interviews mit Delegierten auf der Konferenz entnommen. – (anl, rül)

"Unter welchen Bedingungen findet die Konferenz ausländischer Arbeiter statt?"

"Die ausländischen Arbeiter, die in der Bundesrepublik leben, waren immer allein gegen Erniedrigungen, Ungerechtigkeit, Angriffe und Ausländerfeindlichkeit. Besonders die türkischen Arbeiter leiden unter dieser Isolierung.

Die türkische Reaktion auf der einen Seite, die sich nur für die Devisen interessiert und sogar die türkische Staatsbürgerschaft als Druckmittel verwendet hat, und starke Angriffe des westdeutschen Staates und Ausländerfeindlichkeit auf der anderen Seite haben die Arbeiter aus der Türkei in eine Isolation gedrängt.

Viele Arbeiter aus der Türkei, die nicht wußten, was sie gegen diese Angriffe machen sollten, suchten nach Neuem, suchten nach Lösungen ihrer Probleme. Die Zeitung "Tercuman" (türkische, der Militärjunta nahestehende Zeitung, d. Red.) die von dieser Situation profitieren möchte, organisierte Arbeiterversammlungen, die scheinbar die Probleme der Arbeiter lösen sollten. So wollten sie die Arbeiter vor den Karren der faschistischen Diktatur spannen. Die türkischen Konsulate, die von dieser Situation profitieren möchten, haben das noch weiter entwickelt. Mit Hilfe türkischer Betriebsräte und Vertrauensleute wollten sie türkische "Lobbys" gründen. Damit wollten sie die Arbeiter aus der Türkei hindern, an den Kämpfen in der BRD teilzunehmen. Sie wollten diese Kämpfe spalten und die Gewerkschaften schwächen. Auf diese Weise wollten sie eine Mauer zwischen den einheimischen und den ausländischen Arbeitern ziehen und nach dem Willen der westdeutschen Bourgeoisie deren Kampf schwächen. So wollten sie mit einem Schlag zwei Probleme lösen. Die klassenbewußten Arbeiter haben beide reaktionären Angriffe heftig bekämpft.

Die Gewerkschaftsbosse zogen es vor, gegenüber diesen Angriffen, die gegen die Gewerkschaftsmitglieder von verschiedenen Seiten geführt wurden, zu schweigen. Sie stimmten sogar vielen dieser Angriffe zu. Die klassenbewußten Arbeiter, die wußten, daß die Lösung dieser Probleme in der Organisierung liegt und die gegenüber allen Angriffen der Bourgeoisie die Beschlüsse der Gewerkschaften in

ganz klar, daß diejenigen, die seit Jahren die Probleme der Ausländer verdrängt haben, dieser Konferenz nicht freiwillig zugestimmt haben. Dieses Recht wurde durch schwere und konsequente Kämpfe gewonnen.

Für die Verwirklichung dieser Beschlüsse kämpfen!

Daß diese Ausländerkonferenz überhaupt stattfand, war keine leichte Sache gewesen, und auf der Konferenz wurde auch nicht leichthin gearbeitet. Alle ausländischen Delegierten kamen gut vorbereitet zur Konferenz, und sie



Ein türkischer Delegierter auf der Konferenz. Die 200 Delegierten vertraten 297009 ausländische Mitglieder der IGM.

die Tat umsetzen, haben gegen diese Haltung der Gewerkschaftsbosse ihren Kampf verstärkt. Mit den westdeutschen Arbeitern, mit denen sie zusammenkämpfen, haben sie dieses Problem zu einem Problem der ganzen Gewerkschaft gemacht. Auf dem 14. Gewerkschaftstag der IGM im Jahre 1984 wurde beschlossen, eine Ausländerkonferenz durchzuführen. Es ist

sprachen alle wichtigen Fragen an. Diese gründliche Vorbereitung diente auch dazu, eine Reihe von Fragen, die bisher nicht erwähnt worden waren, zu diskutieren und darüber Beschlüsse zu fassen. Sogar die Sprecher des Gewerkschaftsvorstands, die bisher gegenüber allen Angriffen geschwiegen hatten, mußten in ihrer Arbeitsbilanz alle Probleme ansprechen, ohne ihre



Der Kampf gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter ist eine zentrale Aufgabe gegen die Reaktion.

frühere Haltung zu überprüfen.

Wenn man das zwanzigjährige Schweigen der Gewerkschaft in Ausländerfragen vor Augen hat, so ergibt sich, daß große Anstrengungen nötig sind, um die gefaßten Beschlüsse zu verwirklichen. Die Worte der Gewerkschaftsbosse, die unter dem Druck der Basis stehen, sollen niemand täuschen. Hans Mayr zum Beispiel hat in seiner Rede betont, daß er die Beschlüsse der Regierung in Asylantenfragen unterstützt. Er bewertete diese Konferenz auch als ein Zeichen für die Großzügigkeit der Gewerkschaft gegenüber den ausländischen Arbeitern. Außerdem hat er betont, daß er die ausländerfeindliche Haltung der Regierung in der Frage der Freizügigkeit der Arbeiter aus der Türkei sich zu eigen gemacht hat. Man solle die Arbeitslosen nicht hierher bringen, sondern in diesen Ländern investieren. Er hat also vorgeschlagen, andere Länder auszulöndern. Wenn wir davon absehen, daß die Sprecher des Gewerkschaftsvorstands gar nicht erwähnt haben, daß all diese Probleme im allgemeinen durch den Kapitalismus hervorgerufen werden, und daß sie für diese Probleme eine Einigung bei Beibehaltung des Kapitalismus suchen (das kann man anders von der IG Metall auch nicht erwarten), zeigt uns die Rede von Mayr, der der Vorsitzende der Gewerkschaft ist, wie diese Probleme in Zukunft behandelt werden sollen. Auf der anderen Seite befaßten sich alle Reden und alle kritisierten Probleme mit der Zeit nach 1982. Damit sollte verdeckt werden, daß die heutige Ausländerpolitik in vieler Hinsicht auf die Regierungszeit der SPD/FDP-Regierung zurückgeht. Da die SPD starken Einfluß in den Gewerkschaften hat, die Haltung der SPD zu Ausländerfragen aber nicht verändert ist, ist es ganz klar, daß die Gewerkschaften dieser Politik folgen.

Der auf der Konferenz verlesene Rechenschaftsbericht zeigte, daß der Vorstand über diese Probleme genügend unterrichtet ist. Doch bis jetzt wurde nichts unternommen, um diese Probleme zu lösen. Das bedeutet, wenn man nicht Druck macht, werden die Reden, die auf der Konferenz gehalten wurden, und die Beschlüsse, die auf der Konferenz verabschiedet wurden, nur dazu dienen, die Proteste der ausländischen Arbeiter zu mildern, und mit der Zeit wird alles unter den Teppich gekehrt. Darum ist es Aufgabe der Kollegen, die als Delegierte an der Konferenz teilgenommen haben, und aller Gewerkschafter und aktiven Arbeiter, sich anzustrengen, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

An die Arbeit!

Man muß die kämpferischen westdeutschen Kollegen und die Arbeiter aus der Türkei zum Handeln bringen und die Gewerkschaftsvorstände dazu zwingen, damit die Aufgaben, die von den Delegierten in ihren Beschußanträgen angesprochen und dann verab-

schiedet wurden, und die Aufgaben, die Willy Sturm in seiner Rede erwähnt hat, in den örtlichen Gewerkschaftsgliederungen angepackt werden. Auf der anderen Seite muß man anstreben, daß auf dem 15. Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst diese Beschlüsse noch einmal verabschiedet werden.

Die Arbeiter in den anderen Gewerkschaften stehen vor der wichtigen Aufgabe, diesen positiven Fortschritt der IG Metall weiterzutreiben. Auch andere Gewerkschaftsvorstände werden mit diesem Willen bezwungen. Damit diese Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden und damit sie in den anderen Gewerkschaften auch verbreitet werden, ist es notwendig, Ausländerkommissionen der Gewerkschaften wo immer möglich zu gründen und noch mehr ausländische Kollegen für die gewerkschaftliche Arbeit zu gewinnen."

(aus: Emegin Sesi, 28.5.1986; Übersetzung mit Hilfe der Redaktion von Emegin Sesi)

Eindrücke von der Ausländerkonferenz

"Die Zeit für die Konferenz war zu knapp. Obwohl andere Gruppen in der Gewerkschaft drei Tage zur Verfügung haben, wurden der Ausländerkonferenz nur zwei Tage zur Verfügung gestellt, obwohl die Delegierten sehr viele Probleme zu beraten hatten und die Konferenz zum ersten Mal stattfand. Das hat die Delegierten unzufrieden gemacht, und bei manchen Themen wurde die Diskussion sehr schnell abgeschlossen. Daß DISK (der türkische, von der Militärjunta verbotene Gewerkschaftsbund, d. Red.) zu dieser Konferenz nicht eingeladen worden war, wurde von den Delegierten sehr scharf kritisiert, und was die

Sprecher des IGM-Vorstands in dieser Hinsicht sagten, wurde nur als leeres Gerede gekennzeichnet. Es wurde betont, daß dieses Verhalten eine Zustimmung zu dem Terror des Faschismus gegen die Gewerkschaften in der Türkei sei, und es wurde entschieden, daß zur nächsten Konferenz auch DISK eingeladen werden soll. Zu dem kulturellen Abend am ersten Tag kam auch Günther Wallraf, ihm wurde von den Delegierten minutenlang applaudiert.

Die Konferenz begann am 8. Mai, Donnerstags, um 9 Uhr. Auf dem Podium nahm das Präsidium Platz. Dieses Präsidium bestand aus elf Perso-

nen, darunter sieben Ausländer, die vorher bestimmt worden waren und die von der Konferenz bestätigt wurden. In der Mitte saßen ungefähr 200 ausländische Delegierte aus allen Verwaltungsstellen der Gewerkschaft. An der Seite saßen hauptberufliche Funktionäre der Verwaltungsstellen, vorne die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft und Vertreter des DGB, Delegierte von Gewerkschaften aus anderen Ländern, die eingeladen worden waren, und von Konsulaten verschiedener Länder. Regierungsvertreter aus der Türkei waren nicht eingeladen. Doch auch von DISK waren keine Vertreter eingeladen.

Die ausländischen Delegierten nahmen zum ersten Mal bei einer solchen wichtigen Konferenz teil. Sie konnten zum ersten Mal Beschlüsse über die allgemeine Politik der Gewerkschaft, über die Probleme in der BRD und in der Welt, über die Probleme der Ausländer als Ausländer in der BRD und auch über ihre Probleme im Rahmen der Gewerkschaft verabschieden.

Die Delegierten, die bislang erniedrigt worden waren und nicht ernst genommen wurden, gaben nun ihre Antwort. Sie waren sich der Bedeutung der Konferenz bewußt. Sie studierten die Antragsmaterialien gründlich und bemühten sich, jedes Wort zu verstehen. Sie hatten dieses Recht nach langen Anstrengungen errungen. Sie waren nicht laut und hektisch, aber was sie falsch fanden, lehnten sie ab, sie stimmten nur Richtigem zu. Sie waren sich bewußt, daß die Gewerkschaftsbosse seit Jahren zu Themen der Ausländer nichts sagen. In wichtigen Themen, die Sprecher des Vorstands der Gewerkschaft nicht erwähnen wollten, traten alle Delegierten dagegen auf. Alle Materialien wurden von den Delegierten studiert, auch die Delegierten, die nicht gut deutsch konnten, hatten ihre Reden vorher schriftlich formuliert. Daß die Delegierten sich sehr ernst vorbereitet hatten, konnte man auch daran sehen, daß sie über die Ereignisse in der Welt, darunter auch die Probleme in der BRD, Beschlußanträge vorbereitet hatten. Es gab etwa 200 Beschlußanträge und dazu noch 28 Initiativanträge zu Fragen der Ausländerpolitik und Rechte der Ausländer, der Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik, der Medien und Informationspolitik, der Tarifpolitik, der technologischen Entwicklungen und der Vernichtung von Arbeitsplätzen, der gewerkschaftlichen Organisationspolitik, zur gewerkschaftlichen Schulungsarbeit, Jugend und Berufsausbildung, Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus, Internationale Politik, Frieden und Rüstung, die bis ins Detail ausgearbeitet waren und eine Alternative entwickelten..."

(Emegin Sesi, a.a.o)

Interviews mit ausländischen Arbeitern und Arbeitern

Emegin Sesi: Kannst Du dich erst einmal vorstellen?

H. I.: Mein Name ist H. I. Ich bin algerischer Staatsbürger und lebe seit sehr vielen Jahren in Deutschland.

Emegin Sesi: Was denkst Du über diese Konferenz, und was erwartest Du von dieser Konferenz?

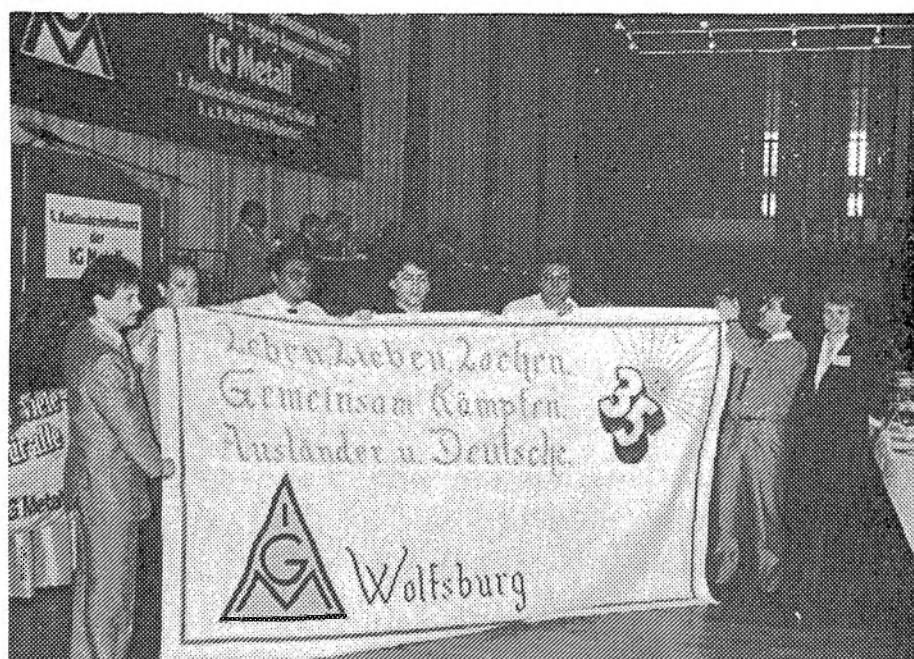
H. I.: Sagen wir mal so: Es hat sehr, sehr viel Mühe und Engagement gekostet, es so weit zu bringen, daß so eine Konferenz durchgeführt wird. Ich bin der Überzeugung, daß diese Konferenz in die Geschichte der deutschen bzw. der europäischen Arbeiterbewegung eingehen wird. Die Probleme mit der Arbeitslosigkeit werden immer größer, und sie sind nicht nur für Deutschland typisch, sondern für ganz Europa. Durch die Öffnung der Tore in Europa werden die Menschen einander immer näher kommen, und das wird dann sicherlich eine Rolle spielen.

Emegin Sesi: Was denkst Du über die Haltung der Gewerkschaft gegenüber Ausländern, über die innergewerkschaftliche Demokratie, über Worte und Taten?

nung sind, was Ausländer betrifft. Da-her brauchen wir als engagierte Ausländer sehr, sehr viel Überzeugungskraft, um möglichst viele Kollegen zu gewinnen, durch die wir auch Mehrheiten in den entscheidenden Gremien bilden können.

Emegin Sesi: Hier haben viele Kollegen ihre Probleme dargestellt, von der Wohnungspolitik bis zur Arbeitsmarktpolitik, von Ausländerhaß und Ausländerfeindlichkeit bis hin zum Wahlrecht für Ausländer ... Wie kann man diese Entscheidungen oder Anträge zum Leben bringen ...?

H. I.: Du meinst, wie sie zu verwirklichen, in die Tat umzusetzen sind? Es ist schon ein Schritt, ... daß man diese Anträge überhaupt durchbekommt. Wenn man sie durchbekommt, dann wird sich die verantwortliche Stelle, die angesprochen ist, z.B. der Vorstand, damit befassen müssen. Und wenn er Rechenschaft ablegen muß, ... dann muß er eben sagen, was er erreicht hat und was noch zu tun ist. Die Organisation kann es sich auf die Dauer nicht leisten, sich immer wieder



Delegierte des Ortsausländerausschuß Wolfsburg. 99 der 159 Verwaltungsstellen der IGM waren durch ausländische Delegierte vertreten.

H. I.: Wenn man es so genau beantworten wollte, dann müßte man doch einen Unterschied machen zwischen Taten und, sagen wir einmal, Worten, ja? Denn, wie wir auch in dieser Konferenz haben feststellen können, gibt es Beschlüsse, die in unserem Sinne sind. Die Verwirklichung läßt allerdings auf sich warten, obwohl diese Beschlüsse und Entschließungen seit vielen, vielen Jahren existieren. Man darf auch nicht vergessen, daß die Verantwortlichen in der Gewerkschaft von der Basis bis zur Spitze nicht alle einer Mei-

Vorwürfe machen zu lassen von den betroffenen Kollegen und Kolleginnen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir durch die Anerkennung als Personengruppe schon unwahrscheinlich viel erreicht haben, indem wir jetzt auf Bundesebene die Möglichkeit haben, alle drei Jahre zusammenzukommen und Bilanz zu ziehen: Was haben wir vor drei Jahren beschlossen, was hat der Vorstand mit diesen Beschlüssen getan, was bleibt noch offen? ...

Emegin Sesi: Du kennst nicht nur

Deutschland, sondern auch andere europäische Länder?

H. I.: Ja.

Emegin Sesi: Hier ist ein Antrag gestellt worden, der der Haltung der Gewerkschaft, der Richtung des Vorstandes entspricht. Darin wird das Kommunalwahlrecht für Ausländer gefordert. Aber wenn man andere Länder ansieht, hat das beim Ausländerrecht nicht viel geändert. Wie findest Du diese Forderung?

H. I.: Wenn ich ehrlich bin und das aufgrund meiner Erfahrungen, die ich persönlich in dieser Organisation gemacht habe, auf das gesellschaftliche Leben übertrage, so muß ich warnen. Wenn ausländische Arbeitnehmer das Wahlrecht bekommen sollten, müssen sie aufpassen, daß sie nicht, wie sagt man, nur Wahlpotential sind. D.h., man braucht zwar ihre Stimmen, um Leuten Verantwortung zu übertragen, dann aber braucht man sie nicht mehr ... Mit dieser Problematik sind wir auch hier konfrontiert. Obwohl wir theoretisch in viele Gremien gewählt werden können, ist uns das in den entscheidenden Gremien dieser Organisation noch nicht gelungen. Ich fürchte, daß es beim Kommunalwahlrecht auch so wird, d.h. daß wir zwar wählen dürfen, aber nicht viel Gewicht gewinnen. Daß wir auch in die Parlamente kommen, in die Kommunalparlamente von mir aus, das wird sehr, sehr lange dauern ...

Emegin Sesi: ... Ich meine, eine Gewerkschaft, eine Arbeiterorganisation, kann etwas fordern. Vielleicht bekommt man es nicht. Aber wenn die Forderung richtig ist, kann man sie verbreiten. Wie muß man die Forderung unter diesem Gesichtspunkt beurteilen? Kommunalwahlrecht oder allgemeines Wahlrecht?

H. I.: Willst du jetzt eine Antwort von mir zum kommunalen Wahlrecht oder zum allgemeinen Wahlrecht?

Emegin Sesi: Zum allgemeinen Wahlrecht.

H. I.: ... Wenn ich schon der Überzeugung bin, daß der ausländische Arbeitnehmer auf der kommunalen Ebene das Recht haben soll zu entscheiden, warum sollte er nicht einen Schritt weitergehen und auch das allgemeine Wahlrecht bekommen? Ich möchte aber auf etwas aufmerksam machen, woran viele bei diesem Punkt gar nicht denken. Die ausländischen Arbeitnehmer haben eigentlich acht Stunden lang das uneingeschränkte Wahlrecht ... Wenn sie im Betrieb sind, können sie gewählt werden, und sie können durch das Betriebsverfassungsgesetz auch entscheiden, was im Betrieb geschieht. Acht Stunden schlafen sie. Dann bleiben nur noch acht Stunden in der Gesellschaft, und wenn man jetzt den Weg zum Betrieb und zurück abzieht, dann bleiben eigentlich nur wenige Stunden, die in der Gesellschaft zu verbringen sind.

Und warum sollten wir diese Stunden vom Ganzen ausschließen ...?

Gute Zusammenarbeit zwischen Ausländern

P. F.: Also ich bin Spanierin. Ich komme aus Krefeld, das ist der Bezirk Köln.

Emegin Sesi: Was ist Ihr Eindruck von diesem Kongreß?

P. F.: Erstens bin ich erst einmal sehr froh, daß überhaupt sowas zustandegekommen ist ... Ich finde, das wäre schon seit vielen Jahren nötig gewesen. Zweitens bin ich beeindruckt, wie alle unsere Kollegen sich hier einsetzen. Ich habt also so nicht erwartet, weil doch sehr viele zu passiv sind und so tun, als ob sie keine Probleme hätten ...

Emegin Sesi: Hier ist über sehr viel gesprochen worden ... Was ist Ihre erste Erwartung jetzt nach dieser Konferenz, und wie kann man diese Entschließungen in die Praxis umsetzen?

P. F.: Ich würde sagen, ich erwarte, daß diese Konferenz nicht ignoriert wird, daß wirklich tatkräftig jetzt auch von dem Vorstand dahintergeht ...

I. St.: Ich heiße I. St., ich bin Griechin, freigestellter Betriebsrat der Firma Behrends im Bereich Stuttgart und Pforzheim.

Emegin Sesi: Wie hat diese Konferenz Sie beeindruckt?

I. St.: Dafür kämpfen wir schon jahrelang. Ich bin seit 25 Jahren Mitglied bei der IG Metall, und wir versuchen seit Jahren, daß einmal eine solche Konferenz stattfindet, so wie die Jugendkonferenzen, die Frauenkonferenzen, die Angestelltenkonferenzen ... Wir zeigen unsere Solidarität bei jeder Aktion ... Wir wollen unsere Forderungen klarstellen, das heißt: Erstens hat seit 1983 die Ausländerfeindlichkeit zugenommen, ... und unsere Situation hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert ... Wir wollen für alle die Aufenthaltsberechtigung erreichen, die unsere türkischen Kollegen meistens nicht bekommen. Dafür kämpfen wir auch mit unseren türkischen Kollegen. Und zweitens wollen wir auch hier in der Bundesrepublik Deutschland das Kommunalwahlrecht bekommen ...

Emegin Sesi: Hier sind alle Probleme von Ausländern dargelegt worden ... Wie kann man diese Anträge und Entschließungen in die Tat umsetzen?

I. St.: ... Die IG Metall hat jetzt die Möglichkeit, auf dem nächsten Gewerkschaftstag diese Forderungen vorzubringen, und ich glaube, daß die deutschen Kollegen hier ihre Solidarität mit unseren Forderungen zeigen können. Und ich glaube, daß wir so etwas erreichen können ...

Emegin Sesi: Können Sie als griechischer Kollege allgemein etwas über das Verhältnis Griechen-Türken sagen?

I. St.: Jawohl. Wir haben im Betrieb 2700 Beschäftigte. In diesem Betrieb vertrete ich als freigestellter Betriebsrat alle Nationen. Wir haben sechs türkische Betriebsräte, und wir arbeiten sehr gut zusammen. Wir zeigen unsere Solidarität. Wir haben 400 türkische Kolleginnen und Kollegen und 300 Griechen. Die Freundschaft ist so groß, wie sich kaum einer vorstellen kann. Die Zusammenarbeit funktioniert bei der Wohnungssuche, bei Krankheiten, bei Kindern, auch wenn wie jetzt ein Erdbeben war. Unsere türkischen Kollegen haben eine Spendensammlung veranstaltet, und fast alle haben eine kleine Spende gegeben ... für die türkischen Kolleginnen und Kollegen, die von diesem Erdbeben betroffen sind.

Die Regierung schürt die Ausländerfeindlichkeit

Emegin Sesi: Können sie sich vorstellen?

C. G.: Ich heiße C. G. Ich komme aus Gütersloh ...

Emegin Sesi: Was denken Sie über das bisherige Verhalten der Gewerkschaften zu Ausländerfragen, zum Beispiel in der Frage der Visumspflicht, der Ausländerfeindlichkeit usw.?

C. G.: Es ist ganz klar, daß die Gewerkschaften in dieser Hinsicht viel Arbeit leisten. Doch wir möchten, daß die Gewerkschaften sich noch mehr anstrengen und gegen die Ausländerfeindlichkeit noch mehr unternehmen ...

Emegin Sesi: Das Wahlrecht für Ausländer wurde in der Konferenz als Kommunalwahlrecht für Ausländer erwähnt. Wenn dieses Recht anerkannt wird, kann es dann die Probleme der Ausländer lösen ...?

C. G.: Ich glaube nicht daran. Wenn die Ausländer das Kommunalwahlrecht bekommen, werden nicht alle Probleme gelöst. Man muß annehmen, daß noch viele Probleme ungelöst bleiben. Diese Regierung will das so. Die Regierung hat die Arbeitslosigkeit nach vorne geschoben, das ist der Grund der Ausländerfeindlichkeit ...

Emegin Sesi: Zu dieser Konferenz wurde kein Gewerkschaftsvertreter aus der Türkei eingeladen. Wollten Sie, daß ein Gewerkschaftsvertreter eingeladen wird, und wenn Sie das wollten, was für ein Gewerkschaftsvertreter sollte das sein?

C. G.: Natürlich wollten wir, daß eine Gewerkschaft aus der Türkei hier vertreten sein sollte. Ich wollte, daß DISK hier vertreten ist. Das wäre sehr gut, doch leider ... Sie wissen, was ich meine.

Emegin Sesi: Einmal abgesehen von dieser Konferenz, was denken Sie als Gewerkschafter über die Arbeiterrechte in der Türkei?

C. G.: Ich sehe nicht so etwas wie Arbeiterrechte in der Türkei. Leider ist das die Wahrheit.

Dokumentiert: Beschlüsse der 1. Ausländerkonferenz der IG Metall

Ausländerpolitik

... Die IG Metall sieht in der derzeitigen Ausländerverdrängungspolitik den Versuch reaktionärer Kräfte, eine Verunsicherung und Spaltung in der Arbeiterbewegung herbeizuführen. Das ist ein Angriff auf die gesamte Arbeitnehmerschaft und auf ihre ökonomischen, sozialen und demokratischen Errungenschaften. Deshalb fordert die IG Metall den Deutschen Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften, sowie alle demokratischen Kräfte und Organisationen und die Kirchen in ihrer sozialen Verantwortung auf, diesen Prozeß aufzuhalten und umzukehren ... eine Integrationspolitik zu verfolgen, die das Ziel verfolgt, die rechtliche und politische Gleichstellung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verwirklichen.

Daher lehnt die IG Metall nach wie vor die Absichten des Bundesinnenministers zur Novellierung des Ausländerrechtes entschieden ab ...

Die IG Metall ist der Überzeugung, daß die mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1972 begonnene Gleichstellung und Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer im Betrieb ergänzt werden muß im sozialen Bereich mit der Verwirklichung auch des passiven Wahlrechts bei Sozialwahlen.

Das wichtigste Ziel zur politischen Integration ist und bleibt nach wie vor die Gewährleistung des aktiven und passiven Wahlrechts, als erster Schritt auf kommunaler Ebene, ohne die gesellschaftliche Integration nicht möglich ist.

Die IG Metall stellt an ein 'neues Ausländergesetz' folgende Forderungen auf:

Ehegattennachzug

a) Beim Nachzug von Ehegatten von Ausländern ... gelten keinerlei Beschränkungen.
b) Ein nachgezogener Ehegatte erhält denselben aufenthaltsrechtlichen Status wie der bereits in der Bundesrepublik Deutschland lebende Ehegatte

Kindernachzug

a) Der Nachzug minderjähriger Kinder wird uneingeschränkt erlaubt ...

Kommunalwahlrecht

Nach fünfjährigem Aufenthalt ... erhalten die Ausländer das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Mit der Erfüllung dieser Frist sind die Ausländer von Amts wegen in die Wählerverzeichnisse aufzunehmen.

Sozialwahlen

Ausländische Arbeitnehmer erhalten nach einjährigem rechtmäßigem Aufenthalt ... als Ergänzung bzw. Vervollständigung des aktiven Wahlrechts das passive Wahlrecht zu Selbstverwaltungsorganen des sozialen Sicherungssystems (Sozialwahlen) ..."

(Antrag 1, Ausländerausschuß, Vorstand, angenommen)

Unbefristete Aufenthaltserlaubnis

"Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß der Tod eines Ehegatten, die Scheidung, der Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe kein Grund für die Nichterteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis sein darf ..."

(Antrag 3, OAA Esslingen, angenommen)

Niederlassungsrecht für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien

"... Angemessen wäre ... ein rechtlicher Status, der den seit langem hier lebenden Ausländern eine weitgehende

rechtliche Gleichstellung mit Deutschen bietet, ohne sie zur – von ihnen in aller Regel nicht gewollten – Einbürgerung zu zwingen. Diesem Grundsatz entspricht das ... Konzept eines Niederlassungsrechtes für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien.

Dieses ... beinhaltet unter anderem:

- Die Abschaffung der Arbeitserlaubnis (wie bereits für EG-Mitglieder geltendes Recht)
- Die sozialrechtliche Gleichstellung
- Die Unmöglichkeit der Ausweisung
- Das (kommunale) Wahlrecht

... Niederlassungsberechtigte unterliegen nicht mehr dem Ausländergesetz ... Die Delegierten der 1. Ausländerkonferenz der IG Metall fordern ..., das Niederlassungsrecht baldmöglichst gesetzlich zu verankern."

(Antrag 9, OAA Dortmund, angenommen)

Aufhebung der Rückkehrförderungs-gesetze und -Aktivitäten

"Die Delegierten ... fordern, daß alle Gesetze und geplanten Aktivitäten zur Rückkehrförderung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien aufgehoben werden."

(Antrag 22, OAA Dortmund, angenommen)

Anteilige Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum

"... Nach wie vor sind die Wohnverhältnisse ausländischer Arbeitnehmer sehr schlecht. Bei der Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum werden Ausländer nach wie vor benachteiligt.

Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß bei der Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum Ausländer entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung berücksichtigt werden."

(Antrag 31, OAA Duisburg, angenommen)

Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer

"Um die gesellschaftliche Integration der ausländischen Arbeitnehmer sowie die politische Gleichstellung und Gleichberechtigung zu erreichen, ist das Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer dringend erforderlich.

Die 1. Ausländerkonferenz der IG Metall fordert deshalb den Vorstand der IG Metall auf, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß alle ausländischen Arbeitnehmer, die sich länger als 5 Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik aufhalten, das aktive und passive Wahlrecht erhalten."

(Antrag 34, OAA Augsburg, angenommen)

Verbot der Arbeitnehmerüberlassung

"... Die Bundesausländerkonferenz fordert, daß Leiharbeit bzw. Arbeitnehmerüberlassung endlich verboten wird. Die Firmen, die für die Erledigung bestimmter Arbeiten Fremdfirmen beauftragen, müssen für die Einhaltung der Arbeitssicherheitsmaßnahmen, der gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen für die Beschäftigten dieser Fremdfirmen mitverantwortlich sein. Die Betriebsräte bei den auftraggebenden Firmen müssen auch für die Beschäftigten der Fremdfirmen zuständig sein und die gleichen Mitbestimmungsrechte haben ..."

(Antrag 52, OAA Landshut, angenommen)

Zulassung von ausländischen Arbeitnehmern als ehrenamtliche Richter

"... Die Delegierten ... fordern, daß künftig ausländische Arbeitnehmer von den Gewerkschaften als ehrenamtliche Arbeits- und Sozialrichter vorgeschlagen und von den zuständigen Stellen berufen werden können."

(Antrag 60, OAA Reutlingen, angenommen)

Steuersenkung

"Die 1. Ausländerkonferenz der IG Metall protestiert auf das Schärfste gegen die mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 beschlossene und am 1. Januar 1986 in Kraft ge-

tretene Diskriminierung derjenigen ausländischen Arbeitnehmer, deren Familienangehörige im Ausland leben.

... verlangt von der Bundesregierung die vollständige Rücknahme der steuerlichen Mehrbelastung der betreffenden ausländischen Arbeitnehmer, die vollständige Eintragung aller Familienangehörigen in die Lohnsteuerkarte und die entsprechende Erteilung der Lohnsteuerklasse. Die IG Metall wird die betroffenen Arbeitnehmer rückhaltlos dabei unterstützen, gegen diese steuerlichen Maßnahmen der Bundesregierung Rechtsmittel einzulegen..."
(Antrag 67, OAA Frankfurt, angenommen)

Kindergeld für Kinder ausländischer Arbeitnehmer

"... Wir bitten den Vorstand der IG Metall, gegenüber der Bundesregierung dahingehend zu wirken, daß für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die in den Herkunftsändern leben, das gleiche Kindergeld gewährt wird..."
(Antrag 85, OAA Hamburg, angenommen)

Sofortige Beseitigung des sogenannten Balkantarifs bei Haftpflichtversicherungen

"Der Vorstand wird aufgefordert, von den Versicherungsunternehmen, insbesondere von der Volksfürsorge, die sofortige Abschaffung des sogenannten Balkantarifs zu fordern. Die Zahlung höherer Versicherungsprämien bei gleichen Leistungen ist eine Ungeheuerlichkeit..."
(Antrag 89, OAA Hanau, angenommen)

Definierte Arbeits- und Lebensbedingungen

"... Durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung und Einwirkung auf den Gesetzgeber ist vor allem sicherzustellen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht umschlägt in weitere Leistungsverdichtung und Gesundheitsschädigung. Durch die Einführung von bezahlten Kurzpausen ist einem Steigen des Leistungsdrucks entgegenzuwirken.

Voraussetzung für die Einführung der 35-Stunden-Woche muß sein, daß gleichzeitig definierte Arbeitsbedingungen angestrebt werden. Diese müssen die Festlegung von Mindestarbeitsinhalten und Höchstbelastungsgrenzen bei voller Mitbestimmung und Kontrolle des Betriebsrats ... enthalten. Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

- Bezahlte Erholungspausen während der Arbeitszeit
- Überstunden müssen grundsätzlich durch Freizeit abgegolten werden
- Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen sind so zu gestalten, daß sie den Arbeitnehmern die Sicherung und Erweiterung ihrer Qualifikation in der Arbeit ermöglichen

...
(Antrag 105, OAA Ludwigsburg, angenommen)

Erweiterung des Rechtsschutzes für ausländische Arbeitnehmer

"Der Ausländerausschuß beim Vorstand wird beauftragt, auf dem nächsten Gewerkschaftstag folgenden Antrag zu stellen:

Für ausländische Arbeitnehmer, die Mitglied der IG Metall sind und satzungsgemäßen Beitrag leisten, ist die Unterstützung des Rechtsschutzes (s. § 27 der IGM-Satzung) um die Bereiche Verwaltungsrecht und Ausländerrecht zu erweitern."

(Antrag 117, OAA Würzburg, angenommen)

Ausländerfeindlichkeit

"Die Delegierten ... sehen mit Sorge, daß Rechtsradikale, alte und neue Neonazis immer frecher und ungehinderter in der Öffentlichkeit auftreten und ihre faschistischen Ideologien verbreiten können..."

Wir fordern:

- Verbot von Nazi-Organisationen
- die Auflösung von SS-Traditionsverbänden
- das Verbot von faschistischen Veröffentlichungen

Die Delegierten fordern den Vorstand der IG Metall und den DGB-Bundesvorstand auf,

- eine Argumentationshilfe gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit zu erstellen,
- in einer Dokumentation die Aktionen und die Vorgänge um diese alten und neuen Nazis in der Öffentlichkeit darzustellen,
- Vergleiche zur Entwicklung vor dem Jahre 1933 aufzuzeigen."

(Antrag 159, OAA Schramberg, angenommen)

Verbot rechtsextremistischer Gruppierungen

"Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, auf die Bundesregierung und die Landesregierungen einzuwirken, daß die NPD, FAP sowie alle reaktionären rechtsextremistischen und faschistischen Gruppierungen ..., die die Ausländerfeindlichkeit fördern, verboten werden."

Hände weg vom Asylrecht

"Die 1. Ausländerkonferenz spricht sich gegen eine beabsichtigte Änderung des Asylrechts aus und fordert die unbedingte Beibehaltung des Grundrechts auf Asyl, wie es im Artikel 16 des Grundgesetzes festgeschrieben ist..."

Obwohl es sich die Bundesrepublik Deutschland 'leisten' kann, Asylbewerber aufzunehmen, wird eine Panikmache in der Bevölkerung getrieben. Es wird von 'Scheinasylanten' und 'Wirtschaftsflüchtlingen' gesprochen ... Es ist gespenstisch, mit welchem Vokabular hier vor Menschen gewarnt wird, die in Not um Hilfe und Aufnahme in einem anderen Land suchen ...

Die Ausländerkonferenz fordert ... die Aufhebung der Sammellager als Unterkünfte für die Asylbewerber und lehnt ebenso die Massenunterbringung in den Dörfern ab

... Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Brücken schlagen zwischen der Bevölkerung und den Asylsuchenden, nur so können wir das Aufkommen eines neuen Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland verhindern."
(Entschließung 5, OAA Landshut, angenommen)

Internationale Solidarität

"Die Delegierten ... verurteilen die Apartheidspolitik der südafrikanischen Republiken ebenso wie die Unterdrückung gewerkschaftlicher und demokratischer Freiheiten in der Türkei ... Die Delegierten fordern den Vorstand auf, sich dafür einzusetzen:

- Die unerbittliche Unterdrückung gewerkschaftlicher und demokratischer Rechte in der Türkei anzuprangern ...
- sich für die Gleichberechtigung der farbigen Bevölkerung in Südafrika zu engagieren, insbesondere, daß die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für einen Wirtschaftsboykott einzusetzen ...

- Nichteinmischung fremder Mächte bei der innerpolitischen Auseinandersetzung des Landes Nicaragua zu fordern,

- Schritte zu unternehmen, um die Unterdrückung des chilenischen Volkes zu verhindern und die Rückkehr zur Demokratie zu fördern."
(Antrag 170, OAA Stuttgart, angenommen)

Freilassung aller politisch inhaftierten Demokraten in der Türkei

"Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, die Freilassung aller politisch inhaftierten Demokraten in der Türkei zu erreichen.

Weiterhin soll erreicht werden, daß die freie gewerkschaftliche Betätigung in der Türkei gewährleistet ist.

Das heißt unter anderem:

- Einstellung der gegen die DISK-Gewerkschafter noch laufenden Prozesse
- Aufhebung des gegen den Gewerkschaftsverband (DISK) verhängten Verbots
- Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die gewerkschaftlichen Freiheiten und Arbeitsmöglichkeiten einschränken."

(Antrag 172, OAA Berlin, angenommen)



Niedersachsenwahl

Die letzten Hochrechnungen geben Ernst Albrecht eine Mehrheit bei den Niedersachsenwahlen mit Hilfe der FDP, den Grünen Stimmengewinne, die aber nichts ändern, und der SPD ein offenkundiges Scheitern bei dem Versuch, den Parteibildungsprozeß der Mittelklasse durch Aufsaugung bzw. Vernichtung der Grünen zurückgängig

zu machen und auf diesem Wege erneut sich Zutritt zu Regierungssämttern zu verschaffen. Ein solcher Wahlsieg der Reaktion, nach der Libyen-Intervention, nach der Celler Bombe und nach Tschernobyl wäre für die Reaktion ein Signal, daß sie bei der Planung ihrer künftigen Angriffe auf die Lohnabhängigen von einer sicheren Mehrheit auch bei den Bundestagswahlen ausgehen kann.

Südafrika/Azania: 10. Jahrestag des Soweto-Aufstands

Für den zehnten Jahrestag der Aufstandsbewegung, die am 16. Juni 1976 im Township Soweto mit dem Streik der Schüler begann und sich über das ganze Land ausweiteten, rufen zahlreiche Organisationen und Bündnisse der politischen Opposition zu Protestaktionen und Streiks auf. Die azanischen Organisationen AZAPO, das Nationale Forum und die Gewerkschaftsverbände CUSA und AZACTU, ebenso wie der Gewerkschaftsverband COSATU, die UDF und die Nationale Elternvereinigung. Die Regierung will die Aktionen blutig unterdrücken und versucht, die liberalen Anhänger des Befreiungskampfes abzuspalten, indem sie "friedliche" Gottesdienste zulassen will.



Alternative Stadtqualität

Seit eineinhalb Jahren besteht in Mannheim das "Kommunalpolitische Forum". Es hat sich in dieser Zeit als nützliches Bündnis stabilisiert. Schwerpunkte seiner Arbeit sind in diesem Jahr die Aufdeckung und Kritik der Wirtschaftsförderung durch die Stadt sowie die Erstellung eines "Alternativen Stadtqualitätspro-



gramms". Anlaß gab die herrschende Kommunalpolitik mit dem Bestreben, das Innenstadtquadrat "N 1" repräsentativ und für 100 Mio. DM zu bebauen. Dafür sollen zu 40% Gelder aus dem "Stadtqualitätsprogramm" der Landesregierung in Anspruch genommen werden. Das Kommunalpolitische Forum fordert stattdessen soziale Investitionen, an denen die Werktätigen in Mannheim dringend Bedarf haben.

Die Rolle von EWS und ECU für die europäische Einigung

"Der unaufhaltsame Aufstieg einer Kunstmwährung" – so propagiert das von der EG-Kommission herausgegebene "EG-Magazin" die 1979 mit dem Europäischen Währungssystem geschaffene Währungseinheit "ECU". Tatsächlich gehen viele Kapitalisten in Westeuropa dazu über, die ECU als Rechnungseinheit für Anleihen und Außenhandelsgeschäfte zu verwenden, wegen der vergleichsweise hohen Verzinsung und der großen Sicherheit gegen Wechselkursänderungen. ECU-Anleihen über 40 Mrd. DM sind weltweit im Umlauf. Gleichzeitig wird deutlich, daß die am EWS beteiligten Imperialisten die Zusammenarbeit in diesem Währungssystem ständig ausbauen. Welche Interessen verfolgen sie damit?

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Porto- pauschale von 1,- DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Porto- pauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig- Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/ Bremen
Großen Döhnelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden- Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 6442
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung. Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elieghausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.